

Regieren.

100% Einsatz für Rheinland-Pfalz.

**100 %
besser**

Frischer
Schwung.
Neue **Kraft.**

CDU

Inhalt

Vorwort	5
1. Qualität in Bildung und Befähigung - Unser Bildungsideal: Hände – Köpfe – Herzen	8
Wir nehmen Eltern ernst und machen Politik für Familien - Flexible Einschulung.....	9
Familienfreundliche Ganztagschule	10
Kinderbetreuung -Die Grundlagen werden am Anfang gelegt	10
Schulvorbereitung	11
Sprachförderung	11
Grundschulen – Konzentration auf Bildungsgrundlagen – Kernkompetenzen stärken.....	12
Schreibschrift	12
Schreiben nach Gehör	13
Einheitliche Zeugnisse	13
Neue Perspektiven für kleine Grundschulen	14
Orientierung geben und Werte vermitteln	14
Zeitgemäßer Sozialkundeunterricht.....	14
Vielfältige Lernwege.....	15
Duale Bildung – ein deutscher Leuchtturm.....	16
Inklusion mit Verantwortung und Augenmaß	17
Faire Ressourcen und Eigenverantwortung für Schulen.....	18
Auf die Lehrer kommt es an.....	18
Wissenschaft und Hochschulen	19
Studium 4.0	20
Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Hochschulen schaffen.....	20
Studienbeiträge für Langzeitstudierende wieder einführen - Ein Gebot der Fairness	20
Chancen eröffnen: Karrierewege für den Nachwuchs.....	21
2. Freiheit und Sicherheit. Für ein gelingendes Miteinander	21
Polizei für ihre Aufgaben fit machen.....	21
Verfassungsschutz gewinnt an Bedeutung	24
Grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung.....	25
Feuerwehr und Brandschutz - Stau bei Ausbildung und Ausstattung	25
Hilfs- und Rettungsdienste – Helfer arbeiten am Limit	26
3. Flüchtlingspolitik	27
Kommunen bei der Flüchtlingsfrage nicht alleine lassen	31
Integration ist kein Angebot zur Güte.....	32
4. Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand.....	33
Ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft	34
Chancenland Rheinland-Pfalz – Hochwertige Bildung und Fachkräfte sichern	35
Dem Fachkräftemangel begegnen	36
Ideenland Rheinland-Pfalz	37
Gründerland Rheinland-Pfalz	38
Mobilitätsland Rheinland-Pfalz - Wir bringen das Wachstum auf ausgebaute Wege.....	38
Rheinland-Pfalz ist ein Pendler-Land	39
Schienenverkehr	40
Wasserstraßen	41
Flughafen Hahn	41
Nürburgring.....	42
Arbeitsland Rheinland-Pfalz	42

	Arbeitslosigkeit bekämpfen	42
	Energieland Rheinland-Pfalz – mit Maß, Ziel und gesundem Menschenverstand	43
	Erneuerbare Energien als unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende.....	45
	Landwirtschaft und Forstwirtschaft als Energielieferanten.....	47
	Gastland Rheinland-Pfalz	47
	Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz	47
	Verbraucherbildung gehört verbindlich in den Schulunterricht.....	49
5.	Digitalisierung als Querschnittsthema	49
	eChemical.....	50
	e-Government.....	51
	eHealth.....	53
	eContent/eCulture	54
	eFarming/eAgriculture	55
	eMobility	55
	eJustice – Chancen nutzen.....	56
6.	Landwirtschaft, Weinbau und Forsten – Wir vertrauen unseren Landwirten.....	57
	Verantwortungsbewusste Erzeuger – Selbstbewusste Verbraucher – Gute Lebensmittel	58
	Flächenverbrauch wirkungsvoll eindämmen	59
	Weinbau – Die Seele unserer Heimat	59
	Beauftragter für Weinbau in der Landesvertretung in Brüssel.....	60
	Nutztierhaltung zum Wohl der Tiere und der Verbraucher.....	60
	Tierschutz	61
	Acker-, Obst- und Gemüsebau – Nachhaltiger Erfolg	62
	Wald, Forst und Jagd.....	62
	Arbeitsplätze auf dem Land sichern – den ländlichen Raum zukunftsfähig machen	63
7.	Die Bewahrung der Schöpfung als zentrales Element der Zukunftssicherung	63
	Energiepolitik als Motor für Wertschöpfung und Innovation.....	64
	Schutz von Boden und Wasser.....	64
	Sauberes Wasser ist ein kostbares Gut.....	65
	Lärm	65
	Biodiversität und Naturschutz	66
	Der Wald als nachhaltiges Ökosystem	67
	Umweltbewusstsein und Umweltbildung.....	67
	Kreislaufwirtschaft: Ressourcen gebrauchen, aber nicht verbrauchen.....	68
8.	Solide Finanzen – Für soziale Fairness	70
	Landesfinanzen	70
	Zu hohe Schulden – eingeschränkte Handlungsfähigkeit	70
	Die Schulden steigen und die Investitionen sinken	71
	Wohlstand und soziale Fairness.....	71
	Kassensturz und neue Prioritäten.....	72
	Rot-Grün will Steuererhöhungen - und verwechselt das mit Sparen	72
	Investitionen für nachhaltigen Wohlstand und Steuerkraft	72
	Priorisierung aller Aufgaben und Ausgaben	73
	Schlanke Verwaltung – weniger Personalkosten	73
	Sichere Pensionen – Vorsorge für die Zukunft statt Taschenspielertricks	74
	Landesbeteiligungen wirtschaftlich führen. Nürburgring ist überall	75
	Privates Unternehmertum braucht Vorrang gegenüber Staatswirtschaft	75

9.	Den Rechtsstaat stärken – Gemeinschaft sichern	76
	Für eine angesehene und wirkungsvolle Justiz	77
	Die Geltung des Rechts durchsetzen	78
	Die Wirksamkeit des Strafvollzugs steigern	79
10.	Gutes Leben im Miteinander der Generationen.....	80
	Familie	81
	Familien unterstützen und entlasten.....	82
	Gleichberechtigung	82
	Jugend	83
	Ehrenamt.....	83
	Senioren	84
	Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen	85
	Behinderte Menschen gehören dazu.....	85
	Gesundheit und ambulante Versorgung.....	86
	Ambulante Versorgung	86
	Medizinische Versorgung auf dem Land	87
	Krankenhausbereich	87
	Flächendeckender Ausbau von Palliativmedizin und Hospizen.....	87
	Ausbildung und Fortbildung.....	88
	Schutz des ungeborenen Lebens und Hilfe für Schwangere.....	88
	Prävention	88
	Pflege ist anspruchsvoll und vielfältig.....	88
	Fachkräfte gewinnen.....	89
	Vielfalt braucht Orientierung und Schutz	89
11.	Lebenswerte Kommunen	90
	Der ländliche Raum braucht Zukunft	91
	Kommunal- und Verwaltungsreform, bürgernahe Verwaltung.....	91
	Lokale Demokratie stärken	92
	Ausbau der Bürgerbeteiligung – Sicherstellung der demokratischen Legitimation	93
	Sozialen Ausgleich organisieren.....	94
	Kultur.....	94
	Projektförderung und institutionelle Förderung in angemessenes Verhältnis bringen	94
	Kultur verbindet und schafft Integration	95
	Infrastruktur, Verkehr und Kommunikation	96
	Kirchen und Religionsgemeinschaften sind wichtige Partner.....	96
	Sport in Rheinland-Pfalz: Wir fordern einen Pakt für unser Land.....	97
12.	Gute Nachbarschaft und Europa – Rheinland-Pfalz in der Mitte Europas.....	98
	Bildung und Lernen in Europa – Sprache und Kultur des Nachbarn kennenlernen	98
	Flucht, Vertreibung und Migration im Schulunterricht	99
	Zusammenarbeit der Hochschulen in den Grenzregionen verbessern	99
	Europäischer Arbeitsmarkt	100
	Wirtschaft und Arbeit in Europa – Außenhandel fördern!	100
	Grenznahe Kernkraftwerke.....	100
	Chancen Europas nutzen, Herausforderungen bewältigen	100
	Vernetzen in Europa.....	101
	Kompetenzen bündeln!	102
	Städtepartnerschaften nutzen	102

100 % Einsatz für Rheinland-Pfalz. 100 % für unsere Heimat. 100 % besser.

Das Regierungsprogramm der CDU Rheinland-Pfalz

Vorwort

Rheinland-Pfalz liegt uns am Herzen, als liebens- und lebenswerte Heimat. Zugleich als Zukunftsland mit vielfältigen Lebensräumen, Regionen, Landschaften. Das Gemeinschaftsgefühl in den Dörfern und Städten ist groß. Viele Menschen engagieren sich im Ehrenamt, in Vereinen, in Verbänden. Diesen Zusammenhalt wollen wir pflegen und fördern. Menschen brauchen gerade in Zeiten von Veränderungen und Neuerungen Sicherheit. Sie erwarten von der Politik, dass sie klar und entschlossen handelt und unser Land in eine gute Zukunft führt.

Deshalb brauchen wir den politischen Wechsel und eine Regierung, die mutig vorangeht und notwendige Entscheidungen trifft. Mit Ideen, mit Mut, mit Optimismus.

Verantwortung für Rheinland-Pfalz übernehmen

Am 13. März 2016 geht es um eine Richtungswahl. Wir Christdemokraten wollen wieder Regierungsverantwortung für unser Land übernehmen und die Weichen für die Landespolitik neu stellen: Es geht um mehr Qualität in Bildung und Betreuung, echte Wahlfreiheit und mehr Unterstützung für Familien, Innovationen für Wirtschaft und Infrastruktur, solide Finanzen und Sicherheit.

Wir wollen Familien stärken, indem wir ein Landesfamiliengeld einführen, das Eltern echte Wahlfreiheit ermöglicht, damit sie selbst entscheiden können, wie sie leben möchten. Wir wollen die beste Bildung für jedes Kind und Wissen ohne ideologische Scheuklappen vermitteln. „Schreiben nach Gehör“ schaffen wir ab. Wir stellen neue Lehrer ein, damit der Unterrichtsausfall der Vergangenheit angehört.

Wir stehen für den Neuanfang

Die Schuldenpolitik von SPD und Grünen werden wir beenden. Wir stehen für solide Finanzen und gehen verantwortungsvoll mit Steuergeldern um. Die Schulden der Vorgängerregierungen belasten die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Schuldenberge trotz Rekordsteuereinnahmen und niedriger Zinsen müssen ein Ende haben, Schattenhaushalte und Taschenspielertricks wird es mit uns nicht mehr geben. Die CDU arbeitet dafür, dass auch kommende Generationen noch finanzielle Spielräume haben.

Wir stehen für einen transparenten Neuanfang, für Aufbruch. Wir wollen dieses Land verändern, fit für die Zukunft machen.

Neue Herausforderungen bewältigen

Im vergangenen Jahr sind zehntausende Menschen auf der Suche nach Schutz vor Bürgerkrieg und Terror nach Rheinland-Pfalz gekommen. Sie wurden herzlich aufgenommen und in einer großartigen Kraftanstrengung von Verwaltungen, Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern untergebracht und versorgt. Doch die Aufnahmemöglichkeiten stoßen an Grenzen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Zahl der Flüchtlinge spürbar reduziert wird, damit wir denen helfen können, die wirklich in Not sind und unser Gemeinwesen nicht überfordert wird. Die nächste Herausforderung, die auf uns zukommt, ist die Integration der Menschen, die zumindest für einige Zeit bei uns bleiben werden. Wir hier leben möchte, muss sich zur Integration verpflichten und unsere Regeln einhalten. Nur so wird ein friedliches Zusammenleben in einer sicheren Gesellschaft möglich sein.

Freiheit braucht Sicherheit

SPD und Grüne haben die personelle und materielle Ausstattung der Polizei über Jahre vernachlässigt haben. Rheinland-Pfalz ist inzwischen das Bundesland mit der niedrigsten Polizeidichte. Wir werden daher mehr Polizisten einstellen, und uns für mehr Respekt und Anerkennung gegenüber Polizei und Justiz einsetzen.

Wir werden auch wieder kräftig in die Infrastruktur investieren, damit Straßen und Brücken befahrbar bleiben. Mobilität ist wichtig für die Entwicklungschancen der einzelnen

Regionen. Dazu gehört für uns auch, dass jeder Bürger Zugang zu schnellem Internet erhält.

Unternehmen stärken – Arbeitsplätze sichern

Mittelständische Betriebe tragen unsere Wirtschaft. Wir entlasten Unternehmen durch eine Bürokratiebremse. In den nächsten Jahren gibt es keine zusätzlichen Belastungen für die Unternehmen – das setzt Kräfte für Wachstum frei. Wir fördern Existenzgründungen und Forschung.

Wir wollen auch ein lebenswertes und gerechtes Land bleiben. Wer krank wird oder Pflege braucht, muss gut versorgt sein. Dazu werden wir die Pflege stärken und die medizinische Versorgung auf dem Land sichern. Denn gleichwertige Lebensbedingungen – ob in den Städten oder auf dem Land – liegen uns am Herzen.

Ein Programm aus der Mitte der Gesellschaft

In einem breiten Beteiligungsprozess haben wir dieses Regierungsprogramm in den vergangenen Monaten erarbeitet. Über 300 Männer und Frauen aus dem ganzen Land, Arbeitnehmer und Unternehmer, Parteimitglieder und Menschen, die uns nahestehen, haben in elf Arbeitskreisen diskutiert, ihre Erfahrung aus dem Berufsleben oder ihrem Ehrenamt eingebracht. Dadurch ist unser Programm lebendig und lebensnah geworden. Es ist ein Regierungsprogramm aus der Mitte der Gesellschaft und Grundlage unseres politischen Handelns in den nächsten fünf Jahren.

Wir haben viel vor. Fangen wir an.

Mit frischem Schwung und neuer Kraft für Rheinland-Pfalz.

1 1. Qualität in Bildung und Befähigung - Unser Bildungsideal: Hände – Köpfe – Herzen

2 Die Digitalisierung hat unsere Welt von Grund auf verändert – und sie wird es weiter tun.
3 In der digitalen Welt kommt es darauf an, dass der Mensch den Computer beherrscht –
4 und nicht der Computer den Menschen. Daher müssen wir in den Menschen stark machen,
5 was Computer nicht können: Fragen stellen, abwägen und kritisch urteilen, inhaltliche Bil-
6 dung und Werte leben. Wir brauchen starke „Menschen 1.0“ für eine neue „Welt 4.0“. Wir
7 brauchen umfassend gebildete, selbständige und lebensfähige Persönlichkeiten, die Ver-
8 antwortung für sich und andere tragen und über eigenständige Urteilsfähigkeit verfügen.
9 In diesem Sinne wird sich die Bildungspolitik einer CDU-geführten Landesregierung auf
10 das Kerngeschäft von Bildung konzentrieren.

11 Die rot-grüne Bildungspolitik hat die Schulen durch immer neue Zusatzaufgaben überfor-
12 dert, ohne Ressourcen für nachhaltige Arbeit zur Verfügung zu stellen. Ob Inklusion, Bin-
13 nendifferenzierung, sozialpsychologische Begleitung oder Integration von Flüchtlingen –
14 immer wieder haben politische Vorgaben die Betroffenen mit überzogenen Anforderun-
15 gen allein gelassen und somit Enttäuschungen und Frustration programmiert. Demgegen-
16 über setzen wir auf eine Bildungspolitik der Verantwortung, die für eine faire Versorgung
17 mit Ressourcen sorgt, vor allem für ausreichenden qualifizierten Unterricht in allen Schul-
18 formen.

19 Diese Konzentration auf das Kerngeschäft gilt vor allem angesichts einer desolaten Haus-
20 haltslage, die uns die rot-grüne Regierung hinterlässt. Wir nehmen die Schuldenbremse
21 ernst und versprechen daher keine zusätzlichen Mittel mit der Gießkanne. Wir setzen auf
22 Ideen und Qualität von Bildung. Die Leitlinien unsere Bildungspolitik lauten: Chancen –
23 Fairness – Qualität. Chancen eröffnet ein mit fairen Ressourcen ausgestattetes Bildungs-
24 system talentgerecht differenzierter Schulformen, denn unsere Devise lautet: **Kinder sind**
25 **verschieden, und wir möchten für jedes Kind das Richtige, nicht für alle das Gleiche.**

26 Chancen zu eröffnen, heißt für eine CDU-geführte Landesregierung, auf die Vielfalt unter-
27 schiedlicher Lernwege zu setzen und ein differenziertes Angebot zu stärken. Dazu zählt
28 der substanzielle Erhalt der bestehenden Schulformen und ihrer Profile ebenso wie die
29 Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Zugleich setzen wir auf eine
30 möglichst hohe Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Schulformen.

Unsere Bildungspolitik folgt der Maxime „fördern und fordern“, denn Hürden müssen genommen und nicht abgeschafft werden. **„Aufstieg durch Bildung“ ist die große Erfolgsgeschichte christdemokratischer Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz.** Dafür stehen Bernhard Vogel, Hanna-Renate Laurien und Georg Gölter.

Aufstieg durch Bildung ist nach wie vor möglich. Zugleich müssen wir feststellen, dass in Teilen unserer Gesellschaft der Glaube an die Möglichkeit des eigenen Aufstiegs verloren gegangen ist. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund sind von diesem Versprechen lange Zeit, aus welchen Gründen auch immer, zu weiten Teilen ausgenommen geblieben – und mit dem Zustrom von Flüchtlingen stellt sich die Frage noch einmal verstärkt. Unser Ziel muss es sein, Migranten stärker als bislang an diesem Versprechen teilhaben zu lassen.

Daher ist es unsere große bildungspolitische Herausforderung, das große Versprechen vom **„Aufstieg durch Bildung“** neu zu beleben. Damit meinen wir nicht nur akademische Bildung, sondern gerade auch die berufliche Bildung, die angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels Möglichkeiten des Aufstiegs eröffnet, die wir nutzen müssen. Daher werden wir ein Akutprogramm auflegen, das berufsbildende Schulen, Betriebe und Flüchtlinge zusammen bringt, um Fachkräfte auszubilden.

Der Aufbruch einer neuen Bildungs-offensive ist ein gesellschaftliches Großprojekt, indem er Menschen befähigt, gesellschaftlichen Bedarf befriedigt und zugleich echte Integration schafft. Wir verstehen Integration nicht als naives Multikulti, sondern als zweiseitiges Projekt: als Chance, die wir eröffnen, und als Verpflichtung, die wir erwarten.

Wir nehmen Eltern ernst und machen Politik für Familien - Flexible Einschulung

Durch die rot-grüne Bildungspolitik ist es Eltern kaum mehr möglich, ihr Kind von der Einschulung ein Jahr zurückzustellen.

Es wird:

- wie in anderen Bundesländern wieder mehr Mitsprache für die Eltern bei der Einschulung ihrer Kinder geben. Eltern kennen ihre Kinder, ihren Entwicklungsbedarf und ihre Schulreife am besten.

- wieder die Möglichkeit eröffnet, dass Eltern ihr Kind für ein Jahr von der Einschulung zurückstellen können. Was für die frühere Einschulung gilt, muss auch für Zurückstellungen gelten.

Familienfreundliche Ganztagschule

Die Mehrzahl der Ganztagschulen in Rheinland-Pfalz sind keine verpflichtenden Ganztagschulen. Am Nachmittag findet kein Unterricht statt. Trotzdem ist die Teilnahme für alle Tage in der Woche verpflichtend. Die Konzeption der Ganztagschule ist so starr, dass sie systematisch junge Menschen vom Vereinsleben fern hält.

Ganztagschule muss sich an den Bedürfnissen der Schüler und der Familien ausrichten. Die familiäre Förderung der Kinder kann durch die Ganztagschule nicht ersetzt werden. Ehrenamtliche Tätigkeiten und das familiäre Leben befähigen zu Verantwortung im Zusammenleben mit anderen Menschen. Wo dies möglich ist, sollte es auch von der Bildungspolitik befördert werden.

Es wird:

- die Teilnahme an Ganztagschulen, die keinen Nachmittagsunterricht vorsehen, auch für einzelne Tage und festgelegten Uhrzeiten möglich sein. Die Teilnahme zu den ausgewählten Tagen und Uhrzeiten ist jedoch für ein Jahr verbindlich. Der Ausbau verpflichtender Ganztagschulen hat dem Prinzip der Wahlfreiheit zu folgen.
- für die Familien immer möglich sein, eine Halbtagschule oder ein freiwilliges, flexibles Ganztagsangebot auszuwählen. Es sollte zukünftig sichergestellt werden, dass die Schüler alle Hausaufgaben in der Ganztagschule erledigen.

Kinderbetreuung -Die Grundlagen werden am Anfang gelegt

Die Ansprüche an die Kindertagesstätten wachsen seit Jahren: Öffnung für Einjährige, zunehmende Altersmischung, Portfolio- und Zertifizierungsarbeiten, Beratung, Schulvorbereitung und Förderung. Gleichzeitig sind seit Jahren weder die Fördermaßnahmen und Stellenschlüssel angehoben noch die Gruppengrößen gesenkt worden.

88 **Es wird:**

- 89 • eine kindgerechte Förderung und gute Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen ge-
90 ben. Seit Jahren fehlen aber die Mittel, um qualitative Verbesserung der Betreuung und
91 Förderung zu erreichen.
- 92 • den Kreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit eröffnet, moderate Kindergarten-
93 beiträge einzuführen. **Kinderreiche und Geringverdiener bleiben beitragsfrei.** Die
94 Beiträge sollen durchschnittlich nicht teurer sein als 30 Euro pro Monat. Die Einnah-
95 men müssen zu hundert Prozent in die Verbesserung der Betreuungssituation fließen.

96

97 Schulvorbereitung

98 Die Voraussetzungen der Kinder bei der Einschulung sind sehr unterschiedlich. Gerade im
99 letzten Kindergartenjahr gibt es Unterschiede bei der Schulvorbereitung. Während einige
100 Schüler schon Basiskenntnisse der Schrift und des Rechnens mitbringen, haben andere
101 Kindergärten keine systematische Schulvorbereitung.

102 **Es wird:**

- 103 • verbindliche Standards der Schulvorbereitung für alle Kindertagesstätten geben.
- 104 • mit den Trägern der Kindertagesstätten zusammen eine Erarbeitung der inhaltlichen
105 Vorgaben geben.
- 106 • der Austausch zwischen Grundschule und Kindertagesstätte intensiviert, damit die In-
107 halte auf die Grundschule abgestimmt sind.
- 108 • weiterhin der Besuch im letzten Jahr des Kindergartens beitragsfrei bleiben, um eine
109 allgemeine Teilnahme am Vorschuljahr zu garantieren

110

111 Sprachförderung

112 Die einwandfreie Beherrschung der deutschen Sprache ist das wichtigste Mittel für ein
113 selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben und Grundlage für den Bildungser-
114 folg. Die Sprachförderung an den Kindertagesstätten folgt aber keiner einheitlichen Rege-
115 lung. Die Identifizierung der Kinder mit Sprachförderbedarf ist ebenfalls nicht landesein-
116 heitlich festgelegt. Gerade Brennpunktschulen mit einem hohen Anteil von Migranten
117 werden besonders gefördert.

118 **Es wird:**

- 119 • eine landesweit verpflichtende Erhebungen des Sprachstands im Kindergarten einge-
120 führt.
- 121 • auf Basis dieser Grundlage eine bedarfsgerechte Sprachförderung organisiert.
- 122 • für Flüchtlingskinder ein System spezieller Deutschvorlaufkurse eingerichtet. Dort
123 werden sie mit dem Schulalltag vertraut gemacht, lernen fachorientiert die deutsche
124 Sprache und werden auf Basis ihres Lernfortschritts nach wenigen Monaten an die für
125 sie passende Schule überwiesen.

126

127 **Grundschulen – Konzentration auf Bildungsgrundlagen – Kernkompetenzen stärken**

128 Grundschulen werden insbesondere durch die aktuelle Grundschulordnung mit immer
129 mehr Aufgaben überfrachtet, sodass für die eigentliche Kernaufgabe –die Grundfertigkei-
130 ten im Lesen, Schreiben und Rechnen zu erwerben sowie das Lernen zu lernen – kaum
131 noch Zeit bleibt. Als Folge sind die Mindestleistungsanforderungen in Grundschulen, z.B.
132 in der Frage des aktiven Wortschatzes, immer weiter gesunken. Durch die unverbindlichen
133 Rahmenlehrpläne sind Grundschulen gezwungen, individuell eigene Lehrpläne zu konzi-
134 pieren.

135 Grundschulen sollen wieder mehr Zeit haben, sich auf die eigentlichen Kernaufgaben zu
136 konzentrieren.

137 **Es wird:**

- 138 • weniger Dokumentationspflichten und weniger Projekte geben.
- 139 • ein verbindlicher Lehrplan für die einzelnen Schuljahre eingeführt.
- 140 • sich die Unterrichtsform wieder mehr am Entwicklungsstand der Kinder orientieren.
- 141 • insbesondere in den ersten Schuljahren wieder mehr klar strukturierten und vom Leh-
142 rer geleiteten Unterricht geben.

143

144 **Schreibschrift**

145 An immer mehr Grundschulen im Land wird die klassische Schreibschrift durch eine Druck-
146 schrift – die so genannte Grundschrift – ersetzt.

147 Die Beherrschung einer Schreibschrift ist wichtig für die eigene Entwicklung, da sie Kon-
148 zentration und Feinmotorik schult. Sie ist eine grundlegende Kulturtechnik, auf die wir
149 auch und gerade im Zeitalter der Digitalisierung nicht verzichten wollen.

150 **Es wird:**

- 151 • das Erlernen einer Schreibschrift wieder zum Lernziel der Grundschule.

152

153 Schreiben nach Gehör

154 Eine korrekte Rechtschreibung ist die Grundlage für eine gelingende Bildung und ein er-
155 folgreiches Berufsleben. Deshalb ist es wichtig, dass hier **keine pädagogischen Experi-**
156 **mente auf dem Rücken von Schülern** durchgeführt werden. Die Methode des Schreibens
157 nach Gehör ist hoch umstritten und benachteiligt insbesondere schwächere Schüler aus
158 bildungsfernen Elternhäusern. Zudem fällt es durch diese Methode vielen Schülern dauer-
159 haft schwer, eine korrekte Rechtschreibung zu erlernen, wenn sich Fehler verfestigt haben.

160 **Es wird:**

- 161 • der Schrifterwerb auf Basis der allgemeinen Rechtschreibregeln wieder zum allgemei-
162 nen Standard.

163

164 Einheitliche Zeugnisse

165 In Rheinland-Pfalz gibt es keinen allgemeinen Standard für Grundschulzeugnisse. Es gibt
166 Verbalzeugnisse ohne und mit Noten sowie Kompetenzstufenzeugnisse, zudem können
167 Noten seit der Überarbeitung der Grundschulordnung zunehmend individualisiert werden.
168 Das nimmt den Zeugnissen die Aussagekraft, und daher haben viele Eltern Probleme, an-
169 hand der Zeugnisse den Leistungsstand ihrer Kinder einzuordnen. Für Lehrer bedeuten
170 diese Zeugnisse einen sehr hohen Arbeitsaufwand ohne den entsprechenden pädagogi-
171 schen Nutzen.

172 **Es werden:**

- 173 • die Zeugnisse in der Grundschule ab Klasse drei allgemein verbindlich mit Ziffernnoten
174 und Kompetenzstufen statt vager Verbalbeurteilungen gestaltet.

175

176 Neue Perspektiven für kleine Grundschulen

177 Eine große Zahl an Grundschulen hat pro Jahrgang nur eine Klasse. Viele Grundschulen
178 schaffen noch nicht einmal diese Größe und müssen bereits zwei Klassenstufen in einer
179 Kombiklasse zusammenführen. Bei weiter sinkenden Schülerzahlen werden hunderte
180 Grundschulen in ihrem Bestand gefährdet sein.

181 Um die Schullandschaft auch in ländlichen Regionen demografiefest zu gestalten, brau-
182 chen wir flexible Lösungen. Deshalb wollen wir die Möglichkeit schaffen, Grundschulen
183 und Kindertagesstätten unter dem Dach des „Bildungshauses von 1 bis 10“ zu vereinen.
184 Das schafft die Möglichkeit, sowohl Betreuung als auch Bildung in kleinen Orten dauerhaft
185 erhalten zu können. Das Zusammenspiel von Kindertagesstätten und Schule ermöglicht
186 aber auch eine engere Verzahnung der pädagogischen Ansätze und bietet für die Kinder
187 einen fließenden Übergang in die Grundschule.

188

189 Orientierung geben und Werte vermitteln

190 Bildung ist mehr als die Kenntnis wissenschaftlicher Fakten und historischen Wissens. Bil-
191 dung umfasst auch die Herausbildung einer eigenen Persönlichkeit mit einem eigenen
192 Wertefundament. Angesichts der steigenden Zahl an Zuwanderern sind wir insbesondere
193 auch im Hinblick auf unsere eigene Wertebasis herausgefordert.

194 Das Grundgesetz ist die Hausordnung unseres Gemeinwesens und zugleich die Grundlage
195 gesellschaftlich-politischer Bildung. Die Erziehung zu diesen verbindlichen Grundwerten
196 ist zugleich ein aktiver Beitrag zur Integration. Der konfessionelle Religionsunterricht
197 stellt einen wichtigen Beitrag zur Wertebildung dar, da er die Grundlagen einer bestimm-
198 ten Haltung vertieft und kritisch reflektiert. In diesem Zusammenhang sind auch die freien
199 Schulen und die schulpastoralen Angebote der großen Kirchen eine wichtige Hilfe, um ein
200 eigenes Wertefundament zu entwickeln. Arbeits- und Verhaltensnoten sollten auf dem
201 Zeugnis stehen, denn sie geben Eltern und Schülern Auskunft über die Persönlichkeitsent-
202 wicklung.

203

204 Zeitgemäßer Sozialkundeunterricht

205 Nachhaltiges Konsumverhalten und solides finanzielles Haushalten sowie gesunde Ernäh-
206 rung und Lebensweise müssen früh erlernt werden.

207 Wir setzen uns dafür ein, dass Schwerpunktthemen der Verbraucherbildung, wie Ernäh-
208 rung, Finanzen und Vorsorge, Energie, digitale Welt in den Unterricht eingebracht werden.

209 Zu einer kompetenten gesellschaftlichen Orientierung gehören fundierte inhaltliche
210 Kenntnisse über Politik und Wirtschaft sowie andere gesellschaftliche Schwerpunktthe-
211 men.

212 **Es wird:**

- 213 • der Sozialkundeunterricht zu einem Schulfach „Politik und Wirtschaft“ weiterentwi-
214 ckelt.

215

216 Vielfältige Lernwege

217 Die Realschule plus wird in vielen Bereichen anders behandelt als integrierte Gesamtschu-
218 len, obwohl beide Schularten sich in weiten Teilen um die gleiche Schülerschaft kümmern.

219 Wir setzen auf die Vielfalt und Durchlässigkeit der Lernwege. Deshalb brauchen wir eine
220 frühzeitige und umfassende Beratung über die verschiedenen Bildungswege, vor allem
221 auch über die Möglichkeiten der beruflichen Bildung. Das muss auch organisatorisch deut-
222 lich werden.

223 Realschulen plus und Gesamtschulen müssen gleichberechtigt behandelt werden: Das gilt
224 für die Ausstattung mit Lehrerstellen genauso wie für den Anmeldetermin für die fünften
225 Klassen. Die Gesamtschulen sollten sich zur eigenen Profilbildung sehr viel stärker als bis-
226 her der praxisorientierten Bildung der Realschulen plus öffnen. Realschulen plus und Ge-
227 samtschulen sollten die praxisorientierte Bildung als Stärke ihres Bildungszweiges verste-
228 hen. Wir werden ihnen helfen, diese Stärke weiter zu entwickeln. Bildung muss gerecht
229 sein, und daher müssen gleiche Anforderungen für alle gelten.

230 **Es wird:**

- 231 • landeseinheitliche Schulabschlüsse für alle Bildungsgänge geben.

232

233 Wenn ein immer weiter wachsender Anteil aller Schüler das Gymnasium besucht, führt
234 dies zugleich die Herausforderung mit sich, das gymnasiale Profil beizubehalten.

235 Den Eltern obliegt das erste Recht der Schulwahl. Eltern sind die ersten Experten, wenn es
236 um ihre Kinder geht. Doch Entscheidungen können sich im Nachhinein auch als falsch her-
237 ausstellen.

238 **Es wird:**

- 239 • die Möglichkeit der Querversetzung erhalten bleiben
- 240 • eine verbindliche Schullaufbahnempfehlung nach Klasse sechs abgegeben

241 Das Gymnasium muss in der Lage sein, sein Profil zu bewahren. Ziel der Gymnasiallauf-
242 bahn ist die allgemeine Hochschulreife. Ein besonderes Augenmerk werden wir dabei auf
243 die Förderung besonders begabter Schüler legen.

244 Berufsbildende Schulen eröffnen die volle Breite der Abschlussmöglichkeiten und somit
245 Aufstieg durch Bildung. Gleichzeitig sind die Chancen an berufsbildenden Schulen vielen
246 Eltern und Schülern nicht bekannt.

247 Wir werden die Chancen, die berufsbildende Schulen eröffnen, bewusst machen. Zugleich
248 werden wir dafür sorgen, den Unterschied in der Unterrichtsversorgung zu den allgemein-
249 bildenden Schulen zu reduzieren. Dabei werden wir neue Wege in der Fachlehrergewin-
250 nung gehen.

251 **Es wird:**

- 252 • Leistungszulagen für Seiteneinsteiger aus der Wirtschaft geben
- 253 • ein Stipendienprogramm für Studierende von Mangelfächern aufgelegt

254

255 **Duale Bildung – ein deutscher Leuchtturm**

256 Mittlerweile haben wir mehr Studierende als Auszubildende. Diese Entwicklung wird den
257 Fachkräftemangel weiter verschärfen. Durch den Rückgang der Auszubildendenzahlen und
258 die zunehmende Differenzierung der dualen Ausbildungsgänge wird es immer schwieriger,
259 ausreichend große Berufsschulklassen zu bilden.

260 Wir werden die duale Bildung substantiell stärken, denn sie ist eine besondere Stärke des
261 deutschen Bildungssystems. Für das Schulsystem muss insgesamt der Grundsatz gelten
262 ‚Kein Abschluss ohne Anschluss‘. So muss in der Sekundarstufe I eine Berufsorientierung
263 erfolgen und eine Abschlussprüfung abgelegt werden. Deshalb wollen wir insbesondere in

den ersten Jahren verstärkt mehrere Berufe aus dem gleichen Berufsfeld gemeinsam unterrichten und erst zu einem späteren Zeitpunkt Spezialklassen bilden. Der Meisterbrief bedeutet einen im europäischen Vergleich besonders hohen und anerkannten Qualitätsmaßstab der beruflichen Bildung, der Voraussetzung für die Berechtigung zur Ausbildung im dualen System und zur Leitung eines Handwerksbetriebes ist. Er muss auch im europäischen Binnenmarkt erhalten bleiben. Das System der beruflichen Bildung eröffnet eine große Chance zur Integration von Flüchtlingen.

Es wird:

- der Meisterkurse gestärkt und der Erwerb des Meistertitels finanziell unterstützt.
- ein Akutprogramm für die berufliche Bildung nach bayerischem Vorbild aufgelegt. Es gibt eine zweijährige Berufsvorbereitungsklasse, in der im ersten Jahr der Fokus auf dem Erlernen der deutschen Sprache und der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens liegt, im zweiten Jahr auf einer umfassenden Berufserkundung mit Praktika in Betrieben.

Inklusion mit Verantwortung und Augenmaß

Durch die Einführung des bedingungslosen Elternwahlrechts und den Wegfall des Ressourcenvorbehalts sind die Rahmenbedingungen für die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf erheblich schlechter geworden. Vielfach können die Schulen den Bedürfnissen sowohl der beeinträchtigten wie auch der nichtbeeinträchtigten Schüler nicht gerecht werden. Gleichzeitig wird es für die Förderschulen immer schwerer, ihr Angebot aufrecht zu erhalten.

Das Wohl des Kindes steht an erster Stelle. Inklusion muss behutsam, mit Augenmaß und mit Verantwortung und nicht mit der ideologischen Brechstange umgesetzt werden.

Es wird:

- die Förderschule als wichtiger Bestandteil der Inklusion erhalten.
- nur so viele Unterrichtsmöglichkeiten für beeinträchtigte Schüler an allgemeinen und berufsbildenden Schulen geben, wie wir auch eine umfassende förderpädagogische Betreuung garantieren können. Eine Inklusion ohne ausreichende Ressourcen geht auf Kosten aller Kinder.

294 Faire Ressourcen und Eigenverantwortung für Schulen

295 Die Entwicklung eines eigenständigen Schulprofils wird durch fehlendes Entscheidungs-
296 recht bei der Personalentwicklung erschwert. Die einzelnen Schulen sollen in ihrer pädago-
297 gischen Arbeit nicht von starren bürokratischen Vorgaben aus dem Ministerium behindert
298 werden.

299 **Es wird:**

- 300 • den Schulen innerhalb von verbindlichen Lehrplänen substantieller Gestaltungsspiel-
301 räume eröffnet.
- 302 • eine Unterrichtsversorgung von 100 plus geben. Es wird also mehr Lehrpersonal als nö-
303 tig eingestellt werden, damit Ausfälle kompensiert werden können und nicht hinge-
304 nommen werden müssen. Nur so können Schulen wirklich gestalten, statt nur den
305 Mangel zu verwalten.

306

307 Auf die Lehrer kommt es an

308 Lehrerinnen und Lehrer haben zu Recht den Eindruck, dass sie nicht fair behandelt werden.
309 Lehrern sind in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben übertragen worden, ohne
310 dass sie auf der anderen Seite entlastet worden wären. Dadurch steigt die persönliche Be-
311 lastung immer weiter an.

312 Die schulartbezogenen und fachlichen Schwerpunkte in der Lehrerausbildung gehen wei-
313 ter zurück, zudem hat die Verkürzung des Referendariats die Ausbildungsqualität massiv
314 beeinträchtigt. Der eigenverantwortliche Unterricht von Beginn des Referendariats an
315 überfordert die Referendarinnen und Referendare und belastet Schülerinnen und Schüler
316 sowie die Eltern.

317 Darüber hinaus arbeiten tausende Lehrer in **prekären Kurzzeitverträgen** und erhalten
318 keine verlässliche Berufsperspektive. Viele Lehrer machen zudem die Erfahrung, dass sich
319 ihr Arbeitseinsatz und ihr Engagement nicht auf ihre berufliche Perspektive auswirken.

320 **Es wird:**

- 321 • wieder mehr Anerkennung für Lehrer geben
- 322 • eine Entlastung von zusätzlichen Aufgabengebieten.
- 323 • **die Möglichkeit eines leistungsabhängigen Zulagensystems geschaffen**

324 • für Entlastung gesorgt, indem den Schulen nicht immer neue Aufgaben übertragen
325 werden.

326 Lehrer müssen fachlich kompetent sein und im Unterricht engagierte Präsenz zeigen. Um
327 dies dauerhaft leisten zu können, sind verlässliche Anstellungsbedingungen, Aufstiegsper-
328 spektiven und ein fundiertes fachorientiertes Studium Grundvoraussetzung. Denn: Nur in-
329 haltlich und für ihre Schulart gut qualifizierte Lehrer können überzeugen, Vorbild sein und
330 motivieren.

331 Das Referendariat ist nicht dazu da, Unterrichtsausfall zu kaschieren, sondern zukünftige
332 Lehrkräfte für ihre verantwortungsvolle Aufgabe zu qualifizieren. Ein insgesamt 21-mona-
333 tiger Vorbereitungsdienst, eine enge Betreuung durch die Fachleiter und klare Rückmel-
334 dungen auch in Form von Noten werden die Qualität der Lehrerbildung verbessern.

335 **Es wird:**

336 • die Vielzahl der verstreuten Praktika zu einem Praxissemester zusammengebunden.
337 Eine dreimonatige Orientierungsphase wird die Referendare auf den eigenverantwort-
338 lichen Unterricht vorbereiten.

339

340 **Wissenschaft und Hochschulen**

341 Statt die Hochschulen mit verlässlichen Mitteln der Grundfinanzierung auszustatten, ist
342 die Grundausrüstung der Universitäten immer weiter zurückgegangen. Stattdessen sind
343 immer mehr befristete Sonderprogramme zur Verfügung gestellt worden, mit denen die
344 Hochschulen allerdings nicht langfristig und strategisch planen können.

345 Wir wollen die für Hochschulen Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähige Bedingungen
346 unter den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Wir werden die verlässliche Grundfi-
347 nanzierung der Hochschulen erhöhen und kurzfristige Programmfinanzierungen zurück-
348 fahren. Wir werden diese Umorientierung nicht „mit der Gießkanne“ vornehmen, sondern
349 diese Mittel daran binden, dass die Hochschulen zukunftsfähige Konzepte in Forschung
350 und Lehre vorlegen.

351

352 Studium 4.0

353 Aus den Hochschulen heraus müssen neue Konzepte für das Hochschulstudium im 21.
354 Jahrhundert entwickelt werden. Dazu zählt auch, dass wir den Hochschulen die Möglich-
355 keit eröffnen, die Bachelor-und Masterstudiengänge konstruktiv weiterzuentwickeln, in-
356 dem sie die Möglichkeit bekommen, Überregulierungen dieser Studiengänge abzubauen.
357 Unsere Ziele dabei sind Entschulung, Stärkung der Fachlichkeit sowie stärkere Durchläs-
358 sigkeit und Mobilität.

359

360 Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Hochschulen schaffen

361 Wir müssen in die Infrastruktur unserer Hochschulen investieren und Hemmnisse für die
362 Errichtung von Gebäuden und die Beschaffung von Ausstattung beseitigen.

363 **Es werden:**

- 364 • die Möglichkeiten zur Kooperation zwischen Bund und Ländern (Art. 91b GG) kon-
365 struktiv genutzt sowie leistungsfähige Computernetze und die Schaffung von studenti-
366 schem Wohnraum gefördert.
- 367 • die außeruniversitäre Forschung und ihre Kooperation mit den Hochschulen gefördert.

368 Um die Forschungslandschaft auszubauen, unterstützen wir zugleich Ausgründungen an
369 den Hochschulen durch weniger bürokratische Förderinstrumente und praktische Hilfe
370 wie z. B. günstige Büroräume.

371

372 Studienbeiträge für Langzeitstudierende wieder einführen - Ein Gebot der Fairness

373 Die rot-grüne Landesregierung hat als eine ihrer ersten Maßnahmen die Studienbeiträge
374 für Langzeitstudierende abgeschafft.

375 Es widerspricht den Geboten von Fairness und Solidarität, wenn Studierende unbegrenzt
376 die Unterstützung der Solidargemeinschaft durch staatliche Leistungen wie Krankenversi-
377 cherung, verbilligte Eintritte oder die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in Anspruch
378 nehmen können, weil sie ihr Studium nicht zu Ende führen.

379 **Es werden:**

- 380 • die Studienbeiträge für Langzeitstudierende wieder eingeführt, wobei natürlich Aus-
381 nahmen für Krankheit, Pflege, Elternschaft oder Härtefälle gemacht werden.

382

383 Chancen eröffnen: Karrierewege für den Nachwuchs

384 Die von der rot-grünen Bundesregierung verantwortete Änderung der zeitlichen Befris-
385 tung von Stellen in der Wissenschaft hat eine ganze Generation von Nachwuchswissen-
386 schaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern vor existentielle Probleme gestellt. Die
387 Halbierung der Landesstipendien hat einen schweren Schaden angerichtet. Dadurch ver-
388 liert der Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz bei vielen jungen Wissenschaftlern weiter
389 an Attraktivität.

390 Wir unterstützen die durch die gegenwärtige Bundesregierung geplante Novelle, um klare,
391 planbare und familienfreundliche Karrierewege für Nachwuchswissenschaftler zu eröff-
392 nen. Außerdem werden wir uns für die Stabilisierung der Landesstipendien einsetzen und
393 das erfolgreiche Deutschlandstipendium weiter aufbauen – denn Stipendien sind ein guter
394 Weg um kluge Köpfe weiter zu motivieren und zu fördern.

395

396 2. Freiheit und Sicherheit. Für ein gelingendes Miteinander

397 Polizei für ihre Aufgaben fit machen

398 Organisierte Kriminalität, Islamismus, Terrorismus, CyberCrime – die Herausforderungen
399 der Polizei in Rheinland-Pfalz haben in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenom-
400 men. Zugleich wurden zu wenige Polizisten ausgebildet, sodass Einsatzkräfte fehlen und
401 insgesamt zu wenige junge Frauen und Männer im Polizeidienst stehen. Rot-Grün hält die
402 Personaldecke dünn – die Polizei im Land schiebt mehr als 1,7 Millionen Überstunden vor
403 sich her. Das sind im Schnitt 23 Tage für jeden Beamten. Seit der Regierungsübernahme
404 durch Rot-Grün hat sich diese Zahl mehr als verdoppelt! Hinzu kommt, dass rund 1.000 Be-
405 amte nur eingeschränkt dienstfähig sind – eine Zahl, die sich seit 2003 mehr als verdoppelt
406 hat. Die tatsächlich verfügbare Verfügungsstärke liegt daher nur bei rund 8.750 vollen
407 Stellen. Diese Situation wird sich in Zukunft aufgrund steigender Pensionierungszahlen
408 verschärfen. Trotzdem ist Rot-Grün der Meinung, man müsse die Ausgaben für die Polizei
409 „auf Kante nähen“.

410 Wir stellen besorgt fest, dass die Zahl der Gewalttaten gegen Polizisten steigt, der Respekt
411 den Beamten gegenüber abnimmt. Wir werden Schluss machen mit einem strukturellen
412 Misstrauen gegenüber der Polizei. Sie werden mit Nummern markiert. Mittlerweile gibt es
413 zudem eine Beschwerdestelle gegen Polizisten. Wir Christdemokraten hingegen stehen für
414 Respekt und Rückendeckung für unsere Polizei, für diejenigen, die jeden Tag ihren an-
415 spruchsvollen, aufreibenden und mitunter gefährlichen Dienst tun. **Wir schaffen die**
416 **Kennzeichnung der Polizisten mit Nummern ab.**

417 Seit Jahren warten viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf die ihnen zustehende
418 Beförderung. Durch die fehlerhafte Personalpolitik der Vergangenheit hat sich ein enor-
419 mer Beförderungsstau angehäuft. Viele Beamtinnen und Beamte werden nicht ihrer Funk-
420 tion entsprechend bezahlt, weil die notwendigen Beförderungen nicht vorgenommen wur-
421 den.

422 Die Zahl der Wohnungseinbrüche stagniert in unserem Land auf hohem Niveau, und die
423 Aufklärungsquote ist in Rheinland-Pfalz im Jahr 2014 auf das historische Tief von 13,9 %
424 gesunken. In den ländlichen Regionen unseres Landes kann die Polizei wegen der dramati-
425 schen Personalsituation kaum noch Streifenfahrten sicherstellen, Einbrecher haben hier
426 leichtes Spiel.

427 Wer derart fahrlässig mit der Polizei umgeht, gefährdet langfristig nicht nur die Sicherheit,
428 sondern auch die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Unsere Rechts- und Werteordnung
429 braucht Menschen, die sie verteidigen. Die Herausforderungen der Zukunft können wir
430 als Gesellschaft nur mit einer gut aufgestellten Polizei bewältigen. Wir stehen für Anerken-
431 nung und Rückhalt für eine gewappnete Polizei.

432 **Es wird:**

- 433 • zur Entlastung eine Erhöhung der **aktuellen Verfügungsstärke der Polizei so schnell**
434 **wie möglich um 300 Stellen angegangen.** Um hierfür die Voraussetzungen bei der
435 Hochschule der Polizei auf dem Hahn zu schaffen, wollen wir weiteres Lehrpersonal
436 einstellen sowie die räumlichen Kapazitäten ausbauen. Das sind wir den Polizisten aber
437 auch den Bürgerinnen und Bürgern, deren Sicherheit wir gewährleisten müssen, schul-
438 dig.

- zu jeder Zeit eine Mindesteinsatzstärke von 9000 vollen Stellen geben. **Die Erhöhung der Personalstellen bei der Polizei erfolgt nicht durch eine Veränderung der Lebensarbeitszeit.**
- Die Einstellung von weiteren Tarifbeschäftigte angestrebt, um die Polizei kurzfristig von polizeifremden Aufgaben zu entlasten und die Polizeiinspektionen auch weiterhin in der Fläche zu erhalten.

In Anbetracht der Personalsituation, der heutigen und zukünftigen Herausforderungen wollen wir eine umfassende Aufgabenkritik. Wir wollen, dass die Polizei ein klares Aufgabenprofil ohne sachfremde Aufgaben mit dazu passender personeller und materieller Ausstattung hat.

Die Menschen in den ländlichen Regionen unseres Landes haben genauso ein Anrecht auf Sicherheit wie in den größeren Städten. Wir schaffen **Fachkommissariate** bei den Polizeipräsidien, die sich ausschließlich der **Bekämpfung der Bandenkriminalität** widmen.

Wir fordern eine **steuerliche Absetzbarkeit von Materialkosten für den technischen Einbruchsschutz**. Zudem wollen wir im Kampf gegen Einbrecherbanden computergestützte Früherkennungssysteme einsetzen, die Präventionsarbeit weiter verstärken sowie eine landesweite Koordinationsstelle beim Landeskriminalamt einrichten. Auch Änderungen im Baurecht wollen wir prüfen, um ggf. einbruchssichernde Maßnahmen bei Neubauten gesetzlich festzuschreiben – ohne gleichzeitig die Bauherren über Gebühr zu belasten.

Wir schützen die, die uns schützen. Wir wollen einen eigenen Straftatbestand für Angriffe auf Polizisten und Rettungskräfte schaffen. Wir werden die Polizisten mit Body-Cams ausstatten – das gibt ihnen die Sicherheit, ihr einwandfreies Verhalten nachweisen zu können. Zudem wollen wir eine „**Anti-Gewalt-Strategie**“ für den **Öffentlichen Dienst** entwickeln. Außerdem soll das Land in Vorleistung für Schmerzensgeldansprüche seiner Beamtinnen und Beamten bei tätlichen Angriffen treten.

Die Gesundheit unserer Polizistinnen und Polizisten hat für uns oberste Priorität. Wir wollen ein umfassendes Gesundheitsmanagement und werden die Einführung der optionalen freien Heilfürsorge für alle Polizisten in unserem Land prüfen.

Wir wollen eine Regelbeförderung von den Besoldungsstufen A9 auf A10. Gleichzeitig werden wir die Finanzierbarkeit der Regelbeförderung von A10 nach A11 überprüfen und wenn möglich umsetzen. Zudem wollen wir uns bei der Besoldung an den Tarifabschlüssen

470 für den öffentlichen Dienst orientieren sowie eine funktionsgerechte Bezahlung und Be-
471 förderung.

472 Wir fordern zudem eine brennpunktorientierte sichtbare Videoüberwachung. Diese führt
473 nachweislich zu einem Rückgang von Straftaten im überwachten Bereich; weiterhin wird
474 die Aufklärungs- und Verurteilungsquote gesteigert.

475

476 **Verfassungsschutz gewinnt an Bedeutung**

477 Der Verfassungsschutz muss mit gleichbleibenden Mitteln einen immer größeren Perso-
478 nenkreis beobachten: Islamisten, Salafisten, Links- und Rechtsextremisten. Angesichts der
479 Flüchtlingskrise nimmt die Beobachtung sowohl rechtsextremer als auch islamistischer
480 Gruppierungen zunehmend Raum ein. Insbesondere die frühzeitige Erkennung von Einzel-
481 tälern ist personalintensiv. Die furchtbaren Terroranschläge von Paris und Istanbul sind
482 Grund zur Sorge, dass eine solche Tat auch in Deutschland bevorstehen kann. In dieser Si-
483 tuation ist eine Stärkung des Verfassungsschutzes geboten.

484 Wir stehen für den **Schutz unserer Rechts- und Werteordnung**. Den Verfassungsschutz
485 wollen wir einer grundlegenden Aufgabenkritik unterziehen. Ausbildung, Personal und
486 Rechtsgrundlagen sowie Kompetenzen müssen auf ihre Zukunftsfestigkeit überprüft wer-
487 den. Nur ein gut ausgestatteter Verfassungsschutz garantiert größtmögliche Sicherheit
488 vor islamistischem, linkem oder rechtem Extremismus.

489 Wir wollen den Verfassungsschutz in die Lage versetzen, Anwerbe- und Rekrutierungsver-
490 suche islamistischer oder salafistischer Organisationen noch früher und umfassender zu
491 erkennen. Zur Verteidigung des Rechtsstaates und der Demokratie braucht es einen star-
492 ken Verfassungsschutz als Frühwarnsystem für Extremismus, eine gut aufgestellte Polizei
493 und eine durchsetzungsfähige Justiz.

494 Wir bekennen uns klar zur Notwendigkeit nachrichtendienstlicher Maßnahmen zur Erken-
495 nung von Gefahren für die freiheitliche-demokratische Grundordnung. Der Ausgleich zwi-
496 schen den Freiheitsrechten der Bürger, aber auch ihrem Recht auf Sicherheit, muss immer
497 wieder neu gefunden werden. Datenschutz genießt in Zeiten der Digitalisierung hohe Prio-
498 rität. Deswegen ist es auch richtig, dass der Bundestag jetzt die Vorratsdatenspeicherung
499 beschlossen hat.

500

501 Grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung

502 Die Zusammenarbeit der Polizei aus Rheinland-Pfalz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und
503 mit unseren Nachbarbundesländern wird immer wichtiger.

504 Wir werden die Partnerschaften mit den Nachbarländern verstärken, um der Kriminalität
505 in den Grenzgebieten entgegen zu treten, dazu werden wir gemeinsame Fahndungen im
506 Grenzgebiet stärken.

507

508 Feuerwehr und Brandschutz - Stau bei Ausbildung und Ausstattung

509 Die Freiwilligen Feuerwehren im ganzen Land und die Berufsfeuerwehren der Städte leis-
510 ten eine großartige Arbeit für das Allgemeinwohl. Der Dienst in der Feuerwehr ist ein
511 wichtiges Ehrenamt. Rot-Grün legt dem Engagement der Ehrenamtlichen Steine in den
512 Weg – sei es bei der Ausbildung, der Ausstattung oder der Ausgestaltung des Dienstes.
513 Daher werden wir zahlreiche unter Rot-Grün entstandene Missstände beheben.

514 Die Lehrgangsplätze an der Landesfeuerwehrschule reichen nicht aus. Feuerwehrangehö-
515 rige warten teilweise mehrere Jahre auf Fortbildungen. Die Kommunen als Träger der Feu-
516 erwehren müssen lange auf Landeszuschüsse warten. Rot-Grün zwingt die überschuldeten
517 Träger also dazu, dringend benötigte Anschaffungen über Kredite vorzufinanzieren oder
518 Abstriche bei der Ausstattung zu machen.

519 Die ehrenamtlichen Feuerwehren in Rheinland-Pfalz werden mit immer neuen bürokrati-
520 schen Regeln überladen. Die Zeit, die eigentlich dem Dienst an der Allgemeinheit gewid-
521 met werden sollte, fließt in die Einhaltung und Bearbeitung überzogener gesetzlicher Vor-
522 gaben. Um die selbst verschuldeten Löcher im Landeshaushalt zu stopfen, hat Rot-Grün in
523 der Vergangenheit die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer aufgehoben. Diese soll ei-
524 gentlich sicherstellen, dass die Einnahmen auch dem Brandschutz zugutekommen. Denn
525 der Investitionsstau für feuertechnisches Gerät liegt derzeit bei rund 40 Mio. €.

526 Wir wollen, dass Feuerwehrleute, die sich weiterbilden möchten, diese Möglichkeit zeitnah
527 erhalten. Engagement muss gefördert, nicht ausgebremst werden. Die Feuerwehren müs-
528 sen zeitnah mit der notwendigen Ausstattung versorgt werden. Zugesicherte Zuschüsse
529 des Landes müssen umgehend an die Träger fließen. Fahrzeuge sollen zukünftig auf Lan-
530 desebene zentral ausgeschrieben werden.

531

532 Wir wollen das Ehrenamt insbesondere in der Feuerwehr stärken. Dazu gehört auch die
533 Anerkennung der besonderen Leistungen der Feuerwehrangehörigen im feuerwehrtechni-
534 schen und gesellschaftlichen Bereich.

535 Die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer darf nicht angetastet werden; die Einnahmen
536 müssen für den Brandschutz verwendet werden, damit der von Rot-Grün verursachte In-
537 vestitionsstau abgebaut werden kann.

538 Zur Sicherung einer auch zukünftig flächendeckenden Versorgung mit engagierten Ehren-
539 amtlichen fördern wir die Nachwuchsgewinnung auch im Bambini-Bereich.

540 Wir werden prüfen, welche Förderungsmöglichkeiten für Unternehmen möglich sind, um
541 Feuerwehrangehörige für ihren Dienst freizustellen. Damit wollen wir erreichen, dass die
542 Tagesalarmbereitschaft bei den Feuerwehreinheiten in unserem Land auch in Zukunft ge-
543 sichert werden kann.

544 Auch bei der Feuerwehr gilt es, eine sinnvolle Aufgabenteilung und Kooperationsbasis mit
545 den kommunalen Behörden und Einrichtungen zu finden. (Bsp. Ölsaubereitigung inner-
546 orts – außerorts / Feuerwehr – Straßenmeisterei)

547 Die Beachtung moderner Brandschutzanforderungen im öffentlichen und privaten Bau er-
548 fordert eine sachgerechte Personalausstattung der Stadt- und Kreisverwaltungen – auch
549 im Sinne des modernen Gewerbe- und Anlagenbaus. Deshalb müssen vom Land Rheinland-
550 Pfalz umgehend eigene Lehrgänge zur Ausbildung dieses Fachpersonals eingerichtet wer-
551 den.

552

553 Hilfs- und Rettungsdienste – Helfer arbeiten am Limit

554 In der Flüchtlingskrise arbeiten die Hilfs- und Rettungsdienste mit haupt- und ehrenamtli-
555 chen Kräften am Limit. Ein Ende der Flüchtlingsströme ist nicht abzusehen; hinzu treten
556 mögliche Großlagen in Rheinland-Pfalz. Der demografische Wandel gefährdet die ret-
557 tungsdienstliche Versorgung in der Fläche, obwohl der Bedarf in Anbetracht einer altern-
558 den Gesellschaft steigen wird. Für Notärzte gibt es keine festgelegten Zeiten, bis wann sie
559 am Einsatzort sein sollen. (Hilfsfristregelung).

560 Wir stehen für die **Sicherheit für Helfer und Hilfesuchende**. Wir wollen den Auf- und Aus-
561 bau des Zivil- und Katastrophenschutzes weiter voranbringen. Dabei wollen wir in Rhein-
562 land-Pfalz ein Niveau des Bevölkerungsschutzes erreichen, das den Herausforderungen
563 und Bedrohungen der heutigen Zeit gerecht wird und einen umfassenden Bevölkerungs-
564 schutz garantiert.

565 Wir wollen die Rettungsdienste und ihre Infrastruktur flächendeckend erhalten. Im Hin-
566 blick auf die demografische Entwicklung der ehrenamtlichen Helfer wollen wir eine Stär-
567 kung des Bundesfreiwilligendienstes im Rettungsdienstbereich.

568 Wir wollen das Projekt „First Responder“ weiterhin stark unterstützen. Diese schnellen
569 Helfer sollen in die Rettungsdienste integriert werden. Hier wollen wir einen rechtlichen
570 Rahmen und Rechtssicherheit schaffen.

571 Wir wollen eine bessere Möglichkeit der Freistellung von Erst- und Notfallhelfern vom Ar-
572 beitgeber erreichen.

573 Um auch in Zukunft eine angemessene, rechtzeitige Versorgung mit notärztlichen Hilfe-
574 leistungen garantieren zu können, müssen die notärztlichen Versorgungsstrukturen ge-
575 stärkt werden. Hierzu zählt auch die Erprobung und Nutzung telemedizinischer Lösungen
576 für den Rettungsdienst. Wir werden uns für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kran-
577 kenhäuser und Hilfsorganisationen einsetzen, die Notarztdienste wahrnehmen. Die Fort-
578 bildung für Notärzte soll intensiviert werden, es muss über bessere Anreizsysteme für
579 diese Dienste geschaffen werden.

580

581 3. Flüchtlingspolitik

582 Derzeit befinden sich weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Die außenpoli-
583 tische Situation im Nahen und Mittleren Osten, insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien
584 und die menschenverachtenden Gräueltaten durch den IS-Terror führen ebenso wie die
585 desolate innere Lage einzelner Länder dazu, dass Menschen ihre Heimat auf der Suche
586 nach Frieden und Sicherheit verlassen.

587 Die politische Situation in vielen Teilen der Welt und die damit einhergehende, immer grö-
588 ßer werdende Zahl an Menschen, die um unseren Schutz bitten, stellen alle Staaten in Eu-

589 ropa, vor allem aber Bund, Länder und Kommunen in Deutschland, vor große Herausforde-
590 rungen. Denn Menschen, die in ihren Heimatländern tatsächlich verfolgt werden und die
591 Krieg und Tod durch Flucht entkommen sind, wollen und müssen wir helfen.

592 Dank des Engagements unzähliger haupt-und ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, in
593 den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Verwaltungen und Behörden gelingt es, den Ankom-
594 menden die Erstversorgung und Unterbringung zu gewährleisten.

595 Doch es gibt Belastungsgrenzen unserer Gesellschaft. Wir sind der festen Überzeugung,
596 dass die Flüchtlingszahlen gesteuert und vor allem spürbar reduziert werden müssen. Eine
597 Entlastung Deutschlands, vor allem der Kommunen, muss schneller kommen und darf
598 nicht länger allein von der Kooperationsbereitschaft der EU-Partner abhängen.

599 Der Plan A einer europäischen Lösung für dieses europäische Problem ist nach wie vor
600 richtig. Gleichzeitig müssen wir jetzt innenpolitisch und in den bilateralen Beziehungen zu
601 Nachbar- und Transitländern einen Schritt weiter gehen.

602 Parallel zur Weiterverfolgung der europäischen und internationalen Aktivitäten („Plan A“)
603 legen wir einen "Plan A2" vor. Uns geht es dabei um ein zweigleisiges, paralleles Vorgehen.
604 Unser Plan A2 kann zusätzlich zu den bereits beschlossenen Maßnahmen realisiert werden
605 und enthält folgende Elemente:

606

607 **Grenzzentren und Hotspots**

608 Die Aufnahme von Flüchtlingen ist nur noch über Einrichtungen an den deutschen Gren-
609 zen – Grenzzentren – oder Hotspots und Registrierungszentren außerhalb des deutschen
610 Staatsgebietes möglich. Diese werden uni- oder bilateral mit Partnerländern betrieben:

- 611 • *Deutschland - Österreich*

612 An der deutsch-österreichischen Grenze werden Grenzzentren eingerichtet. Es sind Erst-
613 aufnahmeeinrichtungen direkt an der Grenze. Dort erfolgen die Registrierung, Gesund-
614 heitschecks, eine Erstprüfung des Asylantrags und die Weiterverteilung (bei klarer Bleibe-
615 perspektive), bzw. schnelle Rückführung.

- 616 • *Deutschland - Italien und Griechenland*

617 Deutschland unterstützt Italien und Griechenland jeweils bilateral beim Aufbau und Be-
618 trieb von Hotspots, die als Registrierungszentren dienen, sowie die freiwillige Rückkehr
619 von Flüchtlingen in ihre Herkunftsländer abwickeln.

620 • *Deutschland - Türkei*

621 Deutschland errichtet Registrierungszentren im syrischen und irakischen Grenzgebiet der
622 Türkei.

623

624 **Flexible Kontingente**

625 Darüber hinaus wollen wir eigene, tagesaktuelle Kontingente für die Flüchtlinge in den
626 deutschen Grenzzentren und Hotspots einführen. Die Einreise von registrierten Kriegs-
627 flüchtlingen und Asylbewerbern mit Bleibeperspektive wird so gesteuert und reduziert.
628 Unser Ziel ist es, vor allem die Kommunen zu entlasten, die die Hauptlast der Flüchtlings-
629 krise tragen.

630

631 **Unsere Ziele:**

632 • Die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge wird mit Einführung der Grenzzentren und
633 Hotspots über flexible Kontingente pro Tag gesteuert und sukzessive abgesenkt. Diese
634 Tageskontingente richten sich nach der Aufnahmefähigkeit der Länder und Kommu-
635 nen.

636 • Nur Flüchtlinge mit Bleibeperspektive werden auf Länder und Kommunen weiterver-
637 teilt.

638 • Planungssicherheit für die Kommunen. Die Aufnahmefähigkeit der Länder und Kom-
639 munen bestimmt die Verteilung, nicht die Zahl der Flüchtlinge an der Grenze.

640 • Der Vorlauf verlängert sich, Länder und Kommunen müssen nicht mehr von einem Tag
641 auf den anderen reagieren.

642 • Die Rückführung abgelehnter Asylbewerber und freiwilliger Rückkehrer geschieht
643 zentral aus den Grenzzentren und Hotspots und nicht, wie bisher, durch die Kommu-
644 nen. Auch das entlastet diese zusätzlich.

- Auswahl nach Schutzbedürftigkeit. Bei Aufnahme in die Kontingente werden humanitäre Kriterien gewichtet und besonders schutzbedürftige Personen, wie unbegleitete Minderjährige, Kranke, und besonders bedrohte Minderheiten (z. B. Jesiden oder Christen aus dem Irak) vorrangig berücksichtigt.

Anreizsysteme – Antragstellung vor Ort schlägt Schleuser

Innerhalb der Kontingente sollte eine Rangfolge mit zunehmender Distanz gelten. Je weiter entfernt von Deutschland die Registrierung erfolgt, desto größer ist das Teilkontingent und damit die Chance auf Einreise. Flüchtlinge kommen dann z. B. über Registrierungszen-tren in der Türkei schneller – und vor allem auch sicherer – ans Ziel, als über die Balkan-route und Österreich. So entsteht mittelfristig ein Anreizsystem, das die Asylantragstel-lung aus der Region belohnt, gleichzeitig den Weg über Schleuser direkt an die deutsche Grenze noch weniger chancenreich werden lässt. Jeder Flüchtling, der im Land ohne Flüchtlingsausweis aufgegriffen wird und der nicht registriert ist, wird in die Grenzzentren überführt. Übertritte über die grüne Grenze werden nicht belohnt.

Mit diesen Maßnahmen wären wir in der Lage, den Zuzug von Flüchtlingen spürbar zu re-duzieren, Ordnung bei der Registrierung herzustellen und Menschen mit geringer Bleibe-perspektive direkt an der Grenze abzuweisen.

Mit konsequenten Handeln muss auch die Wahrung der inneren Sicherheit und Ordnung angegangen werden. Genauso wie Straftaten gegen Asylbewerber müssen Straftaten von Asylbewerbern verfolgt und geahndet werden. Wenn wir dem Grundsatz Geltung ver-schaffen wollen, dass nur Schutzbedürftige Asyl genießen und Asyl kein Zuwanderungs-weg ist, dann ist auch die Aufenthaltsbeendigung eine Notwendigkeit. Das Recht der Dul-dung von Ausländern aus bestimmten Staaten oder von bestimmten Ausländergruppen so-wie weitere Abschiebungshindernisse wollen wir deshalb hinterfragen. Der Katalog der Ausweisungsgründe, insbesondere in Bezug auf Angriffen auf Polizeibeamte, sollte überar-beitet werden. Für alle abgelehnten Asylbewerber soll ein Wiedereinreiseverbot von grundsätzlich drei bis fünf Jahren verhängt werden.

Es wird:

- die Ausreiseverpflichtung konsequent durchgesetzt werden.

- 675 • in Zweifelsfällen ein Amtsarzt entscheiden, damit keine Ausweisungshindernisse vor-
676 geschoben werden können.
- 677 • die Reduzierung der Leistungen auf „Null“, wie es bundesweit nun geregelt ist einher-
678 gehen mit einer konsequenten Abschiebep Praxis. Hier muss das Land Zusagen für eine
679 Aufstockung des Personals bei Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten sorgen.
- 680 • der Vollzug der Abschiebeverfügungen wieder dem Bund und der Bundespolizei über-
681 tragen.

682 Asylberechtigte und Flüchtlinge müssen abgeschoben werden können, wenn sie rechts-
683 kräftig wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe auch unter Bewährung verurteilt wur-
684 den, um so insbesondere auch Serienstraftäter erfassen zu können.

685 **Es wird:**

- 686 • eine Absenkung der Hürden für die Ausweisung und Abschiebung straffälliger Auslän-
687 der geben. Neben der Abschiebung aus der Erstaufnahme müssen die Kommunen
688 durch eine zentrale Organisation unterstützt werden.
- 689 • eine Residenzpflicht eingeführt, um die Kontrolle über den Aufenthaltsort aller Asylbe-
690 werber zu erhalten
- 691 • eine Überprüfung der finanzielle Anreize bei der freiwilligen Ausreise geben, damit
692 Mitnahme- und Drehtüreffekten entgegengewirkt werden kann.

693 Wir haben das Reisen in terroristischer Absicht unter Strafe gestellt. Extremisten kann in-
694 zwischen der Pass und der Personalausweis entzogen werden, um sie an der Ausreise zu
695 hindern. Wir wollen die Sympathiewerbung für terroristische Vereinigungen wieder voll
696 umfänglich unter Strafe stellen. Gleichzeitig treten wir mit Nachdruck dafür ein, dass Per-
697 sonen, die im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen und neben der deutschen eine weitere
698 Staatsbürgerschaft besitzen, die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden kann.

699

700 Kommunen bei der Flüchtlingsfrage nicht alleine lassen

701 Die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Ebenen im föderalen Deutschland ist
702 sinnvoll und sollte beibehalten werden, allerdings müssen alle Beteiligten finanziell in die
703 Lage versetzt werden, die ihnen gestellten Aufgaben auch bewältigen zu können. Deswe-
704 gen muss die gesamtstaatliche Aufgabe der Unterbringung, Versorgung und Betreuung

705 von Asylbegehrenden und Flüchtlingen aus allgemeinen Steuermitteln ausreichend finan-
706 ziert werden. Das gilt auch für die Integration der anerkannten Asylbewerber. Der Bund
707 hat seine finanzielle Unterstützung bereits intensiviert und will dies weiter tun. Das Land
708 ist nun in der Pflicht, die Unterstützung für seine Kommunen deutlich zu verbessern und
709 die ihnen entstehenden Kosten in voller Höhe zu ersetzen.

710 Integration ist kein Angebot zur Güte

711 Von den Menschen, die derzeit aus den Kriegsgebieten nach Deutschland fliehen, werden
712 viele dauerhaft in unserem Land bleiben. Unser Ziel muss es sein, sie so rasch wie möglich
713 in unsere Gesellschaft zu integrieren. Aus diesem Grund wollen wir die Integrationskurse
714 und Programme zum Spracherwerb weiter ausbauen und flexibilisieren. Darüber hinaus
715 wollen wir Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive rasch in die Lage versetzen, eine Arbeit
716 aufzunehmen und ihnen damit die Möglichkeit geben, ihren Lebensunterhalt selbständig
717 zu bestreiten.

718 Neben der unverzichtbaren „Willkommenskultur“ ist jedoch eine „Ankommenskultur“ sei-
719 tens der Flüchtlinge unabdingbar. Dazu gehören Offenheit und Menschlichkeit, aber auch
720 klare Regeln. Viele Neuankömmlinge stammen aus Ländern, die keinen Rechtsstaat ken-
721 nen, wo Frauen und Minderheiten diskriminiert werden, in denen keine Religionsfreiheit
722 herrscht. Das ist bei uns anders. Die Grundwerte einer offenen, aufgeklärten Gesellschaft
723 wollen wir hochhalten und vermitteln. Wo Rechte sind, sind auch Pflichten.

724 **Es wird:**

- 725 • ein **Integrationspflichtgesetz mit verbindlichen Integrationsvereinbarungen** auf
726 Landesebene und auf Bundesebene eingeführt, das **Fördermaßnahmen** ebenso regelt
727 wie **Sanktionen**, die greifen, wenn die Integration verweigert wird und öffentliche An-
728 gebote nicht in Anspruch genommen werden.
- 729 • eine Überprüfung aller bürokratischen Hindernisse bei der Unterbringung von Flücht-
730 lingen – wie Regelungen des Vergabe-, des Bau- und des Energieeinsparrechtes – ge-
731 ben. Wir wollen sehr kurzfristig den rechtlichen Rahmen im Landesrecht ändern und
732 jede Initiative im Bund unterstützen die, wenn auch nur übergangsweise, flexiblere Lö-
733 sungen ermöglicht.

734

735 4. Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand

736 Christlich-demokratische Wirtschaftspolitik folgt dem bewährten ordnungspolitischen
737 Leitbild der sozialen Marktwirtschaft. Es ist unser Erfolgsmodell seit der Gründung des
738 Landes Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland. Es hat nichts an Modernität
739 und Lebensnähe verloren. Die Soziale Marktwirtschaft ist das Markenzeichen der CDU als
740 Partei der Mitte. Die Soziale Marktwirtschaft fordert jeden Einzelnen heraus, Verantwor-
741 tung für sich und für andere zu übernehmen. Angesichts großer Herausforderungen im
742 Umwelt- und Klimaschutz wollen wir sie zu einer sozialen und nachhaltigen Marktwirt-
743 schaft weiterentwickeln.

744 Die Wirtschaftsordnung soll durch ihr Regelwerk sicherstellen, dass individuelle Interessen
745 und Gewinnstreben dem Gemeinwohl nicht schaden, sondern nützen. Dabei vertrauen wir
746 auf drei Grundsätze.

747 Die **Subsidiarität** stellt sicher, dass Eigenverantwortung Vorrang hat und das Engagement
748 von Staat und Gemeinschaft vor allem dort einsetzt, wo der Einzelne in Not oder überfor-
749 dert ist.

750 Der **Wettbewerb** ist ein entscheidender Pfeiler unseres Wirtschaftsverständnisses. Nur
751 durch einen funktionierenden Wettbewerb kann sich die Wirtschaft weiterentwickeln. Das
752 gilt auch für den Wettbewerb zwischen den Ländern. Deshalb muss Rheinland-Pfalz als
753 Land der Bundesrepublik Deutschland Gestaltungskompetenz und Verantwortung für eine
754 erfolgreiche Wirtschaft beweisen und zum Teil zurückgewinnen. Diesen Wettbewerb muss
755 unser Land entschlossener und erfolgreicher als bisher annehmen.

756 Die Freiheit der Wirtschaft ist uns Garant für eine erfolgreiche Wirtschaft. Verlässlichkeit
757 ist dabei die entscheidende Komponente. Die Rahmenbedingungen müssen konstant blei-
758 ben, damit Planungssicherheit besteht und sich Geschäftsmodelle entwickeln können. Von
759 langfristig richtigen Weichenstellungen profitiert ein Wirtschaftsstandort über Jahrzehnte.

760 Ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft

761 Die Wirtschaft soll durch ein Belastungsmoratorium gestärkt werden.

762 **Es wird:**

- 763 • in den nächsten fünf Jahren keine zusätzlichen Belastungen für unsere Unternehmen
- 764 geben.
- 765 • EU- und Bundesgesetze nur noch 1:1 umgesetzt und keinesfalls durch Regelungen des
- 766 Landes verschärft.
- 767 • ein Verfallsdatum für Gesetze geben
- 768 • eine regelmäßige Überprüfung aller Gesetze auf ihre Notwendigkeit durchgeführt.
- 769 • für jedes neue Gesetz ein auslaufendes Gesetz gestrichen.
- 770 • die Abschaffung verzichtbarer Gesetze, Teile von Gesetzen und Verordnungen Vor-
- 771 rang vor der Einführung neuer Gesetze oder Verordnungen haben
- 772 • eine Bürokratiebereinigungsgruppe eingesetzt, in der unabhängige Experten alle Ge-
- 773 setze und Vorschriften durchforsten.
- 774 • jedes Gesetz bei der Einführung auf Auswirkungen auf die Wirtschaft überprüft.

775

776 **Zusätzlich müssen wir neue, aktuelle Probleme lösen:** Die demografische Entwicklung
777 beschert uns einen wachsenden Fachkräftemangel und sie erschwert die dauerhafte struk-
778 turelle Aufgabe, die großen ländlichen Regionen unseres Landes an die wirtschaftlichen
779 Entwicklungen anzuschließen. Der internationale Wettbewerb wird vielfältiger und
780 schwieriger. Ein Hochlohnland wie Deutschland ist in diesem Wettbewerb auf jederzeit
781 führende Technologien angewiesen. Für eine so von mittelständischen Unternehmen ge-
782 prägte Wirtschaft wie in Rheinland-Pfalz ist das eine große Herausforderung. Seit einem
783 Jahr stellt uns der massive Flüchtlingsstrom Aufgaben von historischem Ausmaß. Das gilt
784 ganz besonders auch für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung ist gerade im Be-
785 reich der Wirtschaft Chance und Risiko zugleich.

786 Deshalb muss sich Rheinland-Pfalz ehrgeizige wirtschaftspolitische Ziele setzen. Wir ha-
787 ben den Anspruch Rheinland-Pfalz wieder zu einem Land zu entwickeln, dessen überdurch-
788 schnittliche Wirtschaftskraft in Deutschland Signale setzt. Wir wollen mehr noch als bisher
789 als ein Land wahrgenommen werden, in dem sich Wissenschaft und technologische Mo-
790 dernität mit der Schönheit seiner Landschaften verbinden.

791 Für die Wirtschaft zentrale Bereiche wie Infrastruktur, Innovations- und Forschungspolitik
792 sowie Fachkräfteförderung werden wir wieder in einem Ministerium bündeln, um viele Rei-
793 bungsverluste der letzten Jahre zu reduzieren.

794 **Es wird:**

- 795 • wieder eine Bildungspolitik etabliert, in der Qualität vor Quote geht
- 796 • eine konsequente Infrastrukturpolitik den Stau auf unseren Straßen auflösen
- 797 • eine neue Innovations- und Forschungspolitik für wegweisende Impulse unterstützt
- 798 • die Kommunen finanziell besser ausstatten, damit sie als direkter Ansprechpartner der
799 Unternehmen weiter eine gute Standortpolitik betreiben können
- 800 • eine moderne Arbeits- und Sozialpolitik vorantreiben, die in dem Bewusstsein agiert,
801 dass alle Sozialleistungen zunächst erwirtschaftet werden müssen
- 802 • eine ausgewogene Verbraucherschutzpolitik auf den Weg bringen, die auf Augenmaß
803 und den aufgeklärten Verbraucher setzt

804

805 Chancenland Rheinland-Pfalz – Hochwertige Bildung und Fachkräfte sichern

806 Die demografische Entwicklung führt inzwischen Jahr für Jahr deutlicher spürbar zu einem
807 anderen Altersaufbau der Bevölkerung und zu sinkenden Einwohnerzahlen. Der IHK-Fach-
808 kräftemonitor für Rheinland-Pfalz geht von 60.000 fehlenden Fachkräften bis 2020 und
809 von 100.000 fehlenden Fachkräften bis 2030 aus. Fachkräfte für die Zukunft der Unterneh-
810 men sind in ausreichender Zahl zu sichern. Dazu sind in erster Linie ein hochwertiges Bil-
811 dungssystem, eine nachhaltige Familienpolitik sowie ein entsprechender gesteuerter Zu-
812 zug in den Arbeitsmarkt notwendig. Die geforderte Stärkung der beruflichen Bildung im
813 dualen System hat dabei eine zentrale Bedeutung.

814 Wir müssen uns um eine abgeschlossene Schulbildung für alle jungen Menschen in unse-
815 rem Land bemühen. Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss muss so weit wie möglich
816 vermindert werden – dies darf in Zukunft aber nicht mehr auf Kosten der Qualität passie-
817 ren.

818 **Es werden:**

- 819 • die Grundschulen in die Lage versetzt werden, auch schwächere Schüler zu fördern und
820 Voraussetzungen für den Erfolg an der weiterführenden Schule zu schaffen.
- 821 • an den weiterführenden Schulen frühzeitig und deutlich intensiver als heute die Be-
822 rufsorientierung und die MINT-Fächer in den Mittelpunkt gerückt.
- 823 • die berufliche Fort- und Weiterbildung gestärkt. Der Ausbildungspakt soll dafür zu ei-
824 nem Weiterbildungspakt erweitert werden.
- 825 • die berufsbildenden Schulen gestärkt. Der hier besonders hohe Unterrichtsausfall wird
826 beendet. Diesen Schulen fällt insbesondere bei einem Zuzug noch nicht ausreichend
827 qualifizierter Arbeitskräfte die Aufgabe der Zweitqualifizierung zu. Grundvorausset-
828 zung dabei ist es, dass alle baldmöglichst die deutsche Sprache erlernen. Land und
829 Wirtschaft müssen gemeinsam ein Bildungs- und Berufsintegrationsprogramm für
830 Flüchtlinge entwickeln, umsetzen und monitoren.

831

832 Dem Fachkräftemangel begegnen

833 Wir brauchen gute Fachkräfte in allen Branchen und auf allen Ebenen. Der Ausbildungs-
834 markt hat sich zum Vorteil der jungen Menschen verändert. Heute werden mehr Ausbil-
835 dungsplätze angeboten als sich Bewerber finden.

836 Wir werden daraufhin wirken, dass auch die Chancen in nicht akademischen Berufen, z.B.
837 im Handwerk, besser erkannt werden. Gemeinsam mit der Wirtschaft werden wir reale Zu-
838 kunftsperspektiven in der beruflichen Orientierung aufzeigen. Die geforderte Erhaltung
839 des Meistertitels für die Handwerksberufe unterstreicht den hohen Wert der nicht akade-
840 mischen Ausbildung.

841 Staat und Arbeitgeber müssen mehr Anstrengungen unternehmen, um mehr Menschen
842 die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit zu bieten. Das bedeutet mehr Unterstützung für El-
843 tern, die nach der Familienphase wieder beruflich einsteigen wollen, aber auch bessere
844 Qualifikations- und Einstiegsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose und Migranten. Mit ef-
845 fektiver, passgenauer und zielgerichteter Förderung können wir gemeinsam mehr Men-
846 schen den Weg in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Gerade älteren Arbeitnehmern können
847 wir durch angepasste Arbeitsbedingungen ein längeres Arbeitsleben ermöglichen. Das
848 hilft auch dem Fachkräftemangel zu begegnen.

849 Eine gute und dauerhafte Integration der zugewanderten Flüchtlinge mit Bleiberecht in
850 den Arbeitsmarkt wird uns helfen negative wirtschaftliche Auswirkungen des demografi-
851 schen Wandels abzumildern.

852 Die zügige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Vermittlung fach-
853 spezifischer Sprachkenntnisse ist dringend erforderlich. Unser Ziel ist, dass die Migranten
854 möglich schnell ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten können.

855

856 Ideenland Rheinland-Pfalz

857 Im europäischen und globalen Wettbewerb können wir unser Einkommens- und Wohl-
858 standsniveau nur mit Produkten höchster Qualität halten und steigern. Dazu muss die
859 Schnittstelle zwischen Hochschulforschung und Wirtschaft, zwischen Forschungsinstitu-
860 ten und den Unternehmen der Wirtschaft wirksamer gestaltet werden.

861 Dazu sollten zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Land Entwicklungsschwerpunkte bera-
862 ten und verabredet werden, die auf den vorhandenen Kompetenzen aufbauen, diese er-
863 gänzen und auch in Clustern bündeln, mit dem Ziel, daraus neue Produkte und technologi-
864 sche Stärken des Landes zu entwickeln.

865 **Es wird:**

- 866 • ein neuer **Technologiebeirat des Landes** aus Vertretern der beteiligten Institutionen
867 gebildet, in dem die Koordinierung geleistet werden kann.
- 868 • systematische Unterstützung für Hochschulabsolventen geleistet, die mit innovativen
869 Produkten selbständige Existenzen aufbauen, Unternehmen gründen oder überneh-
870 men wollen.
- 871 • eine kooperierende Beratungs- und Förderungsstrukturen an Hochschulen, Gründer-
872 zentren und Technologiezentren aufgebaut.

873 Viele aktuelle Vorhaben wie die Auflösung der Innovationsstiftung oder die Reduzierung
874 der Stipendien durch das Land Rheinland-Pfalz wirken dazu kontraproduktiv.

875 Gründerland Rheinland-Pfalz

876 Neben den großen Industriebetrieben ist die mittelständisch geprägte Struktur unserer
877 Wirtschaft ein Erfolgsgarant in Rheinland-Pfalz. Dazu braucht unser Land junge Frauen
878 und Männer mit dem Willen zur Selbständigkeit, die das Risiko der Unternehmensgrün-
879 dung oder der Unternehmensübernahme eingehen. Staat und Politik müssen dafür güns-
880 tige Rahmenbedingungen schaffen, indem zum Beispiel schon in der Schule die Wirt-
881 schaftsordnung und wirtschaftliche Zusammenhänge Themen sind. Unternehmensneu-
882 gründungen und –erweiterungen kann das Land wirksam unterstützen. Besonders bei
883 Neugründungen kommt es oft darauf an, geeignete Standorte für den Unternehmensstart,
884 die die Anfangsbelastung in Grenzen halten, zu finden.

885 **Es wird:**

- 886 • Unternehmensgründern besserer Zugang zum Kreditmarkt und zum Kapitalmarkt ver-
887 schafft.
- 888 • für Unternehmensgründer und Unternehmensübernehmer in der Startphase eine kom-
889 petente und bezahlbare Beratung in betriebswirtschaftlichen, rechtlichen und produkt-
890 bezogenen Fragen geboten.
- 891 • zusammen mit Kammern, Verbänden und Kommunen eine landesweite verlässliche
892 Struktur in einem Netz von Gründerzentren und von besonderen Förderungen für
893 Gründer geschaffen.

894 Mit den Mitteln des Europäischen Regionalfonds, Bundes- und Landesmitteln und den Mit-
895 teln der landeseigenen Investitions- und Strukturbank (ISB) steht ausreichend Geld für
896 eine finanzielle Förderung zur Verfügung. Diese soll auf die Bildung des nötigen Eigenkapi-
897 tals und die Finanzierung der Aufbauinvestitionen und die Hilfe bei Entwicklungskosten
898 gerichtet sein.

899

900 Mobilitätsland Rheinland-Pfalz - Wir bringen das Wachstum auf ausgebaute Wege

901 Mobilität gestalten statt verhindern – Rheinland-Pfalz braucht gute Verkehrswege anstatt
902 immer mehr Staus. Gut ausgebaute Verkehrswege sind der Schlüssel, um Unternehmen in
903 Rheinland-Pfalz zu halten, denn unser Land profitiert von seiner zentralen Lage in Europa.

904 Die CDU will, dass künftig Schluss mit Staus, Verspätungen und Stop-and-go-Verkehr in
905 Ortsdurchfahrten und auf unvollendeten Fernstraßen ist.

906 Der Erschließung der ländlichen Räume des Landes durch eine leistungsfähige Verkehrsinf-
907 rastruktur und die Verbindung der Ballungsräume in der Nachbarschaft unseres Landes
908 mit Verkehrsachsen durch Rheinland-Pfalz war immer die richtige strukturpolitische Stra-
909 tegie für unser Land, um ausgeglichene Lebensbedingungen in allen Regionen des Landes
910 zu schaffen. Zugleich zeigt die Erfahrung, dass sich entlang der Verkehrsachsen, die von
911 den Ballungsräumen ausgehen, wirtschaftliche Wertschöpfung und Arbeitsplätze erfolg-
912 reich aufbauen lassen. **Zu der Verkehrserschließung kommt heute die Kommunikati-**
913 **onsinfrastruktur als ebenso unerlässlicher Standortfaktor hinzu.** Deshalb ist die flä-
914 chendeckende Versorgung von Rheinland-Pfalz mit hochleistungsfähigen Kommunikati-
915 onsnetzen existentiell wichtig. Sie gehört zum Kern der Strukturpolitik für unser Land. Der
916 Ausbau schneller Internetverbindungen darf nicht an der Landesgrenze enden. Auch die
917 Digitalisierung der Industrie (Industrie 4.0) muss die Chancen eines großen europäischen
918 Marktes nutzen.

919

920 Rheinland-Pfalz ist ein Pendler-Land

921 Hunderttausende Arbeitnehmer fahren täglich über die Landesgrenze. Unternehmen und
922 ihre Beschäftigten sind dringend auf eine gute, auszubauende Brücken und Straßeninfra-
923 struktur angewiesen.

924 Die einzelnen Infrastruktursysteme sind deutlich besser zu vernetzen. So sind gerade die
925 Logistik-Hubs an den Wasserstraßen mit Schienen- und optimaler Straßenanbindung ein
926 Gewinn für Rheinland-Pfalz. Auch das Radwegenetz muss in diese Planungen eingebunden
927 werden.

928 Die Straße ist und bleibt der Verkehrsträger Nummer Eins. Moderne Mobilität und neue
929 Antriebstechnologien wie Elektro- und Hybridantriebe sollen in Zusammenarbeit mit In-
930 dustrie und dem Mittelstand in den Fokus einer zukunftsorientierten und nachhaltigen
931 Verkehrspolitik rücken.

932 In einer Initiative aus Mittelstand, Universität, Energieversorgern und öffentlicher Unter-
933 stützung werden wir dem Ausbau in der Elektromobilität wie seiner Forschungsvorhaben
934 einen Schwerpunkt widmen. Durch Mobilitätsprojekte in Zusammenarbeit mit der kommu-
935 nalen Ebene soll Elektromobilität in Verbindung mit Car-Sharing einen Beitrag im Klima-
936 schutz leisten und kann gerade im ländlichen Raum ÖPNV- und Mitfahrerkonzepte stärken
937 bzw. ergänzen.

938 Wir werden die durch Rot-Grün entstandene Lücke des erforderlichen Bedarfs zum Erhalt
939 eines guten rheinland-pfälzischen Straßennetzes schließen.

940 **Dazu gehört:**

- 941 • Wir werden den Abbau des riesigen, von Rot-Grün hinterlassenen Investitionsstaus im
942 Landesstraßenbau programmatisch mit einem Masterplan angehen
- 943 • Wir werden dem Landesbetrieb Mobilität wieder grundsätzlich wie personell eine si-
944 chere Perspektive geben
- 945 • Wir werden den Ausbau von Rheinbrücken sicherstellen. Dazu gehören unter anderen
946 eine zweite Rheinbrücke bei Wörth, der Bau einer Mittelrheinbrücke bei St. Goarshau-
947 sen/St. Goar sowie eine sechsspurige Schiersteiner Brücke
- 948 • Wir stehen für einen sechsspurigen Ausbau der A643 um Mainz, eine vierspurige B10,
949 den vierspurigen Lückenschluss der B50 neu mit Hochmoselübergang und seinem Lü-
950 ckenschluss am Flughafen Frankfurt-Hahn, den Lückenschluss der A1 in der Eifel, die
951 Verwirklichung der Hunsrückspange mit seiner Vernetzung mit der Region Nahe , die
952 West- und Nordumfahrung Trier, die aus der Wirtschaft geforderten Verkehrsprojekte
953 der B 255 im Westerwald. Auch diese sollen hier nur beispielhaft für ein **Verkehrs-**
954 **wegeprogramm** genannt werden

955

956 **Schienenverkehr**

957 Der Erfolg des Rheinland-Pfalz-Taktes ist zum Markenzeichen eines im SPNV erfolgreichen
958 Rheinland-Pfalz geworden. Die aktuellen Rahmenbedingungen der Regionalisierungsmittel
959 machen es möglich diesen Erfolg behutsam weiter auszubauen.

960 Die CDU setzt sich dafür ein, dass wir beim ÖPNV den in vielen Landesteilen erreichten
961 hohen Standard nachhaltig sichern, dabei aber mit modernen Verkehrskonzepten die Er-
962 reichbarkeit im ländlichen Raum verbessern, z.B. durch Echtzeit-Anzeigen an Fahrzeugen
963 und Haltestellen bzw. über entsprechende Apps. Diese Erfolge werden durch die Reduzie-
964 rung der Intercity-Angebote, gerade im Norden des Landes, getrübt. Hier gilt es wieder
965 mehr Verbindungen innerhalb von Rheinland-Pfalz aufzubauen sowie den Nahverkehr und
966 den Fernverkehr attraktiv im Fahrplanangebot zu verknüpfen.

967 Die CDU-Landtagsfraktion tritt bereits seit Jahren für eine **Reduzierung des Bahnlärms** an
968 den Güterverkehrstrassen in Rheinland-Pfalz und im besonders belasteten Mittelrheintal
969 ein. Wir stehen zum Maßnahmenkatalog zur Lärmreduzierung im Mittelrheintal, der jetzt
970 nach anfänglichem Zögern der Landesregierung Schritt für Schritt umgesetzt werden
971 kann.

972

973 Wasserstraßen

974 Die CDU steht für den vollständigen **Ausbau durch die zweiten Moselschleusen** und
975 ebenso für eine **Rheinvertiefung**. Nur so wird die Transportkapazität im wachsenden
976 Markt gestärkt und ihre Logistikzentren den Anforderungen der Zukunft angepasst.

977

978 Flughafen Hahn

979 Der Flughafen Frankfurt-Hahn liegt strategisch günstig im Herzen von Europa und hat,
980 ausgestattet mit einer 24-Stunden-Genehmigung, und erschließbaren Flächen eine beson-
981 dere Bedeutung für ganz Rheinland-Pfalz. Sein direkter Anschluss an die transeuropäische
982 Verkehrsachse durch die sich im Bau befindliche Hochmoselbrücke (B 50 neu) mit ihrem
983 Lückenschluss am Hahn ist für die CDU von zentraler Bedeutung.

984 Die CDU Rheinland-Pfalz bekennt sich zu einer Weiterentwicklung des Flughafens und
985 wird, im Gegensatz zu der Fraktion der Grünen und dem von den Grünen besetzten Wirt-
986 schaftsministerium, auch künftig für eine 24-Stunden-Genehmigung eintreten.

987 Inwieweit der derzeit laufende Verkaufsprozess für den kürzlich abgetrennten reinen Be-
988 reich „Flughafen“ ohne dazugehörige größere Gewerbeflächen eine Wende bringen kann,
989 ist ohne Prüfung im Verfahren schwer abschätzbar. Auch nach einem möglichen Verkauf
990 verbleiben ca. 2/3 der Flächen in Landesbesitz. Die CDU Rheinland-Pfalz setzt sich dafür
991 ein, dass der Flughafen Frankfurt-Hahn eine Perspektive durch den Ausbau zu einem Luft-
992 fahrtverkehrszentrum erhält. Dazu sind die bisher nicht vorhandenen baulichen Erschlie-
993 ßungen der dazu notwendigen Flächen zu entwickeln und auch umzusetzen. Dazu gehört
994 auch eine Veränderung im Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) hin zu einem Entwick-
995 lungsraum Hahn jenseits des vorhandenen Zentralortprinzips.

996

997 Nürburgring

998 Die berühmteste Rennstrecke der Welt – der Nürburgring – braucht eine Chance auf Zu-
999 kunft. Die CDU bekennt sich zum Motorsport, zu seinen Möglichkeiten mit dieser Renn-
1000 strecke und allen Akteuren einen transparenten Neuanfang zu starten. Region, Industrie,
1001 Handel und Gewerbe sowie Sport und Verbände können von der CDU Rheinland-Pfalz
1002 faire und aufgeschlossene Partnerschaft erwarten. Mit und nicht gegen eine Region, mit
1003 und nicht gegen den Sport werden Ziele gesetzt.

1004

1005 Arbeitsland Rheinland-Pfalz

1006 Die Vollbeschäftigung ist ein zentrales Ziel der sozialen Marktwirtschaft und ein Kernstück
1007 sozialer Gerechtigkeit. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist
1008 eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Grundsätzlich ist für uns
1009 eine gute Wirtschaftspolitik die entscheidende Voraussetzung, um in möglichst allen Lan-
1010 destteilen eine positive Entwicklung zu ermöglichen. Eine nur auf finanzielle Zuwendungen
1011 beruhende Vorstellung von Sicherheit und Solidarität lehnen wir ab. Nur eine Kombination
1012 aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement
1013 kann die Sicherheit schaffen, die die Menschen brauchen.

1014 Unser Arbeitsmarkt profitiert von der **hohen Mobilität der rheinland-pfälzischen Arbeit-**
1015 **nehmerinnen und Arbeitnehmer** in die wirtschaftsstarken Regionen jenseits unserer Lan-
1016 desgrenzen. Ungeachtet der auszubauenden Infrastruktur soll unser Land in Zukunft für
1017 mehr Menschen nicht nur Wohn- sondern auch Arbeitsplatz werden.

1018

1019 Arbeitslosigkeit bekämpfen

1020 Die aktivierenden Maßnahmen des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes sind für viele
1021 Langzeitarbeitslose nicht nur persönlich ein großer Gewinn, sondern auch eine Chance auf
1022 dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt.

1023 Da manche Menschen länger auf die nötige Unterstützung zur Integration in den ersten
1024 Arbeitsmarkt angewiesen sind, setzen wir uns für die Möglichkeit ein, die Dauer von Integ-
1025 rationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt besser den individuellen Bedürfnissen anpassen
1026 zu können.

1027 Trotz und neben den großen sozialen Sicherungssystemen gibt es auch in unserem Land
1028 viele Menschen mit ganz individuellen Notlagen. Sie brauchen Hilfe und Unterstützung für
1029 ein gutes Leben. Wir sind dankbar für die große Unterstützung die in den Familien, in
1030 Nachbarschaften und von ehrenamtlich engagierten Mitmenschen geleistet wird. Ihnen
1031 gebührt Anerkennung und Unterstützung. Genauso wichtig ist für uns das sozialpolitische
1032 Engagement der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und vieler kleiner auch privater Initiati-
1033 ven und Selbsthilfeverbände. Sie bringen ihre Kompetenz und Erfahrung in die Konzeption
1034 und Organisation notwendiger Hilfsangebote ein. Bei allen Hilfen, wie beispielsweise der
1035 Schuldnerberatung oder der Suchtberatung steht für uns das Ziel im Vordergrund, den Be-
1036 troffenen wieder mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen.

1037 Allerdings wollen wir den bisherigen Weg über zahllose, in der Regel befristete, Modell-
1038 oder Hilfeprojekte so nicht fortsetzen. Wir bauen auf nachhaltigere Strukturen, die auch
1039 den in den Verbänden beschäftigten Menschen bessere Arbeitsbedingungen ermöglichen.

1040

1041 Energieland Rheinland-Pfalz – mit Maß, Ziel und gesundem Menschenverstand
1042 Für die CDU Rheinland-Pfalz sind die Energiewende und der globale Klimaschutz zentrale
1043 Säulen zum Schutz unserer Natur und Umwelt. Klar ist: Energie- und vor allem Klima-
1044 schutzpolitik, die große Ziele erreichen will, muss zunächst im europäischen und nationa-
1045 len Rahmen gestaltet werden. Wir unterstützen vor diesem Hintergrund die Schaffung ei-
1046 ner Europäischen Energieunion, die auf einem funktionierenden Energie-Binnenmarkt auf-
1047 baut. Regionale energiepolitische Ziele eines Bundeslandes müssen deshalb mit der natio-
1048 nalen Ebene abgestimmt sein. Als Land ohne Kern- und Kohlekraftwerke haben wir die
1049 Chance, einen besonderen Beitrag durch regenerative Energien zu liefern. Dabei müssen
1050 wir aber die ökologischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Auswirkungen unseres Han-
1051 delns bedenken. Rheinland-Pfalz braucht eine ideologiefreie und pragmatische Umwelt-
1052 und Energiepolitik.

1053 Wir stehen zum Ausstieg aus der Kernenergie. Mit einem Umbau des Energiemarktes hin
1054 zu einer verstärkten Eigenerzeugung von Strom und Wärme über erneuerbare Energien
1055 können vor allem die Menschen in den ländlichen Räumen erhebliche Vorteile erzielen,
1056 denn hier liegen große Potenziale im Bereich Wind, Solar und Biomasse.

1057 Der nachhaltige, sozial verantwortbare Ausbau dieser Energien steht im Zentrum einer
1058 neuen Energiepolitik. **Die von vielen Kommunen in Rheinland-Pfalz bereits praktizier-**
1059 **ten, dezentralen Strategien zum Klimaschutz und zur regionalen Wertschöpfung wer-**
1060 **den systematisch in eine landesweite Energie- und Klimaschutzpolitik überführt.** Der
1061 Grad des Ausbaus dezentraler, regenerativer Energieerzeugung muss wirtschaftlich ver-
1062 tretbarer Teil eines **umfassenden Energieversorgungskonzeptes** sein.

1063 **Es wird:**

- 1064 • durch gezielte Finanzierungshilfen und Beratungsangebote die Entwicklung von **intel-**
1065 **ligenten Energiedörfern** gefördert.
- 1066 • die Gründung von **Energiegenossenschaften unterstützt**, die dem Erhalt und der Wei-
1067 terentwicklung der Dörfer auf der Basis einer nachhaltigen Energieversorgung dienen.
- 1068 • **von allen Landkreisen und Kommunen ein Klimaschutzkonzept gefordert, das die**
1069 **ökonomischen, ökologischen und sozialen Möglichkeiten genau beschreibt.** Die Po-
1070 tenziale dieser Konzepte werden wir in ein Maßnahmenpaket überführen, um damit
1071 zielgerichtet und effizient eine wertschöpfende Energiewende zu fördern.
- 1072 • **eine Weiterentwicklung von Städten und Regionen zu Smart Cities angestoßen.** Sie
1073 zielen darauf ab, Kommunen effizienter und technologisch fortschrittlicher zu gestal-
1074 ten. Hier befinden sich die Abnehmer des dezentralen Stroms, der durch weiter ausge-
1075 baute und digitalisierte Übertragungsnetze transportiert wird und damit zu einem regi-
1076 onalen Wirtschafts- und Wertstoffkreislauf beiträgt.
- 1077 • der Ausbau alternativer Antriebstechnologien, wie der Elektromobilität, unterstützt,
1078 die in der Zukunft im privaten und öffentlichen Verkehr eine Schlüsselrolle spielen
1079 werden.
- 1080 • mit den Fachinstituten und Hochschulen im Land Modelle entwickelt, die die Übertra-
1081 gung dieser Entwicklungen auf den ländlichen Raum ermöglichen. **Die Entwicklung zu**
1082 **Smart Cities, Smart Villages aber auch Smart Home-Lösungen werden die Schlüssell-**
1083 **treiber zu einer nachhaltigen Energieeffizienz in Rheinland-Pfalz sein.**

1084 Bei den energiepolitischen Vorgaben im Bausektor orientieren wir uns am fossilenergie-
1085 freien Neubau. **Im Altbaubestand sollte bei grundlegenden Sanierungen ein möglichst**
1086 **hoher energetischer Standard angestrebt werden.** In Gewerbe und Industrie müssen mit
1087 innovativen Energiemanagementsystemen Einspar- und Effizienzpotenziale aufgezeigt

1088 werden mit dem Anreiz von Steuervergünstigungen. Wir werden diese Entwicklung mit ge-
1089 zielter Beratung unterstützen.

1090

1091 **Es wird:**

- 1092 • im Bundesrat ein Ende der bisherige Blockade bei der steuerlichen Förderung der ener-
1093 getischen Gebäudesanierung geben.
- 1094 • der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ein Bestandteil der künftigen Energieversor-
1095 gung sein.
- 1096 • die Entwicklung von Wärmenetzen zur Versorgung von öffentlichen Einrichtungen wie
1097 Kindergärten, Schulen und Rathäusern finanziell gefördert.

1098

1099 Erneuerbare Energien als unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende

1100 Die erneuerbaren Energien werden mit dem Ziel der Emissionsfreiheit und der regionalen
1101 Wertschöpfung umgesetzt.

1102 Wir werden uns für eine Stärkung der Fotovoltaik einsetzen, mit dem Ziel der Steigerung
1103 des Eigenverbrauchs als weiteren Beitrag zur Verringerung der Stromrechnung. Hierzu
1104 werden wir uns für eine Entbürokratisierung bei der Abrechnung des Solarstroms und die
1105 Abschaffung der anteiligen EEG-Umlage beim Eigenstromverbrauch bei gleichzeitiger Ver-
1106 ringerung der Einspeisevergütung bei Neuanlagen einsetzen. Dem Verbrauch landwirt-
1107 schaftlicher Flächen zugunsten der Fotovoltaik wollen wir entgegenwirken.

1108 **Die Weiterentwicklung der Windenergie wird aktiv unterstützt. Entwickelt werden nur**
1109 **Standorte, die menschen-, natur- und raumverträglich sind.** Für uns gilt der Dreiklang:
1110 Windkraftanlagen müssen ökonomisch, ökologisch und sozialverträglich sein. Die Energie-
1111 preise müssen bezahlbar bleiben. Gegen den unkoordinierten Wildwuchs von weiteren
1112 1.000 Windkraftanlagen in unserem Land wehren wir uns.

1113 Deshalb muss es eine geordnete übergreifende Standortplanung auf der Regionalpla-
1114 nungsebene mit der Festlegung von Vorrang- und Ausschlussgebieten geben, die die Be-
1115 lange der Gemeinden und der Bürger berücksichtigt. Vorrang haben im Sinne der regiona-
1116 len Wertschöpfung Projekte, die die Finanzkraft der Kommunen und Bewohner der Region

1117 fördern. Investitionen in Windkraftanlagen durch regionale Akteure in Verbindung mit So-
1118 lidarpakten zwischen Standort- und Nichtstandortgemeinden und der Möglichkeit der fi-
1119 nanziellen Beteiligung der Bürger werden durch die neue Energiepolitik der CDU Rhein-
1120 land-Pfalz aktiv gefördert.

1121 Wir werden unsere Ziele beim Ausbau der Windkraft nicht wie bisher an Anteilen an der
1122 Landesfläche orientieren, sondern an der zu erzeugenden Strommenge in Terrawattstun-
1123 den. **Mit der Nutzung der windhöffigsten genehmigungsfähigen Standorte wird der Ef-
1124 fizienzgrad der Windenergie erheblich gesteigert. Durch die Minimierung der Anzahl
1125 der Anlagen sinken die** Stromerzeugungskosten und zudem wird das Landschaftsbild ge-
1126 schont. Windkraftanlagen in Naturparks begrüßen wir nicht.

1127 Die CDU Rheinland-Pfalz wird einen weiteren Fokus auf die **intelligente Nutzung von
1128 Energiepotenzialen aus lokal verfügbarer Biomasse** legen. Biomasse wurde bisher vor
1129 allem im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe genutzt. Wir werden die Potenziale eines
1130 **zweiten Biomassestroms aus Abfallströmen wie Grünschnitt, Altholz, Klärschlamm so-
1131 wie Speise- und Küchenabfällen** konsequent ausschöpfen.

1132 Im Sinne einer nachhaltigen Umsetzung müssen **Stromüberschüsse in den Wärme- und
1133 Mobilitätsbereich überführt** werden. Wir werden daher die Entwicklung und den Einsatz
1134 von Speichersystemen **wie z.B. Power-to-Heat oder Power-to-Gas** zu einem der Schwer-
1135 punkte unserer Energiepolitik machen.

1136 Die Weiterentwicklung der Energiewende darf nach alldem nicht dogmatisch und am Wil-
1137 len des Bürgers vorbei betrieben werden. Wir stellen den Menschen, seine Bedürfnisse und
1138 Möglichkeiten, in den Mittelpunkt unserer Überlegungen. Die Zusammenarbeit von öf-
1139 fentlicher Hand und Privatwirtschaft ist dabei unser erklärtes Ziel. Ebenso ist aber der
1140 CDU Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit der Energiewende neben energiepolitischen
1141 und wirtschaftlichen Interessen auch die Mitnahme des Bürgers wichtig: die Akzeptanz der
1142 Bürgerschaft und der Wirtschaft für unsere energiepolitische Weichenstellung ist notwen-
1143 dige Bedingung für die Realisierung der lokal ausgerichteten Projekte.

1144

1145 Landwirtschaft und Forstwirtschaft als Energielieferanten

1146 Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe ist in zahlreichen landwirtschaftlichen Betrieben
1147 zu einem wesentlichen Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung geworden. Diese Ent-
1148 wicklung werden wir weiter unterstützen. Wir werden dafür eintreten, dass bestehende Bi-
1149 ogasanlagen weiterhin eine Bedeutung als Strom- und Wärmelieferant haben.

1150

1151 Gastland Rheinland-Pfalz

1152 Imageprägend für Rheinland-Pfalz sind seine Gastlandschaften und seine unverwechselba-
1153 ren regionalen Unterschiede. Touristische Angebote schaffen viele Arbeitsplätze im Land
1154 und generieren eine massive Wertschöpfung, die sich auf viele weitere Branchen und Be-
1155 reiche auswirkt. Es gibt kaum eine Branche, die nicht vom Tourismus profitiert. In ländli-
1156 chen Regionen ist der Tourismus oft die wichtigste Einnahmequelle und eine der wenigen
1157 Möglichkeiten ortsgebundene Arbeitsplätze zu schaffen. Leider sind in den letzten Jahren
1158 die großen Wachstumsschübe der Branche an Rheinland-Pfalz vorbeigegangen.

1159 Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und eine zielgruppengerechte und **intensive**
1160 **Bewerbung der Marke Rheinland-Pfalz** – auch im Ausland – zu ermöglichen, ist eine aus-
1161 kömmliche Finanzausstattung der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (RPT) im Bereich der
1162 Marketingmittel unabdingbar.

1163 Um den schwieriger werdenden Generationenwechsel und die Betriebsübernahmen des
1164 Gastgewerbes zu erleichtern und zu fördern ist zum einen ein ausreichender zeitlicher
1165 Übergangskorridor für die Erfüllung von Auflagen zur neuen Betriebskonzession notwen-
1166 dig. Zum anderen bedarf es eines Programms für die einzelbetriebliche Förderung, damit
1167 Betriebsnachfolger die unerlässlichen Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen fi-
1168 nanzieren können.

1169

1170 Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz

1171 Verbraucherpolitik ist eine politische Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche um-
1172 fasst. Sie betrifft Fragen der Lebensmittelsicherheit und Gesundheit gleichermaßen wie
1173 Fragen zu Energie, Finanzdienstleistungen, öffentlichem Nah- und Fernverkehr, neuen
1174 Technologien und Medien sowie Datenschutz. Transparenz, Eigenverantwortung, Sicher-
1175 heit und Nachhaltigkeit sind die Grundsätze unserer Verbraucherschutzpolitik.

1176 Angesichts immer knapper werdender Ressourcen – bei gleichzeitiger Zunahme der Welt-
1177 bevölkerung – muss der Gedanke des nachhaltigen Konsums stärker in den Mittelpunkt
1178 gerückt werden: Ziel ist eine wertorientierte Verbraucherbildung. Damit Verbraucherin-
1179 nen und Verbraucher als Marktteilnehmer auf Augenhöhe selbstbestimmt entscheiden
1180 und handeln können, benötigen sie ausreichende Informationen über Produktionsmetho-
1181 den und Qualitätskriterien.

1182 Verbraucherinnen und Verbraucher sollen ihre Rechte kennen und auch durchsetzen kön-
1183 nen. Dazu gibt es bereits vielfältige Angebote, wie z.B. die der Verbraucherzentrale. Viele
1184 rechtliche Verbesserungen, insbesondere auf Bundesebene, haben bereits zur Stärkung
1185 des Verbraucherschutzes beigetragen. Und doch bedarf es weiterer Unterstützungsange-
1186 bote, wie z.B. Beratungsangebote für Personen, die Opfer unlauterer Praktiken von Anbie-
1187 tern geworden sind.

1188 Nachhaltiges Konsumverhalten und solides finanzielles Haushalten sowie gesunde Ernäh-
1189 rung und Lebensweise müssen früh erlernt werden. Neben einer transparenten Informa-
1190 tion zu Produktionsverfahren und Inhalten (z.B. durch übersichtliche Etikettierungen) so-
1191 wie der notwendigen Eigenverantwortung der Hersteller sind für eine effektive Lebensmit-
1192 telsicherheit wirksame Lebensmittelkontrollen erforderlich. Dies besonders auch vor dem
1193 Hintergrund, dass die ernährungsphysiologische Qualität der Tagesverpflegung in Ge-
1194 meinschaftseinrichtungen in Rheinland-Pfalz hinsichtlich Kindertagesstätten gar nicht
1195 mehr und bei Einrichtungen für ältere und pflegebedürftige Menschen kaum noch kontrol-
1196 liert werden.

1197 Komplexere Dienstleistungen müssen im Hinblick auf die Wahrung von Verbraucherrech-
1198 ten allgemein verständlicher werden. Dies gilt insbesondere für Verträge in der digitalen
1199 Welt (z.B. Streaming-Dienste, Telekommunikationsverträge und neue Formen von Zah-
1200 lungsdiensten) oder bei Finanzanlagen. Lebensdauer und Reparaturfreundlichkeit von Pro-
1201 dukten müssen für den Verbraucher ersichtlich sein, damit er eine abgesicherte und gut
1202 kalkulierte Kaufentscheidung treffen kann.

1203 Durch die Erhebung von Daten und das weltweite Sammeln und Verknüpfen von Daten
1204 können tiefe Einblicke in das Leben von Bürgern erlangt werden. Diese sind sich häufig
1205 nicht bewusst, welche Risiken ein Ausflug in die digitale Welt birgt. Sie wissen nicht, was
1206 mit ihren Daten passiert. Wir brauchen einen Regulierungsrahmen, der einerseits die ef-
1207 fektive Verarbeitung der anschwellenden Informationsmenge durch Verwaltungen und

1208 Wirtschaft zulässt, andererseits aber gleichzeitig den Datenschutz und den Schutz der Per-
1209 sönlichkeitsrechte gewährleistet.

1210

1211 Verbraucherbildung gehört verbindlich in den Schulunterricht

1212 Nachhaltiges Konsumverhalten und solides finanzielles Haushalten sowie gesunde Ernäh-
1213 rung und Lebensweise müssen früh erlernt werden. Unsere Gesellschaft hat sich verän-
1214 dert. In Ergänzung zur elterlichen Erziehung muss sich heute auch die Schule dieser Her-
1215 ausforderung stellen, damit die Kinder diese Kompetenzen erlernen können. Um Verbrau-
1216 cherbildung bereits in der Schule verbindlich zu verankern, hat die CDU bereits erreicht,
1217 dass „Haushaltsmanagement“ inzwischen an einigen Schulen in die Lehrpläne integriert
1218 wird. Das reicht jedoch nicht aus: Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass Schwer-
1219 punktthemen der Verbraucherbildung, wie Ernährung, Finanzen und Vorsorge, Energie, di-
1220 gitale Welt in den Unterricht eingebracht werden. Ziel ist, dass alle Schülerinnen und
1221 Schüler verpflichtend in einem Fach „Haushaltsmanagement und Verbraucherbildung“ un-
1222 terrichtet werden können. Darauf ist auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrer anzupas-
1223 sen.

1224

1225 5. Digitalisierung als Querschnittsthema

1226 Die Digitalisierung hat in den vergangenen Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Wir be-
1227 greifen die Digitalisierung als Querschnittsthema, das alle Lebensbereiche beeinflusst und
1228 verändert. Die mit ihr einhergehenden technischen Möglichkeiten bieten zahlreiche Chan-
1229 cen, um den Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu erleichtern. Zudem erschließt sie unse-
1230 ren Unternehmen neue Absatzmärkte. Diese Chancen für mehr Wohlstand und eine hö-
1231 here Lebensqualität wollen wir beherzt nutzen. Wir sind uns aber auch den bestehenden
1232 Risiken, z.B. von Wirtschaftsspionage und Datenmissbrauch oder Cybermobbing bewusst
1233 und wollen sowohl Unternehmen als auch Privatanutzer für einen bewussteren Umgang im
1234 Netz sensibilisieren.

1235 Die technischen Grundlagen für eine umfassende Nutzung der digitalen Möglichkeiten
1236 stehen in Rheinland-Pfalz noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Die rot-grüne
1237 Landesregierung hat diesen Bereich zu lange vernachlässigt.

1238 **Es wird:**

- 1239 • eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet, für alle Haushalte und Ge-
1240 werbebetriebe angestrebt.
- 1241 • in Wohngebieten, an Bildungseinrichtungen und in Gewerbegebieten flächendeckend
1242 Glasfaserleitungen mit höchsten Bandbreiten zur Verfügung gestellt.
- 1243 • durch den Ausbau von Glasfaser bis zu den Kabelverzweigungen, den Einsatz von Vec-
1244 toring, die Bereitstellung von modernen Funktechnologien (UMTS-HSDPA/LTE), also
1245 mit Hilfe eines Technologiemixes, der Breitbandausbau den nötigen Schub erhalten.
- 1246 • in weniger dicht besiedelten Regionen, in Ergänzung zur kabelgebundenen Lösung leis-
1247 tungsfähige Funklösungen auf der Basis des neuen 5-G Standards erprobt werden.
1248 Funklösungen werden bereits in vielen Ländern angewendet und sind deutlich günsti-
1249 ger als kilometerlange Glasfaserkabel.
- 1250 • in diesem Zusammenhang mehrere Modellregionen geben, in denen dieser neue Stan-
1251 dard flächendeckend realisiert wird. Das soll in Zusammenarbeit mit rheinland-pfälzi-
1252 schen Unternehmen geschehen.

1253 **eChemical**

1254 Mit dem weltweit größten Chemiekonzern, der BASF in Ludwigshafen, haben wir ein Vor-
1255 bild für ein erfolgreiches Unternehmen auf rheinland-pfälzischem Boden. Ein Erfolgsgrund
1256 sind optimale Standortbedingungen mit u.a. günstiger Verkehrsinfrastruktur. Auf diese be-
1257 stehenden Strukturen gilt es aufzubauen.

1258 Die bestehenden Unternehmen müssen stärker unterstützt werden, z.B. durch die Förde-
1259 rung des Wissenstransfers aus Wissenschaft und Forschung und den Aufbau entsprechen-
1260 der Netzwerke. Oder durch den Austausch und geschäftliche Kooperationen von Unter-
1261 nehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, sowie durch die Hilfestellung bei
1262 der Akquise entsprechender Förder- und Forschungsmittel im Bundes- und EU-Umfeld.
1263 Wir setzen uns aber auch für die Anbindung aller Gewerbe- und Industriegebiete, aller
1264 Schulen und Hochschulen an das Glasfasernetz ein – vor allem im ländlichen Raum. Dar-
1265 über hinaus fördern wir Start-Ups durch den Ausweisen und Aufbau von Gewerbeflächen
1266 und Start-Up-Zentren im Umfeld von Universitäten.

1267 Auch im Bildungsbereich wollen wir auf bestehende Potenziale zurückgreifen und Modell-
1268 regionen etablieren, die auf der Infrastruktur aufbauen kann und vorhandene Potenziale

1269 fördert. Darüber hinaus planen wir den Auf- und Ausbau mehrerer Schülerforschungszentren,
1270 die eng an die Modellregionen angegliedert werden können. Wir wollen bereits in
1271 den (Hoch-)Schulen die Strukturen für Start-Up-Gründungen auf rheinland-pfälzischem
1272 Boden schaffen. Des Weiteren wollen wir die anwendungsorientierte Forschung stärken.
1273 Hierfür bedarf es zum einen der regelmäßigen Aus- und Weiterbildung und zum anderen
1274 einen damit einhergehenden Ausbau der Medienkompetenz des Hochschulpersonals so-
1275 wie der Lehrerinnen und Lehrer, die an den Schulen, den Einsatz von digitalen Medien im
1276 Unterricht vermitteln. Nur so kann eine anwendungsorientierte Forschung dauerhaft gesi-
1277 chert werden.

1278 Von zentraler Bedeutung bei allen Überlegungen im Digitalisierungssektor ist die Sicher-
1279 heit.

1280 Durch die Erweiterung der personellen und technischen Ausstattung bei Polizei und
1281 Staatsanwaltschaften wollen wir die Unternehmen vor CyberCrime, insbesondere vor
1282 Wirtschaftsspionage, schützen. Aber auch Privatpersonen werden wir durch den Schutz
1283 von kritischer Infrastruktur – etwa Krankenhäuser, Wasserwerke, Energieversorger, ÖPNV
1284 – absichern und diese konsequent ausbauen.

1285

1286 e-Government

1287 e-Government kann zur Effizienzsteigerung innerhalb der Verwaltungen, besseren Vernet-
1288 zung untereinander und schnelleren und zuverlässigen Informationsverbreitung und Kom-
1289 munikation mit Bürgern, Verbänden und der Wirtschaft führen.

1290 Gleichzeitig verbindet sich mit zunehmender Digitalisierung ein Paradigmenwechsel in-
1291 nerhalb der Verwaltung - die Umstellung auf elektronische Aktenführung, die Anpassung
1292 der Geschäftsabläufe und die Zunahme von verfügbaren und gespeicherten Informatio-
1293 nen. Bei Online-Anfragen und elektronischer Antragstellung steigt zudem der Anspruch
1294 auf eine schnelle Erledigung. Insoweit bedeutet zunehmende Digitalisierung auch einen
1295 Mehraufwand für Verwaltungen, insbesondere in der Phase der Umstellung und Einfüh-
1296 rung. Besonders für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet dies eine erhebliche
1297 Zusatzbelastung und Kraftanstrengung.

1298 In Rheinland-Pfalz fehlt es bislang an einer einheitlichen Verwaltungs-Digitalisierungs-
1299 Strategie. Um Stückwerk, Doppelarbeit und Mehrkosten bei Land, Kommunen und Verbän-
1300 den und letztlich eine funktionierende Kommunikation zwischen allen Verwaltungsebenen
1301 zu gewährleisten, braucht es ein Herangehen aus einem Guss. Wir brauchen einen „Chief
1302 Information Officer“ für das Land Rheinland-Pfalz, einen IT-Beauftragten, der seinen Titel
1303 verdient, mit Sachverstand ausübt, sich darauf konzentrieren kann und mit den nötigen
1304 sachlichen und personellen Mitteln hierfür ausgestattet ist. Dabei geht es nicht nur um die
1305 Identifizierung von Innovationen, sondern insbesondere um Bündelung, Harmonisierung
1306 und Optimierung bereits bestehender und verfügbarer Systeme.

1307 Das Land Rheinland-Pfalz muss einen einheitlichen digitalen Rahmen, so zum Beispiel eine
1308 erforderliche Plattform für die digitale Aktenführung, abgestimmte und kompatible Hard-
1309 waresysteme und Kommunikationsschnittstellen für den Datenaustausch untereinander
1310 entwickeln und den Kommunen und Verbänden zur Nutzung oder Beschaffung zur Verfü-
1311 gung stellen. Die Entwicklung muss im engen Austausch mit den Nutzern, Behörden und
1312 Verwaltungsebenen erfolgen. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informations-
1313 freiheit soll von Anfang an in die Entwicklung eingebunden werden.

1314 Die beschränkte Anzahl heute verfügbarer Bürger-Online-Dienste reicht nicht aus. Konti-
1315 nuierlich sollen die Möglichkeiten und Online-Angebote mit dem Ziel ausgebaut werden,
1316 dass ein Großteil der Antrags- und Anfrageverfahren online durchgeführt und bearbeitet
1317 werden kann. Gleiches gilt für Vergabeverfahren, für die eine einheitliche und für alle Teil-
1318 nehmer brauchbare Plattform eingeführt werden soll. Darüber hinaus muss das Land
1319 Rheinland-Pfalz seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend weiterbilden und
1320 Schulungsmodule auch den Kommunen und Verbänden anbieten.

1321 Digitalisierung der Verwaltung braucht einen sicheren und einfachen Rechtsrahmen für
1322 alle Nutzerinnen und Nutzer. Das Land ist in der Pflicht, die rechtlichen Regelungen für
1323 Aktenführung und Archivierung, sowie Beantragung und Bescheidung zukunftsfähig zu
1324 machen. Im Bereich der digitalen Signatur braucht es ein einfaches und rechtssicheres Ver-
1325 fahren; die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises muss dazu weiter optimiert
1326 und die Nutzung vereinfacht werden.

1327 Flächendeckende Digitalisierung der Verwaltung kann nur dann gelingen, wenn Verwal-
1328 tungen und Nutzern ein leistungsfähiges Breitbandnetz zur Verfügung steht. Rheinland-
1329 Pfalz hinkt seinen eigenen Ausbauzielen hinterher. Hier gilt es dringend gegenzusteuern.

1330 Gerade dort, wo Digitalisierung zu spürbar kürzeren Wegen und Kostenersparnis führen
1331 könnte, in den ländlichen Regionen unseres Bundeslandes, ist schnelles Internet oft nicht
1332 verfügbar. Dem Auf- und Ausbau der Breitbandverbindungen, insbesondere zukunftsfähiger
1333 und belastbarer Glasfasernetze, kommt daher auch unter diesem Gesichtspunkt besondere
1334 Bedeutung zu.

1335

1336 eHealth

1337 Die Forderung nach einer flächendeckenden, medizinischen Grundversorgung – vor allem
1338 im ländlichen Raum – ist schwierig von heute auf morgen umzusetzen. Durch den Einsatz
1339 von modernen Kommunikationsmitteln, durch Telemedizin oder intelligente Software-Lösungen
1340 kann eine zentralisierte Spezialversorgung den Menschen in dünner besiedelten
1341 Teilen des Landes unmittelbar zur Verfügung stehen.

1342 Wir setzen darauf, regionale Krankenhäuser durch enge Vernetzung mit ambulanten Angeboten
1343 der Medizin, Pflege, Pharmazie und anderen Gesundheitsberufen zu regionalen Gesundheitszentren
1344 auszubauen. Um diese Vernetzung zwischen den verschiedenen Einrichtungen zu ermöglichen,
1345 bedarf es einer flächendeckenden Breitbandversorgung in Rheinland-Pfalz.

1347 **Eine umfassende Vernetzung von Patientendaten bietet wichtige Synergien, ist jedoch**
1348 **gleichfalls mit datenschutzrechtlichen Risiken verbunden.**

1349 Ein besonderes Augenmerk muss deshalb auf die IT-Sicherheit im Umgang mit elektronischen
1350 Patientenakten gelegt werden, auf die Ärzte aus verschiedenen Bereichen z.B. zugreifen können.

1352 e-Government

1353 Die Bürgerinnen und Bürger leben heute gesundheitsbewusster als je zuvor und wollen zu-
1354 recht als mündige Patienten wahrgenommen werden. Der informierte Patient trägt verantwortungsvoll
1355 zum Erhalt seiner Gesundheit bei. Dafür ist es notwendig, ihm die notwendigen Informationen
1356 bereitzustellen. Nur durch diese Transparenz und Informationsverfügbarkeit kann letztlich eine
1357 echte Motivation zur Mitwirkung entstehen. Elektronische Patientenakten in der alleinigen
1358 Verfügungsgewalt der Versicherten sichern die notwendigen Informationen über den Lebenszyklus –
1359 von den ersten Vorsorgeuntersuchungen bis hin zur altersbedingten Pflege – und können vom
1360 Inhaber der Akte jedem Behandler verfügbar

1361 gemacht werden, unabhängig von Ort und Zeit. Eine vom Versicherten bei einem Anbieter
1362 seiner Wahl verfügbare und gleichzeitig hochsichere elektronische Patientenakte, muss
1363 schnellstmöglich Realität werden.

1364

1365 eContent/eCulture

1366 Für Medien und Kultur in Rheinland-Pfalz eröffnet die Digitalisierung regional, national
1367 wie international ein immenses Potenzial, um die Teilhabe am medialen und kulturellen
1368 Erbe des Landes und seinen Aktivitäten erheblich zu fördern – und damit einen bedeuten-
1369 den Beitrag zu Wachstum, Bildung und Tourismus in der Zukunft zu leisten. Gerade die
1370 Rhein-Main-Region ist einer der größten Medienlandschaften in ganz Deutschland.

1371 Als Landesregierung werden wir eine stärkere Vernetzung von Medienunternehmen vo-
1372 ranreiben. Bereits heute bewegen sich fast alle Medienunternehmen crossmedial. Sinnvoll
1373 ist es daher, die Ressourcen einzelner Unternehmen zu nutzen und den jeweils anderen
1374 Unternehmen durch Kooperationen zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Kultureinrich-
1375 tungen des Landes müssen stärker vernetzt werden und miteinander kooperieren. Über
1376 die Sicherstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung hinaus bedarf es dafür
1377 neue Wege: durch Apps und interaktive Plattformen. Dazu gehören u.a. **Formate wie**
1378 **Story-Telling** über Blogs und die Vernetzung mit den großen Plattformen, beispielsweise
1379 der **Europeana** und dem Google Cultural Institute.

1380 Interaktive Bildungsportale können ein Netzwerk von Universitäten, Schulen, Museen und
1381 Bildungsinstitutionen schaffen. Dies bringt neue Perspektiven und Vermittlungsangebote
1382 für Medien, Kunst und Kultur. Wir wollen zudem sicherstellen, dass das geistige Eigentum
1383 von Medienschaffenden, Künstlern und Musikern auch bei einer flächendeckenden Bereit-
1384 stellung gesichert wird.

1385 e-Government Zur geregelten Koordinierung empfiehlt sich die Einrichtung einer Service-
1386 stelle Medien und Kultur, die durch eine enge Verflechtung von Beratung und Vermittlung
1387 von Digitalisierungsdienstleistungen für Medien-, Bildungs- und Kulturinstitutionen in
1388 Rheinland-Pfalz, in Verbindung mit eigenen IT-Services, Unterstützung leistet. Durch die
1389 Schaffung von Datenbanken und Plattformen, auf die von zentralen Stellen wie Bildungs-
1390 und Kultureinrichtungen aus zugegriffen werden kann, gelingt eine flächendeckende Ver-
1391 netzung zwischen den Institutionen, die es den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-

1392 Pfalz ermöglicht, sich schnell und unkompliziert digital über das Medien- und Kulturange-
1393 bot in Rheinland-Pfalz zu informieren.

1394

1395 eFarming/eAgriculture

1396 Gerade die Landwirtschaft kann sehr stark von einer voranschreitenden Digitalisierung
1397 profitieren. Bereits heute arbeiten viele Landwirte und Winzer mit höchst anspruchsvollen
1398 Maschinen und spezieller Software, deren Einsatz eine stets zunehmende Professionalisie-
1399 rung der Landwirtschaft mit sich bringt.

1400 Wir setzen uns dafür ein, dass die Landwirtschaft auch weiterhin diesen Weg beschreitet
1401 und fördern den Einsatz neuester Technologien. Es hat sich gezeigt, dass die Landwirte, die
1402 bereits verstärkt die digitalen Möglichkeiten in ihren Betrieben einsetzen, ökonomischer
1403 und ökologischer arbeiten. So werden z.B. bei der Düngung von Feldern Kosten gesenkt,
1404 weil die Maschinen genau eingestellt werden und nicht mehr Dünger verwenden, als not-
1405 wendig ist, was sowohl ökologischer als auch effizienter ist.

1406 e-Government

1407 Vor allem in der Landwirtschaft gibt es zahlreiche Vorschriften und Regelungen, die von
1408 den Landwirtschaftsbetrieben berücksichtigt werden müssen. Wir setzen uns dafür ein,
1409 dass durch eine elektronische Verwaltung den Betreibern die Einhaltung von Vorschriften
1410 vereinfacht wird. So könnten bspw. Maschinen, die nicht mehr den vorgeschriebenen Stan-
1411 dards entsprechen, durch eine Datenbank als solche ausgewiesen werden. Die Landwirte
1412 könnten den aktuellen Stand ihrer Maschinen selbst kontrollieren und nachrüsten, bevor
1413 sie gegen Vorschriften verstoßen.

1414

1415 eMobility

1416 In der Zukunft wird sich das Fahren ohne Fahrer auch auf deutschen Straßen einstellen.

1417 Damit Rheinland-Pfalz den Anschluss gegenüber anderen Bundesländern nicht verliert,
1418 setzen wir uns dafür ein, dass diese Technologie aktiv mitverfolgt und mitentwickelt wird.
1419 Wir setzen uns daher dafür ein, Unternehmen und Hochschulen, die sich hier bereits auf
1420 den Weg gemacht haben, die notwendigen Rahmenbedingungen zu bieten.

1421 e-Government Durch eine engere Vernetzung von Unternehmen mit den Verwaltungen
1422 wollen wir der Wirtschaft die Bürokratie erleichtern. So sollen Unternehmen auf Daten von
1423 Vergleichstest zugreifen und diese für ihre Forschungen nutzen können.

1424 Für den Breitbandausbau muss das Land mehr Finanzmittel zur Verfügung stellen. Wir wol-
1425 len aber auch andere Modelle, z.B. das Profit-Sharing-Modell prüfen: Dabei wird eine ent-
1426 sprechende Infrastruktur gemeinsam von Telekommunikationsanbietern, Tiefbauunter-
1427 nehmen und Energieversorgern aufgebaut und betrieben. Die erwirtschafteten Gewinne
1428 werden anteilmäßig an die Beteiligten ausgezahlt. Eine andere Möglichkeit, die die Kom-
1429 munen und das Land mehr in die Verantwortung nimmt, ist das Betreibermodell. Dabei
1430 treten die Kommunen – mit Unterstützung von Bund und Land – bei der Schaffung einer
1431 erforderlichen Infrastruktur in Vorleistung und refinanzieren die getätigten Investitionen
1432 durch die Vermietung des Netzes an interessierte Telekommunikationsanbieter. Zudem ist
1433 das Modell der „**Public Private Partnership**“ eine Möglichkeit. Wir werden als Landesre-
1434 gierung aber auch verstärkt **Europäische Förderprojekte und Richtlinien besser nutzen**.
1435 Rheinland-Pfalz muss auch die Investitionsmöglichkeiten im Bereich digitale Infrastruktur
1436 nutzen, die sich mit dem Europäischen Fonds für Strategische Investitionen ("Juncker-
1437 Plan") ergeben.

1438

1439 eJustice – Chancen nutzen

1440 Die rheinland-pfälzische Justiz ist zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs bis
1441 2020 verpflichtet. Die bisher von der rot-grünen Landesregierung eingeleiteten Vorberei-
1442 tungen sind unzureichend. Der erhebliche Stellenmehrbedarf, insbesondere in der Umstel-
1443 lungs- und Einarbeitungsphase, sowie der erhebliche Finanzbedarf für die Ausstattung mit
1444 Hardware etc. ist haushalterisch nicht berücksichtigt. Ob Datenbankgrundbuch, Umstel-
1445 lung auf das neue landesweite Personalverwaltungssystem, elektronischer Rechtsverkehr:
1446 Überall bestehen Umsetzungsdefizite in der Landesjustiz. Die Justiz wird wissentlich in die
1447 Krise geführt.

1448 Zunächst ist der aktuelle Sachstand zu analysieren. Wir werden weiterhin den erforderli-
1449 chen Aufwand zur Umsetzung der gesetzlichen Pflichten ohne Beschönigungen ermitteln
1450 und unter Berücksichtigung haushaltsrechtlicher Vorgaben priorisieren. Wir gehen davon
1451 aus, dass allein z.B. für die Überführung des Grundbuchbestands in das Datenbankgrund-
1452 buch in den kommenden Jahren im Bereich der Rechtspfleger erhebliche Mehrbelastungen

1453 entstehen. Unter Rot-Grün ist der Bereich der Rechtspfleger jedoch schon für die sonsti-
1454 gen Aufgaben völlig unzureichend ausgestattet.

1455 Wir werden zudem bei jedem Schritt bereits eine Einführung der elektronischen Akte für
1456 die gesamte Justiz mit bedenken und dabei die Anwenderinnen und Anwender mit einbin-
1457 den.

1458

1459 6. Landwirtschaft, Weinbau und Forsten – Wir vertrauen unseren Landwirten

1460 Rheinland-Pfalz ist von einer attraktiven Kulturlandschaft geprägt. Die heimische Land-
1461 wirtschaft bietet mit Obst, Gemüse, Wein, Milch, Fleisch, Getreide, Zuckerrüben und Ta-
1462 bak eine Produktvielfalt, die bundesweit ihresgleichen sucht. Auch das größte zusammen-
1463 hängende Waldgebiet Deutschlands, der Pfälzerwald, trägt zu einer lebenswerten Land-
1464 schaft in unserer Heimat bei.

1465 Bauern- und Winzerfamilien, Forstwirte, Imker, Fischer und Jäger müssen deshalb unsere
1466 über Generationen von Menschenhand gestaltete Kulturlandschaft weiterhin nachhaltig
1467 nutzen können, um sie für alle Bewohner des Landes zu bewahren. Das ist nur möglich,
1468 wenn sie moderne wissenschaftliche Erkenntnisse ebenso nutzen wie ihre über Generatio-
1469 nen gesammelten Erfahrungen. Die Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in Rheinland-
1470 Pfalz muss auf den Märkten wettbewerbsfähig bleiben, damit Arbeitsplätze erhalten wer-
1471 den und der ländliche Raum lebenswerte Heimat bleibt.

1472 Das Eigentum an land- und forstwirtschaftlichem Grund und Boden ist ein wesentlicher
1473 Stabilitätsanker unserer Gesellschaft. Wir stehen für eine **familiengeführte Landwirt-**
1474 **schaft**, die flächenbezogen und auf Grundlage modernster wissenschaftlicher Erkennt-
1475 nisse nachhaltig sowie wirtschaftlich erfolgreich arbeitet und zugleich verantwortungsbe-
1476 wusst und umweltverträglich mit Boden, Luft und Wasser, Nutztieren und -pflanzen, aber
1477 auch wildlebenden Tier- und Pflanzenarten umgeht.

1478 Rheinland-Pfalz ist kein Land industrialisierter Tierhaltung, überdüngter Felder oder eintö-
1479 niger Monokulturen. **Wir wollen durch einen Politikwechsel in Rheinland-Pfalz unseren**
1480 **Bauern, Gärtnern, Winzern und Waldbesitzern mit ihren Familien wieder Mut machen**
1481 **für eine Zukunft mit mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung und mehr Gestaltungs-**
1482 **spielraum bei wirtschaftlichen Entscheidungen.**

1483 Unsere Landwirte übernehmen Verantwortung für ihre Betriebe und unsere Kulturland-
1484 schaft. Sie gehen dabei ein hohes wirtschaftliches Risiko ein. Wir stehen an ihrer Seite,
1485 denn wir schätzen es, dass sie nachhaltig und modern Land- und Forstwirtschaft betreiben
1486 wollen.

1487 Die Landwirte brauchen bessere Wettbewerbs- und Rahmenbedingungen. Hierzu gehören
1488 auch eine gut ausgestattete **verlässliche Agrarförderung über die erste und zweite Säule**
1489 **der EU-Agrarpolitik** sowie deren unbürokratische Durchführung.

1490 Die junge Generation auf unseren Höfen ist erstklassig fachlich ausgebildet. Sie ist wich-
1491 tigster Garant für eine innovative und zugleich nachhaltige Landbewirtschaftung. Daher
1492 ist uns die Förderung junger Landwirte ein besonderes Anliegen.

1493 Die Gängelung der Familienbetriebe durch ständig wachsende Dokumentationspflichten,
1494 neue Gesetze, Verordnungen und Richtlinien muss aufhören. Das gilt auch für die Vergabe
1495 von Fördermitteln. **Wir werden EU- und Bundesrecht wettbewerbsneutral umsetzen,**
1496 **keinesfalls aber noch durch weitergehende Regelungen in Rheinland-Pfalz verschär-**
1497 **fen.**

1498

1499 Verantwortungsbewusste Erzeuger – Selbstbewusste Verbraucher – Gute Lebensmittel
1500 Wir stehen für verantwortungsbewusste Erzeuger und selbstbewusste Verbraucher. Das
1501 Wissen um die Zusammenhänge zwischen nachhaltiger Landwirtschaft, richtigem Umgang
1502 mit Lebensmitteln und gesunder Ernährung muss in allen Bevölkerungsgruppen gestärkt
1503 werden. Dazu zählt auch die Eindämmung der Lebensmittelvernichtung.

1504 Wir stehen für die **Gleichwertigkeit aller Produktionsformen in der Land- und Weinwirt-**
1505 **schaft.** Die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist im „konventionellen“ wie im „öko-
1506 logischen“ Land und Weinbau unabdingbar, um hochwertige Lebensmittel umwelt- und
1507 ressourcenschonend zu erzeugen.

1508 Wir wollen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse – auch mit Hilfe der staatlich finanzierten
1509 Beratung – möglichst rasch in die praktische Landwirtschaft übertragen werden. Deshalb
1510 brauchen wir eine personell gut ausgestattete und leistungsfähige Agrarverwaltung.

1511

1512 Flächenverbrauch wirkungsvoll eindämmen

1513 Rheinland-Pfalz verliert jedes Jahr immer noch zu viel landwirtschaftliche Nutzfläche.

1514 Unser Land muss stärker als bisher die Möglichkeiten des Bundesnaturschutzgesetzes nutzen und – wo es sinnvoll erscheint – den **Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft vorrangig in Geld vornehmen**. Über deren Verwendung ist den Unteren Naturschutzbehörden eine abschließende Entscheidungskompetenz zuzuordnen, um den regionalen Bezug sicherzustellen.

1519 Die Landkreise müssen mit diesen Finanzmitteln einerseits in die Lage versetzt werden, Gemeinden zu unterstützen, um alte Bau- und Gewerbegebiete im Innenbereich zu entsiegeln. Andererseits erlaubt der finanzielle Ausgleich den Landkreisen die Unterstützung des Vertragsnaturschutzes zur umfassenden Pflege der Kulturlandschaft. Grundsätzlich darf der Naturschutz nicht nur mit Verboten arbeiten, sondern muss durch Anreize wirken.

1524

1525 Weinbau – Die Seele unserer Heimat

1526 Rheinland-Pfalz ist das größte und bedeutendste weinbautreibende Land in Deutschland. Die rheinland-pfälzischen Winzer haben in den vergangenen Jahrzehnten konsequent auf Qualität gesetzt und damit in Deutschland und Europa eine hervorragende Akzeptanz erreicht. Unsere Weinbaubetriebe prägen unsere Kulturlandschaft und sind Grundlage für einen auf attraktive und oftmals hochwertige Gastronomie ausgerichteten Tourismus.

1531 Wir werden uns mit Nachdruck dafür einsetzen, den Winzerfamilien und der gesamten Weinwirtschaft eine gute ökonomische Perspektive zu bieten. **Wir werden dazu ein Maßnahmenpaket umsetzen:**

1534 **Es wird:**

- 1535 • eine behutsame und unbürokratische Umsetzung der neuen EU-Weinmarktordnung
1536 geben.
- 1537 • eine mit der Weinwirtschaft abgestimmte Lösung der Umsetzung des Autorisierungssystems erarbeitet
1538
- 1539 • die Weiterentwicklung des Weinbezeichnungsrechts die Anliegen der Winzer ebenso
1540 berücksichtigen, wie das geänderte Informationsbedürfnis der Verbraucher

- 1541 • ein Kulturlandschaftsprogramm zur Strukturförderung der Steillagen und der Sanie-
1542 rung und Erhaltung der Weinbergsmauern eingerichtet
- 1543 • eine gezielte einzelbetriebliche Förderung, eine effiziente Betriebsberatung und Unter-
1544 stützung von Kooperationen gefördert
- 1545 • eine innovative Marketing- und Weinwerbestrategie, getragen vom Weinbau, der
1546 Weinwirtschaft und vom Land zur Stärkung der regionalen Weinwerbung aufgebaut.
1547 Uns liegt ein prosperierender Weinbau in allen heimischen Anbaugebieten am Herzen

1548

1549 Beauftragter für Weinbau in der Landesvertretung in Brüssel

1550 Die Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung im Bereich der Landwirtschaft und des
1551 Weinbaus nimmt immer weiter zu. Wir brauchen eine stärkere Vernetzung und Interes-
1552 sensvertretung unsere landwirtschaftlichen Betriebe auf der europäischen Ebene. Deshalb
1553 wollen wir in Brüssel, in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung, einen Beauftragten
1554 für Landwirtschaft und Weinbau einsetzen. Er soll als Ansprechpartner für die Branche und
1555 Verbände sowie als Botschafter die Interessen von Rheinland-Pfalz vertreten.

1556

1557 Nutztierhaltung zum Wohl der Tiere und der Verbraucher

1558 Die Milchviehhaltung hat vor allem für die grünlandstarken Gebiete in Eifel, Hunsrück,
1559 Westpfalz, Taunus und Westerwald existenzielle wirtschaftliche und landschaftsprägende
1560 Bedeutung. Nur über Rind, Schaf und Ziege ist eine flächendeckende Bewirtschaftung des
1561 Grünlandes möglich.

1562 **Es wird:**

- 1563 • im Sinne der Milcherzeuger eine praxisgerechte Umsetzung der Düngeverordnung, der
1564 Vorschriften für die Güllelagerung, aber auch der Greening-Regeln im Rahmen der EU-
1565 Agrarpolitik angestrebt.

1566 Rheinland-Pfalz hat eine vergleichsweise **wettbewerbsfähige genossenschaftlich organi-**
1567 **sierte Molkereiwirtschaft**. Wir werden die Molkereien bei ihren Absatzbemühungen und
1568 Marketingstrategien im In- und Ausland unterstützen, um durch eine Bündelung des Ange-
1569 bots ihre Position einkommenswirksam am Markt zu stärken. Nur so lassen sich dauerhaft
1570 auskömmliche Erzeugerpreise sichern. Unser Ziel ist es, mit weniger Staat und mehr Markt

1571 angemessene Einkommen in der Milchwirtschaft zu erzielen. Wir werden für die Landwirt-
1572 schaft analog zur Wirtschaft ein praxisorientiertes Bürgschaftsinstrument schaffen.

1573 Deutschland hat die **höchsten Tierschutzstandards in Europa**. Diese spiegeln sich aber
1574 nicht in den Erzeugererlösen wider. Hohe Tierschutzstandards müssen sich in höheren Er-
1575 lösen für die Landwirte niederschlagen.

1576 Mit den Landwirten in Rheinland-Pfalz wollen wir Tierhaltungsverfahren weiterentwickeln,
1577 die ohne die Tötung männlicher Küken, das Schwänzekupieren bei Ferkeln und das Enthor-
1578 nen von Kälbern auskommen. Dazu müssen **wissenschaftlich Lösungswege** erarbeitet und
1579 mit **angemessenen Übergangsfristen** in die Praxis eingeführt werden. Wir stärken die
1580 Forschung, die sich schwerpunktmäßig um Techniken und Verfahren bemüht, die Tierver-
1581 suche mittelfristig ersetzen können.

1582 Die von den Landwirten und der gesamten Fleischproduktkette getragene Initiative „Tier-
1583 wohl“ findet unsere volle Unterstützung. Der Lebensmitteleinzelhandel muss die Verbes-
1584 serung des Tierwohls voll mittragen und sich finanziell noch stärker an der „Initiative Tier-
1585 wohl“ beteiligen.

1586 Wir wollen, dass die landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Rheinland-Pfalz große Bedeu-
1587 tung behält. Uns sind gleichwertige Tierschutz- und Umweltstandards in allen europäi-
1588 schen Staaten besonders wichtig. **Ein Verbandsklagerecht lehnen wir entschieden ab.**

1589

1590 Tierschutz

1591 Unnötiges Leiden von Tieren und falsche Tierhaltung müssen verhindert werden. Eine Ver-
1592 besserung des Tierwohls bedingt auch ein gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein.

1593 Es darf keine Überzüchtungen und Qualzüchtungen geben. Auf Bundesebene müssen
1594 Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Tierhandels vorangetrieben werden. Die An-
1595 schaffung eines Haustieres erfordert in jedem Fall Sachkenntnisse und gründliche Vor-
1596 überlegungen. Tierhandlungen sind verpflichtet, den Tierhaltern schriftliche Informatio-
1597 nen über die wesentlichen Bedürfnisse des Tieres mitzugeben. Nicht zuletzt leisten die
1598 Tierheime im Land einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag für die Aufnahme und
1599 Versorgung von Tieren. Die Kommunen und die Tierschutzverbände, sowie die vielen eh-
1600 renamtlichen Helfer müssen in ihrer Aufgabe unterstützt werden.

1601 Weiterhin muss die artgerechte Haltung von wildlebenden Tieren in Zirkusunternehmen
1602 im Blick bleiben, da eine art- und verhaltensgerechte Unterbringung unter den besonderen
1603 Bedingungen eines reisenden Zirkusunternehmens nur sehr schwierig umsetzbar ist.

1604

1605 Acker-, Obst- und Gemüsebau – Nachhaltiger Erfolg

1606 Die stabile Entwicklung des Ackerbaus, vor allem bei Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln
1607 und Mais, ist eine wesentliche Grundlage für eine standortangepasste Tierhaltung und
1608 Nahrungsmittelerzeugung.

1609 Wir wollen die Pflanzenzüchtung, aber auch den Pflanzenschutz kontinuierlich weiterent-
1610 wickeln. Nur so können die Landwirte den Herausforderungen geänderter Verbraucheran-
1611 sprüche wie auch des Umweltschutzes gerecht werden.

1612 Der Obst- und Gemüsebau in Rheinland-Pfalz ist die Nummer Eins in Deutschland. Er un-
1613 terliegt erheblichen strukturellen Veränderungen und hat vor allem in der Pfalz und in
1614 Rheinhessen **neue innovative Vermarktungseinrichtungen** hervorgebracht. Der Einsatz
1615 vorrangig osteuropäischer Saisonarbeitskräfte hat diese Entwicklung erheblich unter-
1616 stützt.

1617 Wir wollen die **Sonderkulturbetriebe** in Rheinland-Pfalz nachdrücklich dabei unterstüt-
1618 zen, die heimische Erzeugung auszubauen. Praxistaugliche Regelungen im Pflanzenschutz
1619 und bei der Arbeitszeitregelung für Saisonarbeitskräfte sind dabei unabdingbar.

1620

1621 Wald, Forst und Jagd

1622 Rheinland-Pfalz, das walddreichste Bundesland, nutzt seinen Holzzuwachs nur begrenzt.

1623 **Dem Rohstoff Holz kommt eine wichtige Aufgabe sowohl im Klimaschutz wie bei der**
1624 **Energieversorgung zu.** Holz ist als Werkstoff ein unerlässlicher CO₂ - Speicher und Sub-
1625 stitut für klimaschädliche Baustoffe. Die forstliche Biomasse als Nebenprodukt der nach-
1626 haltigen Nutzung ist zudem ein wichtiger grundlastfähiger Energieträger.

1627 Wir wollen deshalb die Wälder unseres Landes – auch die Flächen der vielen kleinen Privat-
1628 waldbesitzer – nachhaltig nutzen, um mehr Holz zu erzeugen. Das wird nur gelingen, wenn
1629 die Beratung und Betreuung flächendeckend gesichert ist. Um dies zu gewährleisten,

1630 müssen sowohl bewährte Strukturen des Gemeinschaftsforstamtes erhalten, wie auch leistungsfähige und neue Kooperationen privater und kommunaler Waldbesitzer gefördert werden. Die wettbewerbskonforme Vermarktung und die Wahlfreiheit der Waldbesitzer bezüglich der Inanspruchnahme forstlicher Dienstleistungen stehen dabei im Mittelpunkt. Die **Stilllegung von Waldflächen** ist weder aus Gründen des Klimaschutzes zu rechtfertigen noch einer wirtschaftlichen Förderung des ländlichen Raums zuträglich und deshalb lehnen wir sie entschieden ab.

1637 Zur Sicherung der Arbeitsplätze in der heimischen Holz- und Sägeindustrie ist das klare Signal erforderlich, dass Rheinland-Pfalz seine Wälder nachhaltig und kontinuierlich nutzt. Nachhaltige Waldwirtschaft stärkt die Biodiversität, den ländlichen Tourismus, den Wasserschutz, aber auch die Energieproduktion.

1641 Wir wollen **gesunde und standortangepasste Wildbestände** und setzen auf eine gute Kooperation mit den Jägern, die wir zur Regulierung der Wildbestände, zum Schutz der Kulturpflanzen und zur Sicherung der Biodiversität benötigen. Einschränkungen des Jagdrechtes und der Jagdausübung werden entschieden abgelehnt. Gleiches gilt für unsere aktive Unterstützung der Fischer und Imker.

1646

1647 *Arbeitsplätze auf dem Land sichern – den ländlichen Raum zukunftsfähig machen*

1648 Die Arbeitsplätze in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft sowie im vor- und nachgelagerten Bereich sorgen in Rheinland-Pfalz für die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Wir wollen die Strukturförderung für den ländlichen Raum – einschließlich der naturverträglichen Flurneuordnung – auch im Wald – ausbauen und dabei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung als Hilfe zur Selbsthilfe hohe Priorität einräumen.

1654

1655 *7. Die Bewahrung der Schöpfung als zentrales Element der Zukunftssicherung*

1656 Kaum ein Land ist mit seinen einzigartigen Natur- und Kulturlandschaften derart vielfältig wie unsere Heimat. **Wir Christdemokraten fühlen uns der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet.** Umweltschutz bedeutet Respekt, Wertschätzung und Erhalt der landschaftlichen Vielfalt. **Bei allen politischen Entscheidungen orientieren wir uns am Prinzip der Nachhaltigkeit, um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen und die biologische**

1661 **Vielfalt unseres Landes zu bewahren.** Anforderungen und Ziele in der Klima-, Umwelt-,
1662 und Energiepolitik müssen daher im Rahmen regional angepasster und vernetzter Maß-
1663 nahmen in der Wirtschafts-, Agrar-, Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik berücksichtigt
1664 werden. Die regionale Wertschöpfung spielt dabei eine entscheidende Rolle, wodurch
1665 auch das Umweltbewusstsein der Menschen gesteigert wird.

1666 Unser Ziel ist eine nachhaltige Politik, die eine starke Wirtschaft mit ökologischen und so-
1667 zialen Erfordernissen in Einklang bringt. Am Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz brauchen
1668 wir marktwirtschaftliche Ansätze und technologische Innovationen, die es ermöglichen,
1669 Umwelt- und Klimaschutz auf der einen Seite und Wohlstand und Wachstum auf der ande-
1670 ren Seite miteinander zu verknüpfen. Dazu gehören bspw. Effizienztechnologien, neue An-
1671 triebstechnologien im Transportbereich, neue Materialien sowie erneuerbare Energien.
1672 Wir werden Innovationsforschung fördern und den passenden gesetzlichen und regulatori-
1673 schen Rahmen dafür gestalten. Allerdings müssen dabei immer sichere und zukunftsfähige
1674 Lösungen für die Menschen im Vordergrund und im Einklang mit der Natur stehen.

1675

1676 *Energiepolitik als Motor für Wertschöpfung und Innovation*

1677 Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen. Wir werden in Rheinland-Pfalz
1678 unseren Beitrag zum Klimaschutz und der Reduktion von Treibhausgasemissionen leisten.
1679 Dabei setzen wir vor allem auf technologische Innovation und marktwirtschaftliche Prinzi-
1680 pien.

1681 **Wir unterstützen das europäische und das nationale Reduktionsziel und werden für**
1682 **Rheinland-Pfalz dort Schwerpunkte setzen, wo im Land der wirksamste Beitrag zur Re-**
1683 **duzierung von Treibhausgasen geleistet werden kann.** Hier sind vor allem die Verringe-
1684 rung der Verkehrsemissionen und der Emissionen aus Heizungen zu nennen. Dabei muss
1685 das Land mit seinen Einrichtungen beispielgebend sein. (› siehe Kapitel Wirtschaft)

1686

1687 *Schutz von Boden und Wasser*

1688 Der nachhaltige, bewahrende Umgang mit Böden ist zentrales Element einer ressourcen-
1689 schonenden Umweltpolitik. Intakte Böden stellen die Grundlage für gesunde Nahrungs-
1690 mittel, Biodiversität und Wasserschutz dar. Sie sind damit Grundvoraussetzung für ge-
1691 sunde Ökosysteme.

1692 Wir nutzen Böden als Siedlungs-, Verkehrs- und Erholungsflächen. Wir wollen unsere Le-
1693 bensräume so gestalten, dass auch in Zukunft Rheinland-Pfalz für Wohnen, Arbeiten und
1694 Erholen attraktiv bleibt. **Aber bevor neue Flächen in Anspruch genommen werden, ist es**
1695 **notwendig, die Potentiale, die eine Entwicklung nach innen bietet, auszuschöpfen.**

1696 In Rheinland-Pfalz besteht ein Nachholbedarf bei der Erfassung sogenannter Altstandorte,
1697 ihrer Gefährdungsabschätzung und ggf. ihrer Sanierung. Durch veränderte Prioritätenset-
1698 zungen im Haushalt und durch eine effizientere Gestaltung von Verwaltungsstrukturen
1699 muss diese Aufgabe zügiger als bisher bewältigt werden. Die Entwicklung von Innenberei-
1700 chen wird dadurch deutlich gefördert.

1701

1702 *Sauberes Wasser ist ein kostbares Gut.*

1703 Deshalb haben wir die Verpflichtung, Fließgewässer, stehende Gewässer und das Grund-
1704 wasser vor Gefährdungen zu schützen. Bei der Abwasserbeseitigung, die in Rheinland-
1705 Pfalz einen hohen, aber auch kostenintensiven Stand erreicht hat, müssen mittel- und
1706 langfristig Kostensenkungspotenziale durch eine gezielte Förderung der Energieeffizienz
1707 der Kläranlagen erreicht werden. Die derzeit noch dominierende landwirtschaftliche Ver-
1708 wertung von Klärschlamm muss in den kommenden Jahren mit Ausnahme von dünn besie-
1709 delten ländlichen Räumen durch thermische Entsorgungslösungen ersetzt werden. Die
1710 CDU Rheinland-Pfalz wird die Kommunen bei dieser Neuausrichtung konzeptionell unter-
1711 stützen, wobei eine Phosphatelimination in den Kläranlagen und in den Klärschlämmen
1712 das erklärte Ziel sein muss.

1713 Wir stehen für einen vorsorgenden Hochwasserschutz. Der technische Hochwasserschutz
1714 (beispielsweise die Ertüchtigung von Deichen) ist eine Daueraufgabe. Die CDU Rheinland-
1715 Pfalz wird weiterhin eine Politik betreiben, die darauf abzielt, den Gewässern mehr Raum –
1716 auch im Sinne des Naturschutzes – zu geben. Diese muss in enger Abstimmung mit den
1717 Kommunen, der betroffenen Bevölkerung, den Landeigentümern und -nutzern geschehen.

1718

1719 *Lärm*

1720 Lärm ist nicht einfach nur eine hinzunehmende Belästigung. Er kann ein gravierendes Ge-
1721 sundheits- und Umweltproblem sein. Als hauptsächliche Lärmquelle erweist sich immer
1722 wieder der Verkehr. Das Land kann hier seinen Beitrag zur Lärmreduzierung leisten, indem

1723 es die Kommunen im Rahmen seiner Möglichkeiten bei der Umsetzung von Maßnahmen
1724 zur Verkehrsberuhigung, beim Einbau von lärmminderndem Asphalt oder beim Bau von
1725 Entlastungsstraßen unterstützt. **Mit allem Nachdruck werden wir auch dafür eintreten,**
1726 **dass im Schienenverkehr lärmreduzierte Fahrzeuge zum Einsatz kommen.**

1727 Der **Frankfurter Flughafen** ist einer der größten Arbeitgeber der Metropolregion Rhein-
1728 Main. Als Logistikkreuzung erhöht dieser zentrale Standortfaktor die Wettbewerbsfä-
1729 higkeit der Region. Davon profitieren auch die Unternehmen in Rheinland-Pfalz. Tausende
1730 gut bezahlte Arbeitsplätze hängen direkt und indirekt am Flughafen. Er trägt zum Wohl-
1731 stand vieler Rheinland-Pfälzer bei. Daher muss der Flughafen seine wirtschaftliche Basis
1732 behalten. Allerdings müssen wir ebenso daran arbeiten, die Beeinträchtigungen der Le-
1733 bensqualität durch Fluglärm in der Region spürbar zu verringern.

1734 Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Frühjahr 2012 zum Nachtflugverbot am
1735 Frankfurter Flughafen war ein großer Teilerfolg für die Menschen, die sich seit vielen Jah-
1736 ren für ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen einsetzen. Die CDU Rheinland-Pfalz
1737 steht hinter der Gerichtsentscheidung. **Wir halten außerdem weitere Maßnahmen zur**
1738 **Verringerung der Lärmbelastung im gesamten Rhein-Main-Gebiet für dringend erforder-**
1739 **lich.** Moderne Anflugverfahren, passiver Lärmschutz an Gebäuden oder leisere Trieb-
1740 werke müssen deshalb kontinuierlich erprobt und, wenn möglich, dauerhaft angewendet
1741 werden.

1742

1743 Biodiversität und Naturschutz

1744 Die Erhaltung der Artenvielfalt stellt eine wichtige Aufgabe der Umweltpolitik des 21. Jahr-
1745 hunderts dar. Aus diesem Grund setzt sich die CDU-Rheinland-Pfalz dafür ein, dass die Le-
1746 bensräume – insbesondere gefährdeter Arten – erhalten werden.

1747 Die landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Flächen prägen nach wie vor den
1748 größten Teil der Landesfläche. In ihrer Vielfalt bestimmen diese Flächen die unverwechsel-
1749 bare Identität unserer Heimat. Flächennutzung durch Land- und Forstwirtschaft dient den
1750 Menschen. **Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich dafür einsetzen, dass die Flächennut-**
1751 **zung mit dem Ziel stattfindet, die Natur im Interesse nachfolgender Generationen zu**
1752 **schützen.** Wir werden die regionale Identität stärken, indem wir die regionalen Stoffkreis-
1753 läufe durch die Förderung einer ortsnahe Vermarktung land- und forstwirtschaftlicher
1754 Produkte weiterentwickeln und damit auch dem naturnahen Tourismus Impulse geben.

1755 In Kooperation mit den Landnutzern soll der Naturschutz eine Säule der nachhaltigen
1756 Landschaftsgestaltung werden. Kompensationsmaßnahmen müssen in der Regel in enger
1757 Kooperation mit der Land- und Forstwirtschaft durchgeführt werden. Aus Bautätigkeit re-
1758 sultierende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden künftig mit den Landnutzern ge-
1759 meinsam zur flächendeckenden Sicherung der Schutzgüter Boden und Wasser verwendet.
1760 Hierbei ist dem Vertragsnaturschutz mehr Raum zu geben.

1761 Wir stehen zur Fortsetzung des Nationalparkprojekts. Es kann aber nur im Rahmen der fi-
1762 nanziellen Möglichkeiten entwickelt werden. Priorität bleibt für die CDU Rheinland-Pfalz
1763 die Pflege der bewährten Naturparke.

1764

1765 Der Wald als nachhaltiges Ökosystem

1766 42 Prozent der Fläche des Landes Rheinland-Pfalz ist mit Wald bedeckt. Daher kommt die-
1767 sem Ökosystem in vielerlei Hinsicht eine besondere Bedeutung zu. Als Lebensraum für
1768 Tiere und Pflanzen und als Sauerstoffproduzent und Wasserspeicher ist er unersetzlicher
1769 Bestandteil unseres Naturhaushaltes. **Die CDU Rheinland-Pfalz bekennt sich uneinge-**
1770 **schränkt zur Nachhaltigkeit als Handlungsprinzip der Waldnutzung.** Dies betrifft die
1771 Aufforstung mit standortgerechten Baumarten genauso wie die Regulierung des Wildbe-
1772 standes, den Schutz des Waldbodens, die Schädlingsbekämpfung und die Holzbewirtschaf-
1773 tung. Die Bedeutung des nachwachsenden Rohstoffes Holz nimmt in einer solchen auf
1774 Nachhaltigkeit ausgerichteten Entwicklung immer weiter zu.

1775 **Sowohl im stofflichen als auch im energetischen Bereich ist Holz als regionaler und ver-**
1776 **arbeitungsnaher Rohstoff nicht nur unter den Aspekten der Ökobilanz von hoher Rele-**
1777 **vanz. Dieses Potenzial nicht zu nutzen, sondern brach liegen zu lassen, erscheint un-**
1778 **verantwortlich.** Die CDU Rheinland-Pfalz wird dafür eintreten, die wirtschaftliche Grund-
1779 lage der Forstbetriebe, und damit auch der Holzindustrie, zu stärken, ohne die ökologi-
1780 schen Vielfalt des Waldes zu gefährden. (› siehe Kapitel 5 Landwirtschaft)

1781

1782 Umweltbewusstsein und Umweltbildung

1783 Wir haben Sorge dafür zu tragen, dass nachfolgende Generationen hier mindestens ge-
1784 nauso gute Lebensbedingungen vorfinden wie wir. Wir dürfen nicht mehr Ressourcen ver-

1785 brauchen, als wir unbedingt benötigen. Es geht vor allem darum, Verantwortungsbewusst-
1786 sein zu schaffen und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort zu bieten. Diese sollen individu-
1787 ellen Gestaltungsspielraum und Anpassungsmöglichkeiten im Sinne der Schöpfung lassen.

1788 Die Aufgabe der Politik ist dabei, die Ziele zu definieren und einen Rahmen vorzugeben.
1789 Wir werden die Menschen für die Wirkungszusammenhänge sensibilisieren und nicht ideo-
1790 logisch bevormunden. Der Ideenreichtum und das individuelle Wissen der Menschen vor
1791 Ort leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Pflege und dem Erhalt der Natur. Gerade un-
1792 ser Land zeigt eindrucksvoll, wie einzigartig Natur und Gesellschaft sich in den verschiede-
1793 nen Regionen an die unterschiedlichsten Bedingungen angepasst haben.

1794 Die CDU Rheinland-Pfalz wird das Umweltbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger för-
1795 dern. Wir wollen die Bemühungen im Bereich der Umweltbildung im Kindergarten und in
1796 der Schule verstärken und setzen dabei auf die Kooperation mit anerkannten Naturschutz-
1797 organisationen.

1798 Viele Menschen leisten durch ihre ehrenamtliche Pflege von Flächen einen wesentlichen
1799 Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Um diesen Beitrag zu fördern und einen
1800 Mehrwert im ländlichen Raum zu erzeugen, müssen die EU-Fördertöpfe voll ausgeschöpft
1801 werden.

1802

1803 **Kreislaufwirtschaft: Ressourcen gebrauchen, aber nicht verbrauchen**

1804 Wir stehen für eine erfolgreiche und verbraucherfreundliche Abfallpolitik mit marktwirt-
1805 schaftlichen Anreizen. Es ist unser Ziel, Abfälle zu vermeiden und – wo immer möglich und
1806 sinnvoll – Stoffkreisläufe zu schließen, um wertvolle Ressourcen zu gewinnen. Das Abfall-
1807 vermeidungsprogramm des Bundes und der Länder enthält viele praktische Beispiele für
1808 mögliche Maßnahmen zur Abfallvermeidung. Hierzu wollen wir gemeinsam mit den Kom-
1809 munen ein Aktionsprogramm entwickeln.

1810 Nicht vermeidbare Abfälle sind für uns Sekundärrohstoffe, die so lange wie möglich im
1811 Stoffkreislauf gehalten werden sollen, indem sie wiederverwendet oder recycelt werden.
1812 Aus Abfällen können mehr wertvolle Rohstoffe zurückgewonnen werden. **Daher fordern**
1813 **wir höhere Recyclingquoten und eine Stärkung der Kommunen als direkte Ansprech-**
1814 **partner vor Ort.** Wir unterstützen eine Ausweitung der Produktverantwortung. Dieses

1815 marktwirtschaftliche Prinzip sorgt dafür, dass Hersteller für den gesamten Lebensweg ih-
1816 rer Produkte, also auch für eine umweltverträgliche Verwertung und Beseitigung der Rest-
1817 stoffe, verantwortlich sind. **Künftig sollen diejenigen, die Produkte aus Metall und**
1818 **Kunststoff in den Verkehr bringen, auch für deren Entsorgung verantwortlich sein.** Die
1819 Entsorgungskosten dieser Produkte sind somit nicht mehr Teil der Müllgebühren, sondern
1820 werden Teil des Verkaufspreises.

1821 Die Wiederverwendung gebrauchter Gegenstände kann vor Ort durch Einrichtungen wie
1822 Werkstätten oder Tauschbörsen gefördert werden. Die Förderung der Wiederverwendung
1823 von Abfällen sehen wir auch als Chance für Sozialeinrichtungen, sich neue Aufgabenfelder
1824 zu erschließen. Das Recycling von Abfällen nicht nur aus privaten Haushalten, sondern
1825 auch aus Gewerbe und Industrie hat für uns im Sinn einer „**Kaskadennutzung**“ Vorrang
1826 vor einer Verbrennung. Die Verbrennung muss so erfolgen, dass der Energiegehalt der Ab-
1827 fälle optimal zur Erzeugung von Wärme und Strom genutzt wird.

1828 Vor allem Bioabfälle eignen sich für ein regionales Stoffstrommanagement zur Erzeugung
1829 von Biogas und Kompost oder als Einsatzstoff für dezentrale Biomassekraftwerke.

1830 Die größten Abfallmengen stammen aus dem Baubereich. Deren Entsorgung droht für
1831 Bauherren zu einer zunehmenden Kostenbelastung zu werden. Wir brauchen deshalb ein
1832 flächendeckendes Netz an Aufbereitungsanlagen sowie die Bereitschaft, aufbereitete Bau-
1833 abfälle als Sekundärbaustoffe zu nutzen und ein ortsnahe Erdaushubmanagement.

1834 Es braucht bessere Hinweise im Handel, ob es sich bei pfandpflichtigen Getränkeverpa-
1835 ckungen um Einweg oder Mehrweg handelt. **Wir werden dafür sorgen, dass Rheinland-**
1836 **Pfalz seine bisherige Blockadehaltung zu dieser Initiative im Bundesrat aufgibt.** Wir
1837 setzen uns dafür ein, dass **saubere Ökoeffizienzanalysen** als Grundlage für weitere Ent-
1838 scheidungen herangezogen werden. Eine die Verbraucher belastende Abgabe auf Einweg-
1839 getränkeverpackungen lehnen wir ab.

1840 8. Solide Finanzen – Für soziale Fairness

1841 Landesfinanzen

1842 Die CDU will einfachen Grundsätzen soliden Haushaltens wieder zu Geltung verhelfen.

1843 Dazu gehört der Grundsatz, dass jeder – auch der Staat – auf Dauer nur so viel Geld ausge-
1844 ben kann, wie er einnimmt. Wer Schulden macht, der muss sie auch wieder zurückzahlen.

1845 Die Realität in Rheinland-Pfalz ist aber eine andere:

1846 • Rot-Grün hat auch im Aufschwung neue Schulden gemacht. Im Saldo zwischen ein und
1847 zwei Milliarden Euro jedes Jahr

1848 • Die Schuldenlast steigt nach der Finanzplanung für das Land Rheinland-Pfalz mit sei-
1849 nen vier Millionen Einwohnern auf unvorstellbare 44 Milliarden Euro

1850 • Nicht nur am Nürburgring, am Hahn oder beim Schlosshotel in Bad Bergzabern wurden
1851 immer neue Steuergelder ohne tragfähiges Geschäftsmodell ausgegeben. Schlimmer
1852 noch: Durch die mit Steuern subventionierte Konkurrenz werden gewachsene, gesunde
1853 mittelständische Strukturen zerstört, Arbeitsplätze vernichtet und unsere Steuerkraft
1854 geschwächt

1855 Wann, wenn nicht jetzt, im konjunkturellen Aufschwung und Dank richtiger Weichenstel-
1856 lungen der Regierung Merkel, des Fleißes und des Ideenreichtums unserer Arbeitnehmer
1857 und Unternehmer sowie sprudelnder Steuereinnahmen wollen wir den Haushalt konsoli-
1858 dieren.

1859

1860 Zu hohe Schulden – eingeschränkte Handlungsfähigkeit

1861 Rheinland-Pfalz gehört zu den am höchsten verschuldeten Ländern in der Bundesrepublik.
1862 Anstatt ein investitions- und konsumfreundliches Klima zu schaffen, werden den Bürgerin-
1863 nen und Bürgern von Rot-Grün immer neue Abgaben und Steuererhöhungen aufgebürdet.

1864 Die Schuldenbremse verpflichtet alle Länder, spätestens ab 2020 ihre Haushalte ohne
1865 neue Schulden auszugleichen, hiervon ist Rheinland-Pfalz aber weit entfernt.

1866

1867 Die Schulden steigen und die Investitionen sinken

in Mrd. Euro 1990 2005 2010 2015 2020

Schuldenstand	10,8	25,6	32,7	38,6	(44,3)
Investitionen ohne Pensionsfonds	1,5	1,3	1,2	0,9	(0,9)

1868

1869 Dies ist eine Hypothek zu Lasten der jungen Generation und schränkt durch die hohen
1870 Zinszahlungen und das unübersehbare Zinsrisiko bereits heute die Gestaltungsmöglichkei-
1871 ten ein.

1872

1873 Wohlstand und soziale Fairness

- 1874 • Wir stehen für eine solide und verlässliche Haushaltspolitik, die vom Gedanken der
1875 Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit geleitet ist
- 1876 • Wir setzen auf die alten Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Dies er-
1877 forderte strikte Ausgabendisziplin, höhere Effizienz der Verwaltung und eine klare Pri-
1878 orisierung politischer Entscheidungen - nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch fi-
1879 nanzierbar
- 1880 • Mit der CDU wird es in den kommenden Jahren keine neuen Schulden geben. Wir wer-
1881 den stattdessen die Schuldentilgung in den Blick nehmen. Gleichzeitig wollen wir mehr
1882 Investitionen ermöglichen

1883 Wir wollen mit der SPD-Schuldenpolitik brechen und ab sofort – erstmals seit 1989 – ange-
1884 sichts der Rekordsteuereinnahmen, die über die Legislaturperiode gerechnet um rund 15
1885 % steigen werden, einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

1886

in Mio. Euro	2016	2017	2018	2019	2020
Steuereinnahmen	12.175	12.602	12.963	13.335	13.719
Steigerung	100 %	103,5 %	106,5 %	109,5 %	112,7 %

1887

1888 Kassensturz und neue Prioritäten

1889 Dazu wird eine CDU-geführte Landesregierung als erstes einen umfassenden Kassensturz
 1890 machen, um den wirklichen Zustand der Landesfinanzen genau zu ermitteln. Alle Schulden
 1891 und Verbindlichkeiten in allen Nebenhaushalten sind zu erfassen. Alle bestehenden Vorbe-
 1892 lastungen müssen sichtbar werden. Auf diese Weise müssen zunächst Haushaltsklarheit-
 1893 und Wahrheit wiederhergestellt werden. Der Kernhaushalt muss alle Einnahmen, Ausga-
 1894 ben, Schulden und Verpflichtungen kontrollierbar abbilden.

1895 Das ist die Grundlage, strikte Prioritäten bei den Ausgaben zu setzen mit dem Ziel, Neu-
 1896 verschuldung zu beenden und Vorbelastungen abzubauen. Rheinland-Pfalz muss seine fi-
 1897 nanzielle Handlungsfähigkeit schnellstmöglich verbessern.

1898 Der Standort Rheinland-Pfalz muss langfristig wettbewerbsfähig sein. Dies können wir er-
 1899 reichen, wenn Unternehmen wieder verstärkt investieren und unsere Wirtschaftskraft
 1900 stärken. Wir wollen wachstums- und arbeitsmarktfreundliche Rahmenbedingungen schaf-
 1901 fen, die zu neuer Dynamik und zu neuen Gestaltungsspielräumen führen.

1902

1903 Rot-Grün will Steuererhöhungen - und verwechselt das mit Sparen

1904 Höhere Grunderwerbssteuer und „Wasserabgabe“ auf Landesebene, „Vermögenssteuer“
 1905 und höhere Steuersätze auf Bundesebene – Rot-Grün überschlägt sich, wenn es gilt, den
 1906 Bürgerinnen und Bürgern tiefer in die Tasche zu greifen.

1907

1908 Investitionen für nachhaltigen Wohlstand und Steuerkraft

1909 Die CDU Rheinland-Pfalz steht klar gegen jede Art von Steuererhöhungen für die Bürger,
 1910 Unternehmen oder mittelständische Betriebe. Konkret lehnen wir eine Wiedereinführung

1911 der Vermögenssteuer ab, da diese die Investitionsfähigkeit und die Existenzgründung von
1912 Betrieben und Firmen behindert. Die Reform der Erbschaftsteuer muss aufkommensneut-
1913 ral sein. Ebenso lehnen wir auch jede Form der Einkommensteuererhöhung ab, um Privat-
1914 personen nicht zusätzlich zur Kasse zu bitten. Im Gegenteil: Unser Ziel ist die **Erhöhung**
1915 **der Pendlerpauschale sowie der schrittweisen Abbau der kalten Progression und des**
1916 **Solidaritätszuschlages.**

1917 Ungeplante Steuermindereinnahmen sollten durch echte Einsparungen ausgeglichen wer-
1918 den. Überplanmäßige Steuermehreinnahmen sind dagegen vorrangig zur Tilgung der Alt-
1919 schulden einzusetzen.

1920

1921 *Priorisierung aller Aufgaben und Ausgaben*

1922 Um solide Finanzen in der Zukunft wieder gewährleisten zu können, wird sich das Land
1923 eindeutige Schwerpunkte setzen müssen. Der Staat wird nicht mehr all das finanzieren
1924 können, was wünschenswert ist, sondern das, was wichtig ist. **Wir werden deshalb bei al-**
1925 **len Aufgaben und Ausgaben im Hinblick darauf, ob, wann und wie sie zu finanzieren**
1926 **sind, Prioritäten setzen. Auch die Ziele dieses Regierungsprogramm werden wir des-**
1927 **halb zeitlich und finanziell gestaffelt bei strikter Einhaltung der Schuldenbremse ver-**
1928 **wirklichen.**

1929

1930 *Schlanke Verwaltung – weniger Personalkosten*

1931 Bei transparenter Darstellung entfallen über 40 Prozent der Ausgaben des Landes auf das
1932 Personal in Verwaltung, Schulen, Hochschulen und bei der Polizei, einschließlich der Ruhe-
1933 standsgehälter. Seit 1991 hat sich die Zahl der Beamtenstellen bei gleicher Einwohnerzahl
1934 des Landes um 12000 erhöht. Deshalb kann die Sanierung der Landesfinanzen nur gelin-
1935 gen, wenn auch die Personalkosten beschränkt werden. Bildung und Polizei brauchen aktu-
1936 ell personelle Verstärkung. Unser Land braucht aber eine schlankere und effizientere Ver-
1937 waltung. Dafür ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich:

- 1938 • eine Verschlinkung der Ministerialbürokratie,
- 1939 • ein benutzerfreundliches eGovernment, das es dem Bürger ermöglicht, alle Behörden-
- 1940 gänge über das Internet zu erledigen,

- 1941 • die Straffung der Funktionen innerhalb der Verwaltungen (inkl. Landesbetriebe), den
- 1942 Abbau von Doppelstrukturen, das Delegieren von Entscheidungsspielräumen nach un-
- 1943 ten,
- 1944 • regelmäßige Überprüfung, Straffung und Abbau von Verwaltungsvorschriften und Ge-
- 1945 setzen, vereinfachte Genehmigungsverfahren und Gesetze mit „Verfallsdatum“,
- 1946 • Kostenoptimierung durch Anreizstrukturen,
- 1947 • den sozialverträglichen, eng mit allen Gewerkschaften und Berufsverbänden abge-
- 1948 stimmten Abbau von Landesstellen, die zu mehr Bürokratie und zu einer unangemesse-
- 1949 nen Belastung des Landeshaushaltes führen, Ein umfassendes Personalentwicklungs-
- 1950 programm mit einer leistungsgerechten, motivierenden Bezahlung, einem modernen
- 1951 Fortbildungs- und Gesundheitsmanagement und mehr flexiblen Arbeitszeitmodellen
- 1952 zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 1953 • Positive Anreize zur freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamte und
- 1954 Angestellte nach dem Muster der Flexirente
- 1955 • die Schaffung eines Stellenpools, der die berufliche Weiterentwicklung jedes einzelnen
- 1956 Mitarbeiters ermöglicht und Engpässe in den Verwaltungen auffängt,
- 1957 kostengünstiger und effizienter machen.
- 1958
- 1959 Sichere Pensionen – Vorsorge für die Zukunft statt Taschenspielertricks
- 1960 Für jeden Beamten sollen Beiträge in eine Rücklage eingezahlt werden, um damit zumin-
- 1961 dest teilweise die späteren Pensionsleistungen finanzieren zu können. Der Vorsatz ist lo-
- 1962 benswert, doch die Wahrheit ist, dass Rot-Grün zusätzliche Schulden aufgenommen hat,
- 1963 um damit den Pensionsfonds zu finanzieren. Die fremdfinanzierten Gelder werden aber so-
- 1964 fort wieder als Schuldverschreibung an den Landeshaushalt zurückverliehen. Diese kredit-
- 1965 finanzierte Zuführung wurden zudem noch haushaltsrechtlich als Investition behandelt.
- 1966 Schulden werden als Investitionen getarnt.
- 1967 Kein Rheinland-Pfälzer nimmt einen Dispokredit auf, um damit seine Altersvorsorge zu fi-
- 1968 nanzieren. Niemand wertet eine voll fremdfinanzierte Altersvorsorge als eigenfinanzierte
- 1969 Investition, um so eine weitere Kreditaufnahme zu rechtfertigen. Genau das aber hat Rot-

1970 Grün gemacht. In Wahrheit ist kein Cent im Pensionsfonds. **Die CDU klagt gegen diese**
1971 **schlechte Ausführung der guten Idee eines Pensionsfonds vor dem Verfassungsgericht.**

1972 Der Pensionsfonds in seiner derzeitigen Form ist einzustellen. Mit Blick auf die sichere Fi-
1973 nanzierung der Pensionen, aber auch der anderen Landesaufgaben müssen nach einem er-
1974 reichten Haushaltsausgleich ohne neue Schulden künftige Haushalte mit Priorität Mittel
1975 zur Tilgung von Altschulden bereitstellen, um Zinslasten zu vermindern. Zugleich wollen
1976 wir prüfen, ob es zusätzlich oder alternativ wirtschaftlich sinnvoll ist, zur Vorsorge einen
1977 Pensionsfonds als wirklichen Kapitalstock, verwaltet durch die Bundesbank bei geeigneten
1978 Finanzinstituten anzulegen.

1979

1980 Landesbeteiligungen wirtschaftlich führen. Nürburgring ist überall
1981 Rheinland-Pfalz ist unmittelbar oder mittelbar an rund 120 Gesellschaften, Stiftungen oder
1982 Anstalten beteiligt. Die Politik von Rot-Grün hat in den vergangenen Jahren dazu geführt,
1983 dass die Landesbeteiligungen zu einer unkalkulierbaren Belastung für den Landeshaushalt
1984 – und damit für die rheinland-pfälzischen Steuerzahler – geworden sind. **Der Nürburgring**
1985 **oder der Flughafen Hahn sind hier nur die bekanntesten Beispiele. Sie schreiben Ver-**
1986 **luste, die vom Land ausgeglichen werden müssen.** Statt einer professionellen und unab-
1987 hängigen Geschäftsführung hat die SPD-geführte Landesregierung häufig die Landesge-
1988 sellschaften zur Versorgung verdienter Parteifreunde genutzt.

1989

1990 Privates Unternehmertum braucht Vorrang gegenüber Staatswirtschaft

1991 Die Beteiligungen sollen sich auf einen öffentlichen Zweck konzentrieren, auf Unterneh-
1992 men, bei denen es wichtig ist, einen Anschub zu leisten oder staatlichen Einfluss zu wahren.
1993 Sie dürfen nicht als Gelegenheit missbraucht werden, riskantes Geschäftsgebaren
1994 dem Staat zu überlassen.

1995 Das Land muss hin zu einer Beteiligungspolitik, die sich auf ordnungs- und gesellschafts-
1996 politisch erfolgreiche Maßnahmen konzentriert. Strategisches Beteiligungsmanagement
1997 muss sich an seinem langfristigen volkswirtschaftlichen Erfolg messen lassen und Transpa-
1998 renz der Aktivitäten in Verbindung mit einer Überwachung der Zielerreichung sicherstel-
1999 len.

2000 Wir werden alle Landesbeteiligungen auf ihre Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit über-
2001 prüfen und gegebenenfalls veräußern. Gesellschaften, an denen das Land keine Mehrheits-
2002 beteiligung besitzt, sind hier kritisch zu hinterfragen. Wir lehnen es dabei ab, dass das
2003 Land lediglich defizitäre Beteiligungen behält und die profitablen verkauft.

2004 Darüber hinaus wollen wir durch die Zusammenlegung von Geschäftsprozessen und gege-
2005 benenfalls Fusionen einzelner Gesellschaften den Zuschussbedarf reduzieren; hierbei ist
2006 insbesondere eine Verringerung der Zahl der Geschäftsführer anzustreben.

2007

2008 9. Den Rechtsstaat stärken – Gemeinschaft sichern

2009 Die CDU Rheinland-Pfalz steht für die Achtung der Menschenwürde und das Recht für alle
2010 Menschen in unserem Land auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in friedlicher Gemein-
2011 schaft. Nicht erst – aber verstärkt – seit der massenhaften Zuwanderung von Menschen
2012 mit anderer kultureller Prägung und anderen historischen Erfahrungen kommt der Ver-
2013 mittlung unsere Wertordnung für eine stabile Gesellschaft besondere Bedeutung zu. Uns
2014 ist wichtig, dass der Rechtsstaat den Schutz dieser offenen, freien und fairen Wertediskus-
2015 sion gewährleisten und die allseitige Beachtung der Grundrechte wehrhaft und nachhaltig
2016 sicherstellen kann. **Der Justiz kommt bei der Wahrnehmung dieser rechtstaatlichen Auf-**
2017 **gaben eine herausragende Rolle zu.**

2018 Die CDU Rheinland-Pfalz wird die Achtung der Justiz und deren Ausstattung fördern und
2019 verbessern. Wo immer möglich, werden wir dem Vollzug bestehender Gesetze den Vor-
2020 rang vor der gesetzlichen Zuweisung neuer Aufgaben für die staatlichen Institutionen ge-
2021 ben. Wenn nämlich die Einhaltung unserer Gesetze und deren Vollzug nicht durchgängig
2022 und konsequent vom Staat gewährleistet werden, haben Rechtsverstöße keine Konsequen-
2023 zen mehr. Dies führt zu einem Vertrauensverlust bei den rechtstreuen Bürgerinnen und
2024 Bürger gegenüber dem Rechtsstaat. **Ohne Vertrauen in den Rechtsstaat und seine Reprä-**
2025 **sentanten nimmt der gesellschaftliche Konsens über die Allgemeingültigkeit der Wert-**
2026 **ordnung des Grundgesetzes und damit die friedliche Gemeinschaft Schaden.**

2027

2028 Für eine angesehene und wirkungsvolle Justiz

2029 Für die SPD-geführte Landesregierung sind Gerichte nachgeordnete Behörden. Auch tief-
2030 greifende Strukturänderungen wurden von Rot-Grün ohne sachlich fundierten Grund,
2031 ohne inhaltliche Prüfung und ohne die Einbindung der Betroffenen festgeschrieben.

2032 Die CDU Rheinland-Pfalz respektiert die Justiz als unabhängige dritte Gewalt. Für uns ist
2033 eine geordnete Rechtspflege ein Pfeiler unseres Rechtsstaats. Der von SPD und Grünen
2034 geplanten Schließung von OLG und Generalstaatsanwaltschaft Koblenz und des Verwal-
2035 tungsgerichts Mainz haben wir uns mit vielen anderen erfolgreich widersetzt. Zur Konflikt-
2036 beilegung haben wir das Modell eines Justizkonvents erarbeitet, in dem alle politischen
2037 Kräfte, die Betroffenen und externer Sachverstand zusammengeführt werden.

2038 Für das Ansehen der Justiz und das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit ist uns auch das
2039 Institut des **Richterwahlausschusses** wichtig.

2040 Um seinen Entscheidungen mehr demokratische Legitimation zu verleihen, werden wir das
2041 Landesrichtergesetz dahingehend ändern, dass für eine Zustimmung des Richterwahlaus-
2042 schusses künftig nicht mehr die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sondern die Mehr-
2043 heit der gesetzlichen Mitglieder erforderlich ist. Nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein
2044 werden wir für mehr Transparenz bei politischen Weisungen gegenüber Beamten der
2045 Staatsanwaltschaft sorgen, um das Vertrauen auch in die Arbeit der Staatsanwaltschaften
2046 zu stärken.

2047 Die Justiz in Rheinland-Pfalz ist nach 25 Jahren SPD-geführter Regierungen in weiten Be-
2048 reichen personell ausgeblutet. Bürgerinnen und Bürger wie auch die Wirtschaft leiden da-
2049 runter, dass z.B. der Bedarf an Rechtspflegerstellen nur zu ca. 75% gedeckt ist und ca. 200
2050 Stellen dauerhaft fehlen. Es fehlen seit Jahren Richterinnen und Richter in der Zivil- und in
2051 der Strafgerichtsbarkeit. Häufig können nur noch Haftsachen verhandelt werden, während
2052 Täter und Opfer anderer Verfahren Jahre auf den Prozess warten müssen. Die aktuellen
2053 Flüchtlingsbewegungen werden in verschiedenen Bereichen der Justiz zu einem Anstieg
2054 der Verfahren führen und die bereits jetzt angespannte Personalsituation weiter verschär-
2055 fen.

2056 Der von der SPD und Grünen verantwortete jahrelange Trend zum Stellenabbau muss ge-
2057 stoppt werden. Die Ausbildungskapazitäten und Stellen bei Rechtspflegern müssen so aus-
2058 gebaut werden, dass strukturelle Unterbesetzungen schrittweise abgebaut werden und

2059 eine Bestenauslese möglich ist. Der Beitrag der Amtsanwälte zur Rechtspflege ist zu wür-
2060 digen. Die personelle Ausstattung insbesondere der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der
2061 Staatsanwaltschaften werden wir dem Bedarf anpassen.

2062 Soweit durch die Zusammenführung von Zuständigkeiten Kompetenzen gebündelt und
2063 dadurch die Effizienz der Gerichte gesteigert werden können, werden wir dies in Abstim-
2064 mung mit der Rechtspraxis ernsthaft prüfen. Andererseits sind solche Zentralzuständigkei-
2065 ten zum Beispiel unter den Gesichtspunkten einer möglichst gleichmäßigen Auslastung
2066 der Gerichte und möglichst kurzer Anfahrtswege unter Einbindung der Justiz gegebenen-
2067 falls auch veränderten Umständen anzupassen, wenn dadurch eine größere Effizienz er-
2068 zielt werden kann.

2069 Es muss eine ordnungsgemäße und effektive Strafjustiz gewährleistet werden. Straftäter
2070 und Opfer müssen möglichst zeitnah Gerechtigkeit erleben. Rechtssuchende Bürgerinnen
2071 und Bürger, aber auch Unternehmen und Gewerbetreibende, die ihr Recht, z. B. ihre Ent-
2072 geltforderungen, durchsetzen wollen, sollen sich auf die zügige Hilfe des Rechtsstaats ver-
2073 lassen können. Die personelle Ausstattung des Justizministeriums darf nicht mehr aus par-
2074 teitaktischen Versorgungsüberlegungen oder zur Lösung von Personalproblemen in ande-
2075 ren Ressorts aufgebläht werden. Wir werden etwaige Einsparpotenziale im Ministerium zu
2076 Gunsten der Arbeit an den Gerichten realisieren. Weil wir Erfahrung schätzen, werden wir
2077 die Möglichkeit freiwilliger Lebensarbeitszeitverlängerungen auch für die Richterschaft
2078 und bei den Staatsanwaltschaften schaffen.

2079 Um den mit der zunehmenden Digitalisierung einhergehenden neuen Deliktsformen bes-
2080 ser gerecht zu werden, werden wir die Ermittlungskapazitäten auch in der „Landeszentral-
2081 stelle CyberCrime“ verstärken.

2082

2083 Die Geltung des Rechts durchsetzen

2084 SPD-Landesjustizminister wollten die Justiz durch Scharia-Schiedsgerichte entlasten und
2085 lehnten Verbesserungen bei der Verfolgung von Gewaltdelikten gegen Polizistinnen und
2086 Polizisten ab.

2087 Die CDU setzt sich für eine umfassende Geltung des staatlichen Rechts als Grundlage und
2088 Ordnungsrahmen der Gesellschaft ein. Die Anwendung kulturell anders geprägter Rechts-

2089 systeme wie der Scharia werden wir vehement bekämpfen. Dem werden wir mit Aufklä-
2090 rung und einer Stärkung der deutschen Rechtspflege begegnen. Wir begrüßen zudem auch
2091 Projekte wie „Anwältinnen und Anwälte in die Schulen“ einiger örtlicher Anwaltsvereine
2092 und werden deren Ausbau möglichst unterstützen.

2093 Wir sehen uns alle in der Pflicht, die zunehmenden Angriffe auf Angehörige der öffentli-
2094 chen Verwaltung – insbesondere Polizistinnen und Polizisten als Repräsentanten unseres
2095 Rechtsstaats – und sogar auf Rettungskräfte wirksam zu bekämpfen. Wir halten daher un-
2096 sere Forderung aufrecht, zur Förderung der Transparenz und der Vereinheitlichung der
2097 Strafverfolgungsentscheidungen bei allen Staatsanwaltschaften Sonderdezernate zur Ver-
2098 folgung von Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einzurichten.

2099 Wir werden entschieden gegen die Jugendkriminalität, insbesondere Gewaltdelikte von Ju-
2100 gendlichen, vorgehen. Hierzu soll die Gewaltpräventionsarbeit in Schulen und sonstigen
2101 Bildungs- und Jugendeinrichtungen vertieft werden. Die Vernetzung insbesondere von Ju-
2102 gendhilfe, Polizei und Jugendstaatsanwaltschaft in den Häusern des Jugendrechts hat sich
2103 bewährt. Wir begrüßen den Ansatz, vergleichbare auf Intensivtäter bezogene Konzepte
2104 auch außerhalb der großen Städte zu entwickeln. Wir setzen uns auch im Erwachsenenbe-
2105 reich für einen täterzentrierten Ansatz bei der Verfolgung von Intensivtätern ein. Wir be-
2106 begrüßen, dass der Bundesgesetzgeber unsere Forderung nach Einführung eines Warn-
2107 schussarrests umgesetzt hat.

2108 Um insbesondere rassistische und fremdenfeindliche Kommentare in sozialen Medien wie
2109 Facebook besser bekämpfen zu können, fordern wir neben einer ausreichenden Ausstat-
2110 tung der Strafverfolgungsbehörden die Speicherpflicht der Verkehrsdaten bei Straftaten
2111 der Volksverhetzung.

2112

2113 Die Wirksamkeit des Strafvollzugs steigern

2114 Im Justizvollzug sorgen die in den vergangenen Jahren von der rot-grünen Mehrheit im
2115 Landtag neugefassten Gesetze für eine massiv gestiegene Arbeitsbelastung der Beschäf-
2116 tigten. Gleichzeitig hat der allgemeine Vollzugsdienst in den letzten Jahren deutliche Per-
2117 sonaleinsparungen verkraften müssen. Die Entwicklung unserer Justizvollzugseinrichtun-
2118 gen zeigt gleichzeitig, dass die Zahl von solchen Gefangenen stark zugenommen hat, die
2119 gleich mit mehreren Problemstellungen, insbesondere auch psychischen Belastungen, be-
2120 haftet sind.

2121 Justizvollzug, also Arrest, Jugendstrafe und Freiheitsstrafe im Erwachsenenvollzug, soll Ge-
2122 fangene zu einem straffreien Leben befähigen. Behandlungsvollzug als Beitrag zu mehr Si-
2123 cherheit in der Gesellschaft wird auch von uns gutgeheißen. Gesetzliche Vorgaben müssen
2124 aber daraufhin überprüft werden, inwieweit sie sich in der Praxis bewährt haben. Manches
2125 scheint überzogen. Die Vollzugsplanung muss bei kurzen Freiheitsstrafen, insbesondere
2126 Ersatzfreiheitsstrafen, deutlich schlanker gestaltet werden, um nicht unnötig Ressourcen
2127 zu binden. Wir vermissen in der derzeitigen Gesetzgebung beim Erwachsenenvollzug ei-
2128 nen vernünftigen Ausgleich von Fördern und Fordern, weswegen wir die Arbeitspflicht im
2129 Erwachsenenstrafvollzug wieder einführen werden.

2130 Gleichzeitig wollen wir genügend Beamtinnen und Beamte im Allgemeinen Vollzugsdienst
2131 und in den Sozialen Diensten, um den anspruchsvollen Vorgaben des Behandlungsvollzugs
2132 gerecht werden zu können. Im Allgemeinen Vollzugsdienst gibt es Defizite bei der Perso-
2133 nalausstattung, die nicht zuletzt zu einer Überforderung und zunehmend höheren Krank-
2134 heitsbelastung der dort Beschäftigten geführt hat.

2135 Wir wollen die 24-monatige Ausbildung im Strafvollzug aufrecht erhalten und den berufli-
2136 chen Nachwuchs für den Allgemeinen Vollzugsdienst damit besser auf den Umgang mit
2137 zunehmend problematischeren Gefangenen vorbereiten.

2138 Die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs im Justizvollzug muss intensiviert werden,
2139 wozu unter anderem der Einsatz spezieller Drogenspürhunde einen wichtigen Beitrag leis-
2140 ten kann. Die EDV im Strafvollzug muss dringend verbessert werden. Zu viele Informatio-
2141 nen müssen derzeit mehrfach erhoben werden, was der optimalen Ressourcennutzung
2142 ebenfalls abträglich ist.

2143

2144 10. Gutes Leben im Miteinander der Generationen

2145 Jede Generation hat ihre eigenen Bedürfnisse und Herausforderungen. Aber keine Genera-
2146 tion kann ohne die andere leben. Wir müssen daher neben den spezifischen Bedürfnissen
2147 der einzelnen Generationen die Bedingungen für ein gutes Miteinander aller Generationen
2148 im Blick haben. Ohne ein gutes Miteinander, ohne gegenseitigen Respekt, Hilfe und Unter-
2149 stützung, wird eine Gesellschaft, in der alle gerne und gut leben können, nicht gelingen.

2150 Hierzu muss jeder beitragen und sein ganz persönliches Stück eigener Verantwortung tra-
2151 gen. Wir wollen gute Chancen, Perspektiven und Bedingungen sowohl für die Entwicklung
2152 jedes Einzelnen als auch für die Gesellschaft ermöglichen.

2153

2154 Familie

2155 Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft und zentrales Handlungsfeld christdemokrati-
2156 scher Politik. Wir schützen Familie als Institution und fördern sie in ihrer Entwicklung.

2157 Die lebenslange Gemeinschaft von Mann und Frau, verknüpft in der Ehe, ist nach unserer
2158 Überzeugung die beste Grundlage für die Institution Familie. Gleichwohl verdienen alle
2159 Formen des Zusammenlebens, die auf Dauer angelegt sind und auf wechselseitiger Verant-
2160 wortung, Respekt und Liebe basieren, unsere Anerkennung und Unterstützung. Jede Form
2161 gesellschaftlicher Vorurteile und Diskriminierung lehnen wir entschieden ab.

2162 Wir wollen Wahlfreiheit für Familien. Sie sollen über ihre Organisation frei entscheiden
2163 können. Daher sind wir offen für sämtliche Betreuungsmodelle, die dem Wohle des Kindes
2164 dienen. Wir begrüßen es, wenn sich ein Elternteil der Erziehung der Kinder bis zum dritten
2165 Lebensjahr widmet.

2166 Es wird:

- 2167 • in der Nachfolge des Betreuungsgeldes, **ein Landesfamiliengeld eingeführt**. So kön-
2168 nen wir jungen Familien wieder Wahlfreiheit zurückgeben. Kinderreiche Familien sollen
2169 aufgrund ihrer besonderen finanziellen Belastung ein höheres Landesfamiliengeld aus-
2170 bezahlt bekommen.

2171 Für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir qualifizierte und flexible
2172 Betreuungsangebote. Wir wissen um die besonderen Belastungen der verschiedenen Fami-
2173 lienformen. Neben den Herausforderungen Alleinerziehender wollen wir uns insbesondere
2174 auch um die ganz eigenen Bedürfnisse und Belange kinderreicher Familien kümmern.

2175 Gleichzeitig appellieren wir auch an die Wirtschaft, bessere Bedingungen für die Verein-
2176 barkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Dazu gehören flexiblere Arbeitszeiten und die
2177 Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf. Der Wechsel zwischen Familien- und Be-
2178 rufszeit muss fließender gestaltet werden können, Karrierebrüche gilt es zu vermeiden.

2179 Keine staatliche Institution kann die Familie in ihrer Verantwortung für die Entwicklung
2180 ihrer Kinder ersetzen. Trotzdem brauchen viele Familien in der immer komplexer werden-
2181 den Welt Unterstützung. Deshalb streben wir für die Familien Hilfe aus einer Hand an. Ins-
2182 besondere Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen brauchen ein solches Angebot. Nur
2183 fachlich gut beraten und unterstützt, können sie den individuell „richtigen“ Weg für und
2184 mit ihrem Kind gehen.

2185

2186 Familien unterstützen und entlasten

2187 Mehr als 70 % der Pflegebedürftigen werden von ihren Familien versorgt. Dies ist gelebter
2188 Zusammenhalt der Generationen. Pflegende und betreuende Familien brauchen Unter-
2189 stützung und Entlastung durch ambulante Hilfezentren, Angebote der Tages- oder Nacht-
2190 pflege, sowie Kurzzeit- und Verhinderungspflege, möglichst in der vertrauten Nachbar-
2191 schaft.

2192

2193 Gleichberechtigung

2194 Die Gleichberechtigung von Mann und Frau gehört zum Wertefundament unserer Demo-
2195 kratie, unseres Rechtsstaates und unser Verfassung.

2196 Ziel unserer Politik ist, für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen, gleiche Chancen zu
2197 schaffen und Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen. **Wir stehen für eine**
2198 **Gleichstellungspolitik, die Frauen und Männer gleichermaßen im Blick hat.** Dazu gehö-
2199 ren für uns gleiche Berufschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Lohngleichheit im Er-
2200 werbsleben, die Aufwertung der Familienarbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie
2201 und Beruf.

2202 Wir wollen auch weiter dafür werben, dass es eine bessere Durchmischung in typischen
2203 Männer- und Frauenberufen gibt. Auch der Aufstieg von Frauen in Führungspositionen
2204 und die **Besetzung von Gremien in Landesverantwortung** müssen weiter verbessert wer-
2205 den.

2206 **Wir werden uns für die Bekämpfung von jeglicher Form von Gewalt, die sich gegen**
2207 **Frauen und Kinder richtet, Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution und gegen Men-**
2208 **schenhandel stark machen,** diese Probleme konsequent bekämpfen, sowie Schutz und
2209 Hilfe für die Betroffenen gewährleisten. Wir treten für eine konsequente Strafverfolgung,

2210 gesellschaftliche Ächtung und gleichzeitig eine Unterstützung der Präventions- und Hilfs-
2211 angebote ein. Einrichtungen wie Frauenhäuser, Frauennotrufe, Schwangerschaftsbera-
2212 tungsstellen, Sucht- und Drogenberatungsstellen haben eine wichtige Funktion und müs-
2213 sen gestärkt werden.

2214

2215 Jugend

2216 Neben den professionellen Hilfestrukturen der erfahrenen Jugendverbände, insbesondere
2217 dem Landesjugendring, wollen wir die Vereine in Rheinland-Pfalz bei ihrer wichtigen För-
2218 derung von Kindern und Jugendlichen unterstützen. Über eine Vereinsmitgliedschaft der
2219 Jugendlichen wird oft die Basis für weitergehendes gesellschaftliches Engagement gelegt.
2220 Die CDU Rheinland-Pfalz wird sich für eine enge Zusammenarbeit und Verzahnung von
2221 Vereinsangeboten mit den Ganztagsbetreuungsangeboten in Schulen und Kindertages-
2222 stätten einsetzen.

2223 Die Beteiligung bei der konkreten Ausgestaltung der Jugendarbeit vor Ort ist unerlässlich.
2224 Viele Kommunen sind hier bereits auf einem guten Weg, z.B. mit Jugendparlamenten, Ju-
2225 gendtaxen oder Jugendräumen. Allerdings lässt die mangelhafte Finanzausstattung der
2226 Kommunen durch das Land wenig Spielraum.

2227 Junge Menschen brauchen Zeit, um sich ehrenamtlich zu engagieren. Nur so ist das eng-
2228 maschige Netz an Jugendangeboten und selbstgestalteten Zeiten und Räumen der Jugend
2229 dauerhaft aufrecht zu erhalten.

2230 Deshalb ist es ein großes Anliegen der CDU Rheinland-Pfalz, dass Ganztagsschulzeiten so
2231 flexibilisiert werden, dass ehrenamtliche Jugendarbeit auch unter der Woche noch möglich
2232 bleibt. Zudem muss ehrenamtliches Engagement mehr Berücksichtigung in Schule und
2233 Hochschule finden.

2234 Uns ist wichtig, Kinder und Jugendliche in der Jugendarbeit vor Übergriffen zu schützen.
2235 Allerdings wollen wir uns für ein unbürokratischeres Verfahren durch eine vernünftige
2236 Weiterentwicklung des § 72a SGB VIII einsetzen.

2237 Ehrenamt

2238 Das Ehrenamt ist die größte Bürgerinitiative unseres Landes. Ohne Engagement unserer
2239 Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden, im Sport und in den Vereinen ist unser gesell-
2240 schaftliches Zusammenleben nicht möglich. Wir wollen deshalb das Ehrenamt stärken.

2241 Wenn sich Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich engagieren, soll sich dies auch positiv in
2242 ihrem Beruf, in ihrem Studium oder ihrer Ausbildung auswirken: **Wir befürworten einen**
2243 **Verweis zum Thema Ehrenamt in den Schulzeugnissen, bei Bewerbungen oder beim**
2244 **Studium.**

2245 Auf jahrelanges Drängen der CDU wurde in Rheinland-Pfalz eine **Ehrenamtskarte** einge-
2246 führt. Doch hier gibt es noch zu viele Hürden und Vorgaben. Dazu ist für uns nicht allein
2247 die Zahl der geleisteten ehrenamtlichen Stunden entscheidend, sondern auch die Qualität
2248 der ehrenamtlichen Arbeit. Wir stehen deshalb für unbürokratische Lösungen direkt vor
2249 Ort im engen Schulterschluss mit den Vereinen.

2250 Auf nationaler Ebene wollen wir dafür streiten, dass sich das Land beim Bund für mehr
2251 Stellen im **Bundesfreiwilligendienst** einsetzt, weil es hier mehr Bewerbungen als Plätze
2252 gibt. Außerdem wollen wir die steuerlichen Belastungen wie Rundfunk- und Gema-Gebüh-
2253 ren für Vereine auf den Prüfstand stellen.

2254 Wir stehen zu einer Absenkung des Quorums bei Volksentscheid und Volksinitiative und
2255 werden das Verfahren bei diesen Beteiligungsmöglichkeiten hinsichtlich Fristen, Unter-
2256 schriftensammlung etc. im Sinne der Bürgerbeteiligung fortentwickeln.

2257

2258 **Senioren**

2259 Die demografischen Veränderungen in der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz sind schon
2260 jetzt deutlich spürbar. Die Leistungen, Fähigkeiten und Beiträge älterer Menschen in Wirt-
2261 schaft, Politik und Ehrenamt müssen besser als bisher erkannt, genutzt und gefördert wer-
2262 den. Beschränkungen beim Lebensalter, die Menschen von öffentlichen Funktionen oder
2263 bürgerschaftlichem Engagement ausschließen, müssen verändert werden. **Wir wenden**
2264 **uns entschieden gegen jede Form von Altersdiskriminierung.** Wir werden daher über-
2265 flüssige Altersgrenzen aus Landesgesetzen entfernen. Wir wollen die **Beschäftigung Älte-**
2266 **rer fördern**, indem altersgerechte Bildungs- und Weiterbildungsangebote im Rahmen ei-
2267 nes Landeskonzpts erstellt werden.

2268 Für eine möglichst lange selbständige Lebensführung muss die **Versorgung mit Gütern**
2269 **des täglichen Bedarfs** gesichert sein, ebenso ist ein seniorengerechtes Angebot an woh-
2270 nortnahen Dienstleistungen erforderlich. Insbesondere den ländlichen Raum werden wir
2271 dabei unterstützen, Fahrdienste sowie Bring- und Holdienste zu organisieren, wenn kein

2272 ÖPNV vorhanden ist. Notwendig sind auch Alltagshilfen. Wir werden daher das beste-
2273 hende Beratungsangebot durch zugehende bzw. aufsuchende Hilfen ergänzen.

2274 Der zunehmenden **Kriminalität** stehen Seniorinnen und Senioren oft hilflos gegenüber, z.
2275 B. bei Haustür- und Telefongeschäften, dem „Enkeltrick“, oder Online-Betrügereien. Die
2276 Präventionsarbeit der Polizei mit gut erreichbaren **Beratungsstellen** muss flächendeckend
2277 sichergestellt werden. Damit ältere Menschen über ihre Rechte als Verbraucher besser in-
2278 formiert sind, soll die **Verbraucherzentrale** Rheinland-Pfalz für seniorengerechte Verbrau-
2279 cherinformationen sorgen.

2280 Die Seniorenpolitik soll in einer CDU-geführten Landesregierung hohen Stellenwert erhal-
2281 ten. Deshalb werden wir einmal in jeder Wahlperiode einen **Seniorenbericht** erstellen, der
2282 eine umfassende Übersicht über die Lebenssituation von älteren Menschen in Rheinland-
2283 Pfalz gibt.

2284

2285 Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen

2286 Für jeden Menschen ist ausreichender und bezahlbarer Wohnraum ein Grundbedürfnis.
2287 Vor dem Hintergrund der Inklusion behinderter und der Zunahme älterer Menschen müs-
2288 sen Barrieren vermieden werden.

2289 Der Neubau und die Renovierung von Wohnraum müssen finanziell gefördert werden. Da-
2290 bei sind soziale Aspekte wie das Zusammenleben verschiedener Generationen, Senioren-,
2291 Betreuungs- oder auch Pflege-Wohngemeinschaften zu berücksichtigen. Auch wegen der
2292 Zuwanderung muss möglichst kurzfristig für zusätzlichen Wohnraum gesorgt werden. Wir
2293 brauchen eine schnelle und verbilligte Aktivierung / Bereitstellung von Bauland und Lie-
2294 genschaften durch Bund, Länder und Kommunen. Dabei bevorzugen wir grundsätzlich eine
2295 dezentrale Unterbringung der den Kommunen zugewiesenen Flüchtlinge. Sie erhöht die
2296 Chancen der Integration.

2297

2298 Behinderte Menschen gehören dazu

2299 Wir setzen uns ein für die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention. Unser Ziel ist
2300 die bestmögliche Entfaltung der Fähigkeiten jedes Einzelnen um ein möglichst selbständi-
2301 ges und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Dies schließt eine gelingende Inklusion

2302 in Kita, Schule und in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt genauso ein wie in das gesell-
2303 schaftliche Leben. Menschen mit schweren mehrfachen Behinderungen und sehr begrenz-
2304 ten Fähigkeiten haben Anspruch auf fördernde Lebens- und Wohnbedingungen.

2305 Partner in der Behindertenhilfe brauchen verlässliche, klare und planbare Grundlagen für
2306 ihre Arbeit. Die Reform der Eingliederungshilfe ist im Bund voranzutreiben und auf Lan-
2307 desseite zielgerichtet umzusetzen.“

2308

2309 Gesundheit und ambulante Versorgung

2310 Die größte Herausforderung wird auch in unserem Land die bedarfsgerechte und qualitativ
2311 hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung, auch in den ländlichen Regionen,
2312 sein. Dabei muss dem Ärzte- und Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

2313

2314 Ambulante Versorgung

2315 Wir streben eine flächendeckende Versorgung mit ambulanten Gesundheitsdienstleistun-
2316 gen an. Die Formen der Angebote müssen so vielfältig sein wie die Berufswünsche der
2317 künftigen Ärztinnen und Ärzte. Hierzu werden wir effektive Förderprogramme entwickeln.

2318 **Es werden:**

- 2319 • Anreize entwickelt, um Ärzte zur Niederlassung in unterversorgten Regionen zu bewe-
2320 gen. Das bedeutet nicht nur finanzielle Förderung, sondern auch attraktivere Lebens-
2321 und Arbeitsbedingungen am Praxisstandort.
- 2322 • die Betreuung vor Ort mit Hilfe von Hausbesuchen durch ärztliche Assistenzkräfte un-
2323 ter Nutzung von moderner Telemedizin verbessert und damit insbesondere den älteren
2324 Bürgerinnen und Bürgern den Weg zur Praxis erspart.
- 2325 • mit dem gleichen Ziel auch der Ausbau grenzüberschreitender Versorgungskonzepte
2326 mit unseren Nachbarstaaten und flexible Sprechstundenlösungen in Räumlichkeiten
2327 der Kommunen ermöglicht.

2328

2329 Medizinische Versorgung auf dem Land

2330 Es wird immer schwieriger die ärztliche Versorgung auf dem Land zu gewährleisten. Im
2331 Hinblick auf weiter sinkende Einwohnerzahlen in ländlich strukturierten Gebieten ist das
2332 eine Kernherausforderung einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik.

2333 Durch eine intelligente Vernetzung wollen wir allen Ärzten, Pflegern, Apothekern und
2334 Therapeuten langfristige Perspektiven aufweisen, die es attraktiv machen, sich um die me-
2335 dizinische Versorgung auf dem Land zu kümmern. Aber nicht nur Ärzte oder Pfleger wer-
2336 den benötigt: Es braucht auch Medienkompetenz bei der oft älteren Bevölkerung auf dem
2337 Land, um die dann gebotenen Möglichkeiten zu nutzen. Der Ausbau der Medienkompe-
2338 tenz – gerade von älteren Menschen – ist unabdingbar. So können diese sich selbst helfen,
2339 indem sie schnell und unkompliziert die medizinische Versorgung in unmittelbare Nähe
2340 nutzen können.

2341

2342 Krankenhausbereich

2343 Wir bekennen uns ausdrücklich zur Verpflichtung des Landes, die Investitionskosten für
2344 unsere Krankenhäuser zu sichern. Deshalb werden wir dieses nach und nach bedarfsorien-
2345 tiert auf ein auskömmliches Niveau anheben. Wir wollen auch in Zukunft noch Kranken-
2346 häuser der Grundversorgung in für die Menschen erreichbarer Nähe. Diese sollen im Be-
2347 darfsfall auch als Gesundheitszentren Teile der ambulanten Versorgung leisten.

2348

2349 Flächendeckender Ausbau von Palliativmedizin und Hospizen

2350 Rheinland-Pfalz ist ein Flächenland, dies stellt für eine adäquate hospizliche Begleitung
2351 und Palliativversorgung von Menschen in ihrer letzten Lebensphase eine besondere Her-
2352 ausforderung dar. Die jetzige Situation in unserem Bundesland ist, wie auch eine Große
2353 Anfrage der CDU-Landtagsfraktion 2014 offenbart hat, noch unbefriedigend.

2354 Was wollen wir verbessern? Wir wollen vor allem den Ausbau der ambulanten Hospiz- und
2355 Palliativversorgung vorantreiben. Das ehrenamtliche Engagement soll durch eine verlässli-
2356 che und angemessene Entlohnung sowie eine Werbekampagne gefördert und ausgebaut
2357 werden. Insbesondere soll auch die Fortbildung von Hausärzten im Bereich der Palliativ-

2358 medizin intensiviert werden. Wo es notwendig ist, sollen die Ärzte durch Palliativkoordina-
2359 toren unterstützt werden, um ihnen so die notwendige Zeit für die Patientenbetreuung zu
2360 geben.

2361

2362 Ausbildung und Fortbildung

2363 Wir werden die Ausbildungsplätze in der Humanmedizin erhöhen und ein Stipendienpro-
2364 gramm anbieten, das **finanzielle Unterstützung für Medizinstudenten** vorsieht, wenn sie
2365 sich verpflichten, nach abgeschlossenem Studium eine Weiterbildung zum Facharzt für All-
2366 gemeinmedizin zu absolvieren und anschließend als Hausarzt in Rheinland-Pfalz, außer-
2367 halb bestimmter Städte, zu arbeiten. Dabei werden wir uns mit der Ärzteschaft abstimmen.

2368

2369 Schutz des ungeborenen Lebens und Hilfe für Schwangere

2370 Zum Schutz des ungeborenen Lebens und zur Unterstützung von Frauen in schwierigen
2371 Lagen in und nach der Schwangerschaft werden wir ein flächendeckendes, plurales Ange-
2372 bot in der Schwangerschaftsberatung sicherstellen.

2373

2374 Prävention

2375 Prävention und Gesundheitsförderung sind – neben medizinischer Behandlung, Rehabilita-
2376 tion und Pflege – unverzichtbare Bausteine für gute Gesundheit und ein langes Leben. Sie
2377 tragen dazu bei Wohlbefinden, Mobilität und Lebensqualität zu erhalten und zu verbes-
2378 sern. Wir werden daher gemeinsam mit Experten eine **Gesamtstrategie „Gesundes Altern
2379 in Rheinland-Pfalz“** erstellen.

2380

2381 Pflege ist anspruchsvoll und vielfältig

2382 Für uns steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Wünschen, mit seiner unveräußerli-
2383 chen Menschenwürde und mit seinem Recht auf Selbstbestimmung im Mittelpunkt.

2384 Zu diesen vielfältigen und ganz individuellen Vorstellungen vom eigenen Leben brauchen
2385 wir vielfältige Angebote. Vom Mehrgenerationen – Wohnen und betreutem Wohnen bis
2386 hin zur Rundum-Versorgung. Bei dem notwendigen Ausbau bauen wir auf die Kompetenz
2387 und Erfahrung zahlreicher öffentlicher, verbandlicher, kirchlicher und privater Anbieter,

2388 genauso wie z.B. auf private Initiativen Betroffener in unserem Land. **Die CDU Rheinland-**
2389 **Pfalz will für die Betroffenen im Land gute, vielfältige und verlässliche Pflege-, Betreu-**
2390 **ungs- und Unterstützungsangebote sicherstellen.**

2391

2392 Fachkräfte gewinnen

2393 Zahlreiche Stellen in der Altenpflege bleiben heute schon unbesetzt. Wir werden alles da-
2394 ran setzen, die Beschäftigung in der Pflege zu verbessern, u.a. durch

- 2395 • Ausbau der Ausbildungskapazitäten, um die Anzahl der Pflegekräfte dem wachsenden
2396 Bedarf anzupassen
- 2397 • Unterstützung der Berufsrückkehr
- 2398 • Verbesserung der Rahmenbedingungen z.B. durch Reduzierung der Bürokratie
- 2399 • Schnellere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen

2400

2401 Vielfalt braucht Orientierung und Schutz

2402 Damit die Menschen aus dem vielfältigen Angebot eine gute Auswahl treffen können, wer-
2403 den wir uns für klare Qualitätsanforderungen und einen sinnvollen, verbraucherfreundli-
2404 chen **Pflege-TÜV** einsetzen. Die Freiheit im Ausbau der Strukturen und ein verlässlicher
2405 Schutz für die pflege- und betreuungsbedürftigen Menschen gehören für uns zusammen.

2406

2407 11. Lebenswerte Kommunen

2408 Rheinland-Pfalz ist Heimat von rund vier Millionen Menschen. Mehr als 2000 Orts- und
2409 Verbandsgemeinden, Kreise und Städte mit ihren Bürgern und Gemeinderäten, ihren Orts-
2410 bürgermeistern, Bürgermeisterinnen und Landräten bilden das Rückgrat für die Gestaltung des
2411 gesellschaftlichen Lebens in unserem Land. Nirgendwo sind Legitimations- und Entschei-
2412 dungsebene näher am Bürger als in den Kommunen. Die CDU setzt großes Vertrauen in
2413 die Fähigkeiten und Kompetenzen der Verantwortungsträger vor Ort.

2414 Die Kommunen müssen einen Gestaltungsspielraum haben, der über die bloße Erfüllung
2415 von Pflichtaufgaben hinausreicht.

2416 Der Handlungsspielraum der Kommunen ist unter Rot-Grün deutlich zurückgegangen:
2417 durch die Übertragung von immer neuen Pflichtaufgaben, durch fehlende finanzielle Mittel,
2418 durch ein enges Korsett von Vorschriften. Nach 25 Jahren sozialdemokratisch geführter
2419 Landesregierungen ist die finanzielle Situation der rheinland-pfälzischen Kommunen de-
2420 saströs. Trotz des Urteils des Verfassungsgerichtshofs, das eine ausreichende finanzielle
2421 Ausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise durch das Land eingefordert hat, be-
2422 finden sich auch heute noch unter den 20 höchstverschuldeten Städten in Deutschland alle
2423 sieben großen Städte aus Rheinland-Pfalz. Eine mangelnde Finanzausstattung der Kommu-
2424 nen – wie sie sich derzeit mit rund 6,5 Mrd. € an Kassenkrediten darstellt – erstickt nach-
2425 haltige Initiativen im Keim und bringt auf Dauer ehrenamtliches Engagement zum Erlie-
2426 gen. Das ist das Ergebnis von 25 Jahren SPD-geführter Landesregierung.

2427 **Es wird:**

- 2428 • wieder Handlungsspielräume für die Kommunen geben. Wir setzen dabei auf Konnexi-
2429 tät und Subsidiarität.
- 2430 • den Kommunen zukünftig keine zusätzlichen Aufgaben mehr zugewiesen werden,
2431 wenn damit nicht auch eine kostendeckende Finanzierung verbunden ist.
- 2432 • eine sichere und auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen geben
- 2433 • ein konsequenter Schuldenabbau betrieben, damit wieder Handlungsfähigkeit herge-
2434 stellt wird
- 2435 • eine zeitnahe Auszahlung von Landeszuschüssen zur Vermeidung teurer Vorfinanzie-
2436 rungen geben

2437 Der ländliche Raum braucht Zukunft

2438 Unsere Dörfer und kleinen Städte bieten ihren Einwohnern ein hohes Maß an Mitgestal-
2439 tungsmöglichkeiten. Eine hohe Eigenheimquote, reges Vereinsleben, intakte soziale Struk-
2440 turen verbunden mit einem Leben in unserer Natur- und Kulturlandschaft tragen zu einer
2441 hohen Lebensqualität auf dem Land bei. Allerdings macht der demografische Wandel ge-
2442 rade vor den Dörfern nicht halt. Er wird in einigen Regionen durch den Wegzug junger, gut
2443 qualifizierter Menschen in die Ballungsräume verstärkt.

2444 Der ländliche Raum muss gleichwertiger Bestandteil der Gesellschaft bleiben. **Dazu benö-**
2445 **tigen wir ein Bündel an Maßnahmen:**

- 2446 • Vollversorgung mit leistungsfähigen Breitbandnetzen mit mindestens 50 Mbit/s
- 2447 • Instandsetzung aller Landesstraßen und wichtiger Eisenbahntrassen
- 2448 • Lücken in unserem Verkehrswegenetz müssen geschlossen werden
- 2449 • Sicherung unserer Unternehmenskultur durch die Förderung kleiner und mittelständi-
2450 scher Unternehmen
- 2451 • Erhalt kleiner Schulstandorte durch Kooperationen
- 2452 • Volle Ausschöpfung der EU-Förderinstrumente sowie der Mittel, die bei der von der
2453 Bundesregierung geplanten Ausweitung und Aufstockung der **Gemeinschaftsaufgabe**
2454 **Agrarstruktur und Küstenschutz** für Rheinland-Pfalz vorgesehen sind

2455 Es wird ein **Masterplan „Stärkung des ländlichen Raums“** erstellt.

2456

2457 Kommunal- und Verwaltungsreform, bürgernahe Verwaltung.

2458 Die Gemeinde ist mehr als eine technische Verwaltungseinheit. Sie ist für die Menschen,
2459 die dort leben Heimat. Eine Verwaltungsreform darf deswegen nicht mit der Diskussion
2460 über Größen und Grenzen von Gemeinden beginnen. Ziel einer Kommunal- und Verwal-
2461 tungsreform muss eine effiziente und bürgernahe Verwaltung sein.

2462 Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sowie der fortschreitenden Digita-
2463 lisierung macht die Überprüfung der aktuellen Verwaltungs- und Gebietsstrukturen Sinn.
2464 Dabei können regionale Unterschiede und Kleinteiligkeit durchaus auch Stärken darstel-
2465 len. Es darf nicht darum gehen, das Land mit einer einheitlichen Schablone zu überziehen,

2466 sondern die jeweils passende Struktur zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit zu finden. Die
2467 rot-grüne Landesregierung hat versucht, ohne schlüssiges Konzept diese Struktur zu ver-
2468 ändern. Dies hat viel Unmut geschaffen, aber keine Probleme gelöst.

2469 Im Zuge dieses Prozesses gilt es zunächst eine **umfassende Aufgabenkritik** durchzuführen.
2470 **Es werden:**

- 2471 • Doppelstrukturen aufgelöst
- 2472 • Verwaltungsabläufe verschlankt
- 2473 • die Entscheidungsebene möglichst nah bei den Menschen angesiedelt.

2474 Erst im Anschluss daran können schlüssige Gebietsveränderungen stehen. Hierbei gilt es,
2475 die unterschiedlichen Verhältnisse im städtischen und ländlichen Bereich zu beachten und
2476 gute Bedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

2477 Ein weiterer Ansatz kann die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung durch mehrere Kommu-
2478 nen sein. Hier bieten sich vor allem in der Beziehung zwischen einer Stadt und einer umlie-
2479 genden Verbandsgemeinde oder zwischen kreisfreien Städten und umliegenden Landkrei-
2480 sen vielfältige Möglichkeiten.

2481 Bei allen Überlegungen zur Verwaltungsreform dürfen wir die Qualität und die Finanze-
2482 rung der Verwaltungsleistung nicht aus den Augen verlieren. Unser wichtigstes Ziel ist
2483 Qualität für die Menschen. Das schließt einen bürgernahen Service und einen in jeder Hin-
2484 sicht barrierearmen Zugang zu Verwaltungsleistungen – vor Ort und im Internet – ein.

2485

2486 Lokale Demokratie stärken

2487 In den Kommunen wird Demokratie für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erlebbar
2488 und hier wird sie vor allem von vielen Bürgerinnen und Bürgern – etwa durch die Über-
2489 nahme eines Ratsmandats – unmittelbar gelebt. Voraussetzung dafür ist, dass der politi-
2490 sche Gestaltungsspielraum der Kommunen erhalten bleibt bzw. dass er dort, wo er durch
2491 finanzielle und andere Zwänge, wie die Ausstattung durch das Land, eingeschränkt ist,
2492 wiederhergestellt wird. Die lokale Demokratie wird langfristig gefährdet, wenn die Über-
2493 nahme eines Ratsmandats immer unattraktiver wird, weil es für die Ratsgremien immer
2494 weniger zu gestalten und zu entscheiden gibt.

2495 **Es wird:**

- 2496 • wieder eine Sperrklausel eingeführt, um die Arbeitsfähigkeit der gewählten Räte zu er-
2497 halten. Diese könnte nach unseren Vorstellungen bei 2,5 % liegen.

2498 Die vielen ehrenamtlich tätigen Räte in den Gemeinden, Städten und Landkreisen sind
2499 eine der größten Bürgerinitiativen des Landes. Die Verantwortung, die hier langfristig
2500 übernommen wird, lässt sich durch neue Formen des – oftmals punktuellen – bürger-
2501 schaftlichen Engagements ergänzen, aber keineswegs ersetzen.

2502 Umfassende Information ist dabei die Grundlage für eine qualifizierte Diskussion. Die Re-
2503 duktion komplexer Sachverhalte auf eine einfache Ja-/Nein-Frage ist dagegen oft wenig
2504 hilfreich. Gute Bürgerbeteiligung beginnt mit der Information und schafft über eine aus-
2505 differenzierte Diskussion, bei der alle relevanten Aspekte berücksichtigt werden, eine Ent-
2506 scheidungsgrundlage für die gewählten Gremien.

2507

2508 *Ausbau der Bürgerbeteiligung – Sicherstellung der demokratischen Legitimation*

2509 Bürgerbeteiligung steht für uns nicht im Widerspruch zur bewährten und weniger den je-
2510 weiligen aktuellen Stimmungsschwankungen unterworfenen parlamentarischen Demokra-
2511 tie; eine stärkere Beteiligung des Volkes nicht nur bei Wahlen, sondern auch an wichtigen
2512 politischen Entscheidungen kann die parlamentarische Demokratie ergänzen und stärken.
2513 Dies wird etwa erlebbar bei umstrittenen Infrastrukturvorhaben, die unser Land jedoch
2514 auch in Zukunft braucht. Durch mehr Teilhabe der Betroffenen bei solchen Projekten und
2515 vorausgehenden Festlegungen können im Idealfall die Akzeptanz verbessert und Verzöge-
2516 rungen bei der Realisierung verringert werden. Allerdings muss die letzte Entscheidung bei
2517 den gewählten Gremien liegen.

2518 Wir erwarten, dass die kommunal Verantwortlichen im Haupt-und Ehrenamt sich der ge-
2519 setzlich zur Verfügung gestellten Instrumente zur stärkeren Einbeziehung der Bürgerinnen
2520 und Bürger bedienen, halten aber eine weitergehende gesetzliche Festlegung derzeit nicht
2521 für erforderlich.

2522 Eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunal-und Landtagswahlen und bei Verfahren der
2523 Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene lehnen wir ab. Nach unserer Auffassung wäre
2524 jede Altersgrenze unterhalb der Volljährigkeit willkürlich. Auch für eine Ausweitung des

2525 Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger und -Bürgerinnen sehen wir – von verfassungsrechtlichen
2526 Hürden abgesehen – keine Veranlassung.

2527

2528 Sozialen Ausgleich organisieren

2529 Viele Kommunen in Rheinland-Pfalz leiden unter überbordenden Sozialausgaben. Andere
2530 profitieren von über überdurchschnittlich hohe Einnahmen aus der Einkommensteuer.

2531 Für strukturschwache Kommunen und für Kommunen mit besonderen demografischen
2532 Herausforderungen wird es immer schwieriger, einen sozialen Ausgleich zu organisieren
2533 oder Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit zu tätigen. Hier entsteht ein Teufelskreis
2534 aus schlechter Wirtschaftslage, schwieriger Sozialstruktur, hohen Sozialausgaben und
2535 niedrigen Einnahmen sowie abnehmender Standortattraktivität und schlechter werdender
2536 Infrastruktur. Dadurch ist mittelfristig die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in
2537 Rheinland-Pfalz bedroht.

2538 **Es wird:**

- 2539 • ein Auseinanderdriften des Landes in arme und reiche Kommunen verhindert
- 2540 • das System der interkommunalen Finanzbeziehungen und der Finanzbeziehungen zwi-
2541 schen Land und Kommunen auf den Prüfstand gestellt.
- 2542 • ein besonderes Augenmerk auf die Finanzierung der Soziallasten gelegt

2543

2544 Kultur

2545 Laut Kulturfinanzbericht 2014 liegt Rheinland-Pfalz bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur
2546 bundesweit an vorletzter Stelle. Unter der SPD-geführten Landesregierung ist die Kultur-
2547 politik zu einer Randerscheinung der Landespolitik geworden. Das Land gibt noch nicht
2548 einmal halb so viel Geld für Kultur aus wie Sachsen – und das bei fast gleicher Einwohner-
2549 zahl! Zudem gängelt Rot-Grün die Kulturschaffenden mit bürokratischen Hürden durch die
2550 komplizierte Beantragung von Fördermitteln für Projekte.

2551 Projektförderung und institutionelle Förderung in angemessenes Verhältnis bringen

2552 Die Kulturförderung in Rheinland-Pfalz ist in starkem Maße projektbezogen. Den Kulturak-
2553 teuren fehlt deshalb Planungssicherheit, dafür müssen sie erhebliche finanzielle Risiken

2554 eingehen. In vielen Felder der Kulturpolitik hat sich rot-grüner Dirigismus breitgemacht. Es
2555 fehlt ein Konzept für Kulturförderung und -entwicklung.

2556 **Es wird:**

- 2557 • eine ausgewogene Mischung von projektbezogener und institutioneller Förderung er-
2558 möglicht.
- 2559 • einen verlässlichen Rahmen für Kunst- und Kulturschaffenden für eine bestmögliche
2560 Entfaltung ihrer Potenziale geschaffen.
- 2561 • eine auskömmliche Förderung mit prozentualer Koppelung der Landeszuschüsse an die
2562 Entwicklung der Personalkosten in den unterschiedlichen Kultureinrichtungen ange-
2563 strebt

2564

2565 Kultur verbindet und schafft Integration

2566 Kultur ist ein Band zwischen den Menschen und damit ein zentraler Baustein für eine ge-
2567 lingende Integration. Kulturarbeit trägt zur Identifikation mit unserer Gesellschaft bei.
2568 Dieser Aspekt erlangt im Hinblick auf die Flüchtlingsströme immer größere Bedeutung.
2569 Die Kultur vermag, ähnlich wie der Sport, ein Wir-Gefühl zu erzeugen und Abgrenzung ent-
2570 gegen zu wirken. Kultur fördert ebenso die Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat.
2571 Lebendige Kultur ist Ausdruck der Seele einer Region. Deshalb legen wir einen Schwer-
2572 punkt auf die Gestaltung und Entwicklung der Kultur vor Ort. Kulturpolitik ist für uns kein
2573 behördlicher Akt von oben, sondern das Ergebnis eines offenen und transparenten Prozes-
2574 ses. Eine fachliche Einbindung der kulturellen Verbände, wie des Landesmusikrates, des
2575 Landesverbandes professioneller freier Theater oder des Berufsverbandes Bildender
2576 Künstler führen zu mehr Qualität und Professionalität.

2577

2578 **Es wird:**

- 2579 • den Kommunen ermöglicht, Kunst und Kultur angemessen zu fördern
- 2580 • ein Kulturkonvent einberufen und im Dialog mit allen Akteuren der Kultur werden
2581 neue Impulse für die Strukturen der Kulturförderung gesetzt.

2582 **Unser Ziel: Mehr Freiheit, mehr Profil, mehr Beteiligung, mehr Eigenverantwortung!**

2583

2584 **Infrastruktur, Verkehr und Kommunikation**

2585 Die Gewährleistung eines funktionsfähigen ÖPNV stellt vor dem Hintergrund zurückge-
2586 hender Schüler- und Bevölkerungszahlen eine besondere Herausforderung dar. Dies gilt
2587 auch für die kommunale Versorgung mit schnellem Internet für Privathaushalte und Ge-
2588 werbebetriebe.

2589 **Es wird:**

- 2590 • neue Wege im ÖPNV wie Bürgerbusse, Ruftaxis, Car-Sharing-Modelle oder die Erpro-
2591 bung von Bürgertickets geben
- 2592 • eine flächendeckende Breitbandversorgung – insbesondere in den ländlichen Räumen
2593 – ermöglicht

2594

2595 **Kirchen und Religionsgemeinschaften sind wichtige Partner**

2596 Die Freiheit der Religionsausübung ist ein wichtiges Gut. Die christlichen Kirchen und an-
2597 erkannten Religionsgemeinschaften sind wichtige Dialogpartner und Stützen des Gemein-
2598 wohls. Im verfassungsrechtlich garantierten bekenntnisorientierten Religionsunterricht
2599 kommt ihnen eine verantwortungsvolle Bildungsaufgabe zu. Dies gilt auch für islamischen
2600 Religionsunterricht, der in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht erteilt
2601 wird. Gleiches gilt auch für seelsorgerliche Dienste in staatlichen Einrichtungen wie etwa
2602 der Klinik- und Gefängnisseelsorge. Als Träger sozialer und caritativer Einrichtungen, in
2603 denen gegenseitige Achtung, Menschenwürde, Bewahrung der Schöpfung und Nächsten-
2604 liebe das Miteinander prägen sollen, leisten die christlichen Kirchen zentrale gesellschaftli-
2605 che Aufgaben.

2606 Vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation und der großen Aufgabe der Integration so
2607 vieler Menschen in unsere Gesellschaft, besteht auch für die Kirchen und Religionsgemein-
2608 schaften in Rheinland-Pfalz eine besondere Verantwortung. Hier gilt es, dass auf allen poli-
2609 tischen Ebenen die Verantwortungsträger durch eine gute Vernetzung mit den Verant-
2610 wortlichen der kirchlichen Hilfswerke wie Caritas, Diakonie und anderen kirchlichen und
2611 religiös geprägten Organisationen und Vereinen die gemeinsamen Hilfen koordinieren.

2612 Die Beibehaltung des bestehenden Kirchensteuersystems sichert die Unabhängigkeit der
2613 Kirchen vom Staat und ermöglicht die Übernahme vieler Dienste des Allgemeinwohls. Die

2614 CDU bekennt sich klar zu ihren christlichen Wurzeln und zum Dialog mit den jüdischen Ge-
2615 meinden und islamischen Verbänden.

2616

2617 Sport in Rheinland-Pfalz: Wir fordern einen Pakt für unser Land

2618 Sport hat eine enorme Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ebenso für die
2619 individuelle Entwicklung jedes einzelnen. Die Sportpolitik der CDU in Rheinland-Pfalz un-
2620 terstützt den Sport in seiner ganzen Vielfalt. Eine verlässliche Förderung der Vereine und
2621 der dort hauptamtlich und ehrenamtlich Tätigen ist das wesentliche Ziel.

2622 Gemeinsam müssen Land, Kommunen, Sportverbände und Vereine die Zukunft des Sports
2623 in einem Pakt für Rheinland-Pfalz gestalten. Dazu gehört der Kampf gegen den Stunden-
2624 ausfall in den Schulen genauso wie die Sanierung zahlreicher Sportstätten im Land. Auch
2625 eine Förderung des Schwimmsports in den Schulen und eine Stärkung der Jugendarbeit
2626 beispielsweise durch neue Konzepte für die Bundesjugendspiele müssen angegangen wer-
2627 den. Ebenso ist eine Förderung der verstärkten Zusammenarbeit der Schulen und des
2628 Hochschulsports mit örtlichen Sportvereinen und Sportveranstaltungen notwendig. Auch
2629 die länderübergreifende Spitzensportförderung muss ausgebaut werden.

2630 Wir wollen dem Sport im Land wieder den Stellenwert geben, den er verdient: Jeder dritte
2631 Rheinland-Pfälzer im Land engagiert sich in einem der 6300 Vereine mit mehr als 1,5 Milli-
2632 onen Mitgliedern. Deshalb wollen wir analog zum Vorbild des Kultursommers einen Sport-
2633 sommer ins Leben rufen, bei dem landesweit die vielen tausend Ehrenamtlichen ihren Ver-
2634 ein und ihren Sport präsentieren können: Sei es beispielsweise durch gemeinsame Veran-
2635 staltungen in den Kommunen, sei es durch Tage der Offenen Tür oder einem „Tag des
2636 Sports“ in den Schulen. Der Kultursommer bleibt natürlich in seiner jetzigen Form erhalten
2637 und wird keineswegs ersetzt.

2638

2639 **Es wird:**

- 2640 • die Förderung des Breitensports gestärkt: Dabei steht die Sanierung von Sportstätten
2641 und Schwimmbädern im Mittelpunkt
- 2642 • die Stärkung des Schulsports und der Abbau des Stundenausfalls angepackt
- 2643 • eine bessere Schwimmausbildung in Schulen und Vereinen gefördert

- 2644 • die Arbeit der Sportvereine stärker in die Ganztagschulkonzepte eingebunden
- 2645 • den Vereinen bei der Umsetzung der Inklusion geholfen: Integration und Barrierefrei-
- 2646 heit im Sport werden gefördert
- 2647 • die Einführung einer Profilquote für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler bei der
- 2648 Hochschulzulassung eingeführt

2649

2650 12. Gute Nachbarschaft und Europa – Rheinland-Pfalz in der Mitte Europas

2651 Europa sichert uns heute Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität, Frieden und Wohlstand.
2652 Die Europäische Union ist deshalb gleichermaßen Anziehungspunkt und Vorbild für an-
2653 dere Weltregionen. Freiheit, Frieden und Wohlstand müssen aber jeden Tag neu errungen
2654 werden, denn die Globalisierung, die Konflikte und die Instabilität in benachbarten Regio-
2655 nen stellen Europa vor große Herausforderungen.

2656 Die CDU Rheinland-Pfalz ist überzeugt, dass europäische Politik auch in Zukunft nur er-
2657 folgreich sein wird, wenn zwei zentrale Prinzipien gelten: Subsidiarität – jeder muss bei
2658 sich selbst anfangen und das Mögliche tun – und Solidarität – wir müssen uns aufeinander
2659 verlassen können. Unser Bundesland profitiert wie kaum eine andere Region von der euro-
2660 päischen Einigung. Rheinland-Pfalz führt 60 % seiner Exporte in die EU-Nachbarstaaten
2661 aus. Mehr als 50.000 Rheinland-Pfälzer pendeln tagtäglich zur Arbeit in unsere Nachbarre-
2662 gionen und für zehntausende Menschen aus den Nachbarregionen ist Rheinland-Pfalz als
2663 Arbeitsmarkt attraktiv.

2664

2665 Bildung und Lernen in Europa – Sprache und Kultur des Nachbarn kennenlernen

2666 Deutsch und Französisch prägen unsere Großregion. Daher muss die Förderung der „Spra-
2667 che des Nachbarn“ bereits im Vorschulalter beginnen und in allen Schulen der grenznahen
2668 Regionen des Landes aufeinander aufbauend konsequent weitergeführt werden. Der zwei-
2669 sprachigen Schulbildung kommt dabei eine ergänzende Rolle zu. Das gilt auch für Bildung
2670 in Landeskunde und Kultur unserer Nachbarländer.

2671 **Es werden:**

- 2672 • in Rheinland-Pfalz weitere Europaschulen ausgewiesen.

- 2673 • die Zahl doppelqualifizierende Schulabschlüsse wie z.B. „Abibac“ steigern, denn diese
2674 Abschlüsse sind im deutsch-französischen Kontext von großer Bedeutung

2675

2676 Flucht, Vertreibung und Migration im Schulunterricht

2677 Große Wanderungsbewegungen haben vielfältige Ursachen. Einst war es der Hunger, der
2678 viele Menschen aus der Pfalz zur Auswanderung nach Amerika getrieben hat. Es war die
2679 Vertreibung durch die sozialistischen Regime in Osteuropa, die Millionen unserer Lands-
2680 leute ihrer Heimat beraubt hat. Heute erleben wir erneut, dass Millionen Menschen ihre
2681 Heimat verlassen und bei uns Schutz suchen. Vertreibung ist noch immer ein Mittel der
2682 Politik menschenverachtender Regime. Die Erinnerung, dass auch das deutsche Volk einst
2683 Opfer von Vertreibungen war, lehrt uns, heute den Menschen zu helfen, die zu uns fliehen.

2684 **Es werden:**

- 2685 • die Ursachen und Auswirkungen von Migrationsbewegungen angemessen im Schulun-
2686 terricht behandelt und in den Lehrplänen verankert.
- 2687 • die Erinnerung an das Schicksal der Vertriebenen wach gehalten und ein Gedenktag für
2688 Flucht und Vertreibung nach dem Vorbild der Länder Bayern, Hessen und Sachsen ein-
2689 geführt.

2690

2691 Zusammenarbeit der Hochschulen in den Grenzregionen verbessern

2692 Grenzüberschreitende und europäische Studien- und Lehrangebote sollen verbessert und
2693 die grenzüberschreitende Forschungslandschaft gestärkt werden.

2694 Die CDU Rheinland-Pfalz wird die Zusammenarbeit der Hochschulen in der Großregion
2695 verbessern.

2696 **Es wird:**

- 2697 • den grenzüberschreitenden Verbund „Universität der Großregion – UniGR“ weiter aus-
2698 gebaut und zur **Denkwerkstatt der Großregion** weiterentwickelt.
- 2699 • im Gespräch mit unseren europäischen Nachbarn eine Stärkung der Zweisprachigkeit –
2700 Deutsch und Französisch – auf beiden Seiten der Grenze gewonnen.

2701

2702 Europäischer Arbeitsmarkt

2703 Als Beitrag gegen den drohenden Fachkräftemangel möchten wir gemeinsam mit den Part-
2704 nern in Belgien, Luxemburg und Frankreich arbeitslosen Jugendlichen in der Großregion
2705 die Möglichkeit zu einer Ausbildung in Rheinland-Pfalz geben.

2706 **Es werden:**

- 2707 • Hindernisse im europäischen Ausbildungsmarkt ausgeräumt und die grenzüberschrei-
2708 tende Anerkennung von Berufsabschlüssen weiterentwickelt.
2709 •

2710 Wirtschaft und Arbeit in Europa – Außenhandel fördern!

2711 Rheinland-Pfalz profitiert außerordentlich stark vom grenzüberschreitenden Handel, von
2712 der Arbeitnehmerfreizügigkeit und von der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Eu-
2713 ropa. Damit mittelständische Unternehmen weltweit ihre Produkte leichter anbieten kön-
2714 nen, unterstützen wir die Absicht, neue Außenhandelsabkommen zwischen der EU und
2715 den USA auf Basis der starken europäischen Verbraucher-, Umwelt- und Arbeitsschutz-
2716 standards zu verhandeln.

2717

2718 Grenznahe Kernkraftwerke

2719 Rheinland-Pfalz ist von grenznahen Kernkraftwerken besonders betroffen.

2720 **Es wird:**

- 2721 • die Einführung von periodischen Sicherheitsüberprüfungen für Kernkraftwerke be-
2722 grüßt und die strikte Anwendung dieses europäischen Gesetzes gefordert. Die für
2723 2017 vorgesehene erste Überprüfung muss pünktlich stattfinden und gründlich umge-
2724 setzt werden.
2725 • darüber hinaus die Abschaltung der Kernkraftwerke Cattenom und Tihange gefordert.

2726

2727 Chancen Europas nutzen, Herausforderungen bewältigen

2728 Als Christdemokraten werden wir die notwendige Weiterentwicklung der **Währungsunion**
2729 auf Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft mitgestalten. Ihre Grundsätze müssen die Pra-
2730 xis der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa prägen. Eigenverantwortung und Solidari-
2731 tät müssen in engem Bezug zueinander stehen. Dies gilt vor allem für den Euroraum und

2732 für alle Schritte im Hinblick auf eine Vertiefung der Währungsunion. Die Einführung des
2733 sogenannten Rettungsschirms (EFSF, ESM) hat Solidarität im Euroraum institutionalisiert.
2734 Irland, Portugal und Spanien haben durch die Umsetzung schwieriger Reformen gezeigt,
2735 dass Hilfe zur Selbsthilfe dort funktioniert, wo Solidarität und Eigenverantwortung im rich-
2736 tigen Verhältnis stehen.

2737 Anreize zur Erhaltung und zum Ausbau wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und zu soli-
2738 der Wirtschafts- und Haushaltspolitik müssen gestärkt und dürfen nicht eingeebnet wer-
2739 den. Neben der Koordinierung der Wirtschaftspolitik kommt dabei auch den Märkten eine
2740 disziplinierende Funktion zu. Die gestärkten Regeln der Währungsunion müssen strikt ein-
2741 gehalten und dürfen nicht wieder aufgeweicht werden. Länder, die keine Eigenverantwor-
2742 tung übernehmen wollen, können auch keine Solidarität erwarten.

2743 Bei der Fortentwicklung der Währungsunion sollte die Möglichkeit einer Insolvenzordnung
2744 für Mitgliedsländer einbezogen werden. Die Märkte müssen die Möglichkeit haben, Risi-
2745 koprämien zu differenzieren. Verantwortung und Haftung für unsolide Wirtschafts- und
2746 Haushaltspolitiken in einzelnen Mitgliedsländern dürfen nicht auf andere abgewälzt wer-
2747 den.

2748

2749 Vernetzen in Europa

2750 Die Vernetzung und die Informationen zwischen Brüssel, Berlin und Mainz sind enorm
2751 wichtig für die wirksame Vertretung der Interessen unseres Bundeslandes beim Bund und
2752 in der EU. Die Vertretungen des Landes Rheinland-Pfalz in Brüssel und auch in Berlin bie-
2753 ten Möglichkeiten, Kontakte zu halten und weitere auszubauen. Allerdings werden EU-För-
2754 dermittel zu selten vollständig in Anspruch genommen.

2755 **Es wird:**

- 2756 • die Landesvertretung in Brüssel stärker als Instrument zur Wahrung rheinland-pfälzi-
2757 scher Interesse genutzt.
- 2758 • die Europapolitik im Land neu verankert und gestärkt.
- 2759 • die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz bei der EU stärker als Dienstleister und An-
2760 sprechpartner für Bürger dienen.

2761 Wir gestalten europäische Politik proaktiv mit und warten nicht bis landespolitisches Han-
2762 deln von europäischen Entscheidungen vor vollendete Tatsachen gestellt wird (siehe Nür-
2763 burgring und Flughäfen Hahn und Zweibrücken). Wir werden uns für intensiveren Kontakt
2764 mit der Europäischen Kommission und mit den Partnern im Europäischen Parlament und
2765 im Ausschuss der Regionen einsetzen, um Landesinteressen frühzeitig einzubringen.

2766 Die CDU Rheinland-Pfalz ist dafür, die rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten zu euro-
2767 päischen Themen stärker als bisher in die Beratungen des Landtages mit einzubeziehen.

2768

2769 Kompetenzen bündeln!

2770 Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Projektträger oder öffentliche Träger brauchen
2771 eine zentrale Anlaufstelle, die Informationen und Hilfestellung zu europäischen Fördermit-
2772 teln bereitstellt.

2773 Wir werden die Zuständigkeit für alle Europäischen Förderprogramme in Rheinland-Pfalz
2774 in einem Ministerium oder in der Staatskanzlei bündeln und mit einem **Förderberater** eine
2775 zentrale Informations- und Anlaufstelle schaffen. Wir werden sicherstellen, dass verfüg-
2776 bare EU-Mittel vollständig gegenfinanziert werden, um Investitionen in Rheinland-Pfalz zu
2777 ermöglichen sowie die Landwirtschaft und den Tourismus dauerhaft zu stärken.

2778

2779 Städtepartnerschaften nutzen

2780 Städtepartnerschaften sind ein starkes Zeichen für lebendige Begegnungen zwischen den
2781 Menschen, vor allem für die Jugend.

2782 Austauschangebote in Kooperation mit den Europaschulen und unseren Partnerländern
2783 sind besonders förderungswürdig. Wir werden Partnerschaftsvereinen unbürokratisch Un-
2784 terstützung anbieten. Eine CDU-geführte Landesregierung wird gemeinsam mit diesen
2785 Vereinen, der Europa-Union e.V. Rheinland-Pfalz und den Schulpartnerschaften dafür wer-
2786 ben, dass vor allem Jugendliche und junge Erwachsene mehr über Kultur und Sprache so-
2787 wie über die Europäische Union erfahren, damit grenzüberschreitende Freundschaften
2788 dauerhaft bestehen bleiben.